Mittwoch, 24. Oktober 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 250 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Renten: Das Bundeskabinett will heute das neue Rentenpaket beschließen. Vorgesehen sind eine Umschichtung der Beitragszahlungen von der Arbeitslosen- zur Rentenversicherung und Milliarden-Darlehen des Bundes zur Rentenversicherung.

Personalausweis: Die Experten der Bonner Koalitionsfraktionen haben sich endgültig auf die Einführung eines fälschungssicheren Ausweises geeinigt, der auch von Computern gelesen werden kann.

Spenden: Im Zusammenhang mit der Bonner Parteispendenaffäre wird in Hessen gegen etwa 30 Firmen, darunter auch Großbanken, ermittelt. (S. 4)

Josef Augstein gestorben: Der bekannte hannoversche Rechtsanwalt und Bruder des „Spiegel"-Herausgebers Rudolf Augstein erlag im Alter von 75 Jahren einem Herzleiden. (S. 5)

Südafrika: Bei der Jagd nach „revolutionären und kriminellen Elementen" haben die Sicherheitskräfte gestern die Schwarzensiedlung Sebokeng bei Johannesburg abgeriegelt und 354 Personen festgenommen. (S. 6)

Gefahrenzone: Im polnischen Industriegebiet in Oberschlesien hat die Luftverschmutzung einen so hohen Grad erreicht, daß Erkrankungen deutlich zunehmen. Erkrankungen der Atemwege liegen um 50 Prozent und Krebsfälle um 30 Prozent über dem Landesdurchschnitt. (S. 7)

Amnesty International: Besorgnis über die Inhaftierung zahlreicher Bewohner der „DDR", die sich für die Menschenrechte einsetzen, wird im Jahresbericht '84 geäußert. „Eine große Zahl von Menschen" sei in Haft, weil sie das Land verlassen wollten oder offiziell als „feindselig" eingestufte Ansichten verträten.

Finnland: Bei den Kommunalwahlen konnte die Mitte-Links-Regierung ihre Stellung behaupten. Der erwartete Durchbruch der Grünen blieb aus. Verluste erlitten die Kommunisten.

Popieluszko: Im Fall des entführten polnischen Priesters, von dem gestern noch jede Spur fehlte, ist Kritik an Primas Glemp lautgeworden. Anhänger des Paters hätten eine Verschiebung des Glemp-Besuchs in Ost-Berlin erwartet, hieß es in Kirchenkreisen.

WIRTSCHAFT

Ölmarkt: Die Fachminister von sechs Ölstaaten haben sich prinzipiell auf eine Produktionsdrosselung verständigt, um den Richtpreis von 29 Dollar pro Barrel zu stützen. (S. 13)

Spanien: Verluste von 1,6 Billionen Peseten (rund 30 Milliarden DM) verbuchten die in einer Holding zusammengefaßten Staatsunternehmen in den vergangenen fünf Jahren. Der Staat mußte 1,3 Billionen Peseten zuschießen.

Kaufhof: Der Konzern konnte seinen Umsatz in den ersten neun Monaten mit 5,947 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahreszeitraum knapp behaupten.

Allianz: Der größte deutsche Versicherer will seine Konzernstruktur ändern, Einzelheiten aber noch nicht mitteilen. Offenbar ist eine klare Trennung der einzelnen Sparten im Gespräch.

Börse: Gewinnmitnahmen drückten die Kurse zahlreicher Spitzenwerte. WELT-Aktienindex 158,6 (159,8). Am Rentenmarkt bröckelten die Notierungen weiter ab. Dollar-Mittelkurs 3,0618 (3,0848) Mark. Goldpreis je Feinunze 340,00 (338,40) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Bis Ende der achtziger Jahre wird eine spürbare Verbesserung der Atemluft erreicht sein, und bis Mitte der neunziger Jahre werden wir unsere Umwelt wieder so in Ordnung haben wie die Japaner heute die ihre «

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in einem Interview der „Quick"
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Schatz: 43 der kostbarsten Stücke aus dem Schatz des Markusdoms in Venedig, dem reichsten Kirchenschatz der Welt, sind ab heute im Römisch-Germanischen Museum in Köln zu sehen.

Oscar Werner: Der aus Österreich stammende Schauspieler („Jules und Jim", „Der Spion, der aus der Kälte kam") ist in Marburg im Alter von 61 Jahren an Herzversagen gestorben.

SPORT

Schach: Durch einen Fehler im 30. Zug verpaßte Garri Kasparow in der 16. Partie der Weltmeisterschaft seinen ersten Sieg über Titelverteidiger Anatoli Karpow. Die Partie endete Remis. (S. 11)

Fußball: Das Erste Deutsche Fernsehen berichtet heute abend ab 22.30 Uhr in Ausschnitten 90 Minuten lang von den Spielen der vier Bundesligaklubs in den europäischen Pokalwettbewerben.

AUS ALLER WELT

Mode: Auch der Elysée-Palast öffnet sich jetzt für die Couturiers – Anerkennung ihres Verdienstes um die Textilindustrie. Immerhin erwirtschaftete die Branche vergangenes Jahr Exporterlöse von 3,6 Milliarden Mark und stand damit an zweiter Stelle in Frankreichs Wirtschaftsleben. (S. 26)

Haien vorgeworfen: Mordanklage erhob ein Gericht in Piräus gegen die Besatzung eines griechischen Frachters, die elf blinde Passagiere vor der Küste Somalias den Haien vorgeworfen hatte. (S. 26)

Wetter: Weiter unbeständig und regnerisch. Bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Rentenversicherung: Eine gigantische Geldschneiderei bahnt sich an S. 2

Bayerische Staatsoper in Peking: Papageno als Eisbrecher bei den Chinesen S. 3

FDP Hessen: Hilfsangebot für Börner bei einem Bruch mit den Grünen S. 4

Glemp in Ost-Berlin: Der Kardinal kam durch den Nebeneingang zum Pontifikalamt S. 5

Sowjetunion: Jugoslawischer Militärexperte: „Ogarkow erhielt wichtiges Kommando" S. 6

Frankreich: Einwanderungspolitik verschärft – Illegale werden abgeschoben S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT – Wort des Tages S. 7

Büro- und Informationstechnik: Dem internationalen Wettbewerb durchaus gewachsen S. 15

Fernsehen: Das neue Gesicht der Gesellschaftsspiele – Monster im Käsekasten S. 24

Zum Tode von Paul Dirac: Seine Gleichung veränderte die Welt der Physik S. 25

Flick-Millionen flossen auch in Richtung SPD

Vor allem bei Bundestagswahlen zahlte der Konzern erhebliche Summen

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Flick-Konzern hat den Sozialdemokraten über zwanzig Jahre hindurch auf verschiedensten Kanälen Geld zugeleitet. Es handelt sich dabei um einen Betrag von mehr als 3,7 Millionen Mark. Aus Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages vorliegen, geht hervor, daß allein die Friedrich-Ebert-Stiftung „Spendenzahlungen" in Höhe von 2,76 Millionen Mark erhalten hat.

Zahlungen in beträchtlicher Höhe sind demnach außerdem an den „Neuen Vorwärts-Verlag" gegangen. In einer Notiz für die Flick-Führung ist in diesem Zusammenhang ein Betrag von 642 680,60 Mark genannt. Für den „Bezug" des „Parlamentarisch Politischen Pressedienstes" (PPP) hat Flick demnach 222 880 Mark gezahlt. Außerdem wurde in früheren Jahren ein „Arbeitskreis für kommunalpolitische Bildung e. V." mit 110 000 Mark unterstützt, der – so der Flick-Vermerk – „dem Verleger des Vorwärts-Verlages, Herrn Petersen, nahesteht".

Heribert Blaschke, Mitglied der Flick-Geschäftsführung, hat am 3. 9. 1984 dem Untersuchungsausschuß des Bundestages eine Zusammenstellung über die an die Ebert-Stiftung geleisteten Zahlungen übermittelt. Dabei fällt auf, daß der Konzern vor allem in Jahren der Bundestagswahl erhebliche Summen gezahlt hat. So wurde zum Beispiel am 18. 5. 1976 per Scheck – „weitere Unterlagen dazu liegen nicht vor" – ein Betrag von 1 Million Mark gezahlt. Im Bundestagswahljahr 1980 wurden zwei Zahlungen ausgewiesen: Am 24. 4. 1980 ein Betrag von 250 000 Mark und am 14. 8. 1980 von 500 000 Mark. Insgesamt hat Flick vom 25. 2. 1975 bis 14. 8. 1980 der Ebert-Stiftung 2,760 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

In einem Vermerk vom 21. Juli 1980, der dem Untersuchungsausschuß vorliegt, werden die Zahlungen sowohl an die Ebert-Stiftung als auch an den Vorwärts-Verlag und an PPP aufgeschlüsselt. Sie werden dort als „an die SPD geleistete offizielle Zahlungen" ausgewiesen. So habe der Vorwärts-Verlag für die Lieferung der Zeitschrift „Die Demokratische Gemeinde" von 1961 bis 1981 eine Summe von 642 680,60 Mark erhalten. Zuletzt lagen die jährlichen Zahlungen knapp unter 50 000 Mark.

SEITE 9:
Vermerke des Flick-Konzerns

Wiederholt werden in den Unterlagen auch Zahlungen „wg. Selle, Kreuztal" im Zusammenhang mit einer Werbeagentur aufgeführt. Es geht dabei um Beträge von 19 000, von 18 000 und von 10 000 Mark. Bei Selle soll es sich um den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Düsseldorfer Landtag, den SPD-Abgeordneten und Versicherungskaufmann Hilmar Selle, handeln. In der Liste des ehemaligen Chefbuchhalters des Flick-Konzerns, Diehl, sind außerdem am 9. 10. 1974 „wg Selle" 40 000 Mark und am 5. 11. 1974 nochmals 1000 Mark aufgeführt. In dieser Diehl-Liste werden außerdem die SPD-Politiker Wienand (40 000 Mark), Reuschenbach (40 000 Mark), Porzner (25 000 Mark), Junghans (25 000 Mark) und der frühere Bundesminister Ehrenberg (40 000 Mark) genannt. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wird in dieser Liste dreimal erwähnt. Am 4. 2. 1975 mit 100 000 Mark, am 13. 6. mit 40 000 Mark und am 30. 1. 1980 mit 50 000 Mark. Brandt hat solche Geldleistungen bestritten. Außerdem hatte der Flick-Konzern später erklärt, Brandt habe von ihm kein Geld erhalten.

Nach dieser Liste sollen auch die früheren Bundesminister Matthöfer (am 30. 1. 1980: 40 000 Mark) und Lahnstein (am 7. 7. 1980: 35 000 Mark) Geld erhalten haben, was diese jedoch ebenfalls bestreiten. Es gibt außerdem Aufzeichnungen über den Verlauf von SPD-Fraktionssitzungen, die für die Flick-Führung angefertigt worden sind. Sie wurden von einem wichtigen Teilnehmer solcher Fraktionssitzungen zumeist handschriftlich verfaßt und gehen bis ins Detail. Ob Flick dafür Honorare gezahlt beziehungsweise der Informant die Billigung der SPD-Fraktionsführung hatte, ist nicht bekannt. In einem dieser an Flick gesandten Berichte heißt es, in der Fraktion hätten Apel und Ehrenberg die Meinungsbildung hinsichtlich der Steuerbefreiung für Flick beeinflußt.

DER KOMMENTAR

Verdeckter Kampf

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Seit die Parteienspenden-Affäre Schlagzeilen macht, erleben die Bürger, wie in unserer Republik der politische Kampf geführt wird. Die brutalsten Schlachten werden nicht mit offenem Visier geschlagen, sondern nach den Regeln des verdeckten Kampfes, denen die Heckenschützenschläue der Partisanen zugrunde liegt.

Genauer gesagt: Irgendwo im undurchdringlichen Dunkeln sitzen die Guerrilleros und lancieren ihr Gift durch die kalte Küche in die Medien. Ihre Giftwaffe zielt auf ganz bestimmte Opfer: zuerst auf Graf Lambsdorff, jetzt auf den zweiten Mann im Staate, den Bundestagspräsidenten Barzel. Was das Ganze soll, ist mit Händen zu greifen: Aus dem Dunkeln soll dem Kanzler mitsamt seiner Koalition der Blattschuß verpaßt werden.

So nimmt es nicht wunder, daß die ans Tageslicht geschaufelten Informationen, besser: Indiskretionen, von auffallend einäugiger Selektion zeugten. Zum Beispiel wußte der „Spiegel" in seiner letzten Ausgabe zu berichten, „bald jeder Politiker von Rang aus CDU/CSU, SPD und FDP" werde in den Listen des Flick-Konzerns geführt. Dann listete das Magazin genüßlich auf, welche Summen „wg. Kohl" oder „wg. F. J. S." oder „wg. Genscher" geflossen sein sollen, verschwieg jedoch, was in den Spendenlisten „wg. Brandt" oder „wg. Ehrenberg" oder „wg. Lahnstein" oder „wg. Matthöfer" zu lesen steht. Die Beweiskraft der ominösen „wg."-Liste einer akribischen Buchhalterseele wird bestritten; nur darf man das nicht ausschließlich für betroffene SPD-Politiker, man muß es auch für Politiker der Union und der FDP gelten lassen.

Immerhin fällt auf, welcher Zurückhaltung sich die SPD befleißigt. An jedem Enthüllungstag wurde ihr Aufschrei „Harzburger Front" erwartet, doch er blieb den Sozialdemokraten im Halse stekken. Inzwischen weiß man, warum. Der attackierte Gegner wehrt sich mit den gleichen Methoden, und siehe da: „wg." hin, „wg." her, es kommen andere Vermerke an die Öffentlichkeit, aus denen hervorgeht, daß aus dem Hause Flick Millionenbeträge auch in Richtung SPD geflossen sind. Die Sozialdemokraten scheinen nichts Ehrenrühriges und nichts politisch Anrüchiges darin gesehen zu haben, diese Gelder anzunehmen, wie denn auch die Spendenpraxis des Flick-Konzerns von klammheimlicher Überparteilichkeit zeugt.

Nur: Das alles hat die Heckenschützen im Dunkeln nicht daran gehindert, aus dem Hinterhalt den verdeckten Kampf gegen Kanzler Kohl und seine Koalition zu eröffnen.

Bewegung bei EG-Verhandlungen

Beitritt Portugals zum 1. 1. 1986? / Erstmals Vorschläge an die Adresse Madrids

HORST STEIN, Luxemburg

Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft sind bei der mühseligen Suche nach der Formulierung eines gemeinsamen Verhandlungsangebotes für den Beitritt Spaniens und Portugals ein beträchtliches Stück vorangekommen. Er vollzog sich an zwei Fronten: In Luxemburg war gestern von einem „größeren Durchbruch" die Rede.

Zum einen haben die zehn EG-Länder und Portugal ihren festen Willen bekräftigt, den Beitritt Portugals am 1. Januar 1986 wirksam werden zu lassen. Die Integration Portugals, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, sei „ein unumkehrbarer Prozeß". Das Papier, im diplomatischen Sprachgebrauch ein „Constat d'accord" genannt und der portugiesischen Regierung vor allem aus innenpolitischen Gründen wichtig, stellt heraus, daß „in einer sehr großen Zahl wichtiger Verhandlungspunkte" bereits eine Einigung erzielt worden sei.

„Was bestimmte wichtige, noch zur Diskussion stehende Kapitel anbelangt", heißt es ferner, „so bekunden die beiden Partner ihre Entschlossenheit, sehr bald für beide Seiten befriedigende Verhandlungsergebnisse vorzulegen."

Die gleichzeitig laufenden, schwierigeren Verhandlungen mit Spanien werden in der Erklärung nicht angesprochen.

Dennoch sind die Positionen auch hier deutlich in Bewegung geraten, so daß die Hoffnung, auch Spaniens Beitritt bis Ende des kommenden Jahres ebenfalls unter Dach und Fach zu bringen sein, Auftrieb erhalten hat. Der EG-Ministerrat, der dreimal hintereinander ohne Ergebnis auseinandergegangen war, einigte sich auf ein „Mini-Paket" von Vorschlägen an die Adresse Madrids.

Wichtigste Punkte sind die vorgesehenen Regelungen für die Zahlung von Kindergeld an spanische (und portugiesische) Arbeitnehmer im Ausland, die – mindestens sieben Jahre lang – nach den Sätzen des Herkunftslandes erfolgen soll.

Bedeutungsvoll ist ferner die Einigung auf Höchstmengen für Olivenöl, bis zu denen bestimmte Preise garantiert werden. Die diesjährige EG-Produktion von 750 000 Tonnen Olivenöl wird sich mit dem Beitritt Spaniens (450 000 Tonnen) und Portugals (45 000 Tonnen) dramatisch erhöhen. Hier hatte vor allem Italien hartnäckigen Widerstand geleistet.

Die Regelung des Olivenmarktes geschah im übrigen in typischer EG-Manier: Wenn die EG-Kommission Überschüsse konstatiert, wird sie erklären, daß interveniert werden müsse. Daß, wohlgemerkt, und nicht: wie.

Peking: In der Taiwanfrage kein Gewaltverzicht

DW. Peking

Die Volksrepublik China hat nicht die Absicht, von vornherein auf die Anwendung von Gewalt gegen Taiwan zu verzichten. Diesen Standpunkt bekräftigte der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping gestern im Gespräch mit einer japanischen Delegation in Peking.

Nach Angaben der von dem früheren japanischen Ministerpräsidenten Zenko Suzuki geleiteten Delegation erklärte Deng, China könne dem Drängen der USA zur Abgabe einer Gewaltverzichtserklärung nicht nachkommen. Eine solche Erklärung, wurde Deng zitiert, würde auch eine friedliche Lösung der Taiwanfrage unmöglich machen, weil die Führung in Taipeh sich dann niemals zu Verhandlungen bereitfinden würde. Peking hatte sich in jüngster Zeit für eine Wiedervereinigung stark gemacht und in diesem Zusammenhang dem erfolgreich abgeschlossenen Hongkong-Abkommen Modellcharakter für Gespräche mit der Inselregierung gegeben. Zugleich hatte Deng aber auch in der Hongkong-Frage das „Recht Chinas auf eine Stationierung von Truppen" betont.

In dem einstündigen Gespräch sagte Deng weiter: „Wir werden zwar geduldig auf einer friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan beharren, aber wir werden niemals auf eine unfriedliche Lösung verzichten." Er verwies darauf, daß Taiwan von Erdöleinfuhren abhängig sei. Dies wurde von seinen Gesprächspartnern als möglicher Hinweis darauf verstanden, daß China notfalls eine Seeblokkade nicht ausschließe.

Philippinen: Offiziere an Mord beteiligt

AFP, Manila

Die von der philippinischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission über den Mord an dem Oppositionspolitiker Benigno Aquino hat höchste Offizierskreise als Drahtzieher des Attentats bezeichnet. Uneinigkeit herrschte in der fünfköpfigen Kommission über die Person des letztendlich Verantwortlichen für den Mord.

Aquino war am 21. August 1983 nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil auf dem Flughafen von Manila erschossen worden. Vier Kommissionsmitglieder haben den Stabschef der philippinischen Streitkräfte und Vertrauten von Präsident Marcos, General Fabian Ver, der Teilnahme an der Verschwörung beschuldigt. Diese Aussage steht im Widerspruch zu der Folgerung der Kommissionsvorsitzenden, der ehemaligen Richterin Corazon Agrava, die den Armeechef ausdrücklich von jeder Mitverantwortung für den Mord freigesprochen hat. Der Bericht von Frau Agrava wurde gestern bekannt. Nach ihrem Urteil ist der ranghöchste an dem Mord beteiligte Offizier Brigadegeneral Luther Custodio, Kommandeur der Truppe, die angeblich mit dem Schutz des heimkehrenden Aquino auf dem Flughafen beauftragt war.

Offenbar gestützt auf die Version von Frau Agrava stellte Präsident Marcos General Custodio und sechs Soldaten unter Arrest. Gleichzeitig kündigte er an, jeder Mordverdächtige würde vor ein Sondergericht gestellt, das berechtigt sei, auch „hochgestellte Personen" abzuurteilen.

Seite 6: Kirche gegen Marcos

Tass spricht von „großer Rede" Tschernenkos

DW. Moskau

Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU ist gestern ohne Änderungen in der Parteiführung beendet worden. In einem kurzen Kommuniqué der amtlichen Nachrichtenagentur Tass hieß es lediglich, die Sitzung sei Fragen der Landwirtschaft gewidmet gewesen. Personalentscheidungen wurden in der Meldung nicht bekannt gegeben. Wie es hieß, hielt Parteichef Tschernenko „eine große Rede" vor dem Plenum, und Regierungschef Tichonow legte einen „Bericht" vor. Tass kündigte an, eine vom ZK-Plenum verabschiedete „Resolution" werde in der Presse veröffentlicht.

Kann Kohlebehörde Sympathiestreik verhindern?

DW. London

In dem seit sieben Monaten dauernden Streik im britischen Kohlebergbau begannen gestern Verhandlungen zwischen der britischen Kohlebehörde NCB und Vertretern der Steigergewerkschaft NACODS. Die Gespräche sind der letzte Versuch, einen für morgen angekündigten Sympathiestreik der Steiger und Sprengmeister doch noch zu verhindern, der zur Schließung auch der restlichen noch arbeitenden 40 Zechen führen würde. Vor dem Treffen sagte McNestry, Vorsitzender der Steigergewerkschaft, die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten seien „überbrückbar".

Indien meldet heftige Gefechte mit Pakistan

DW. Neu-Delhi

Indien und Pakistan sollen sich nach einem Bericht aus Neu-Delhi seit dem 18. Oktober in der Grenzprovinz Kaschmir heftige Gefechte liefern. Es heißt, die Kämpfe hätten in der indischen Grenzstadt Poonch begonnen und sich auf das Gebiet zwischen Balakote und Bagyal ausgedehnt. Anlaß seien Schanzmaßnahmen der Pakistaner im Niemandsland gewesen. Als die Inder sie daran hätten hindern wollen, hätten pakistanische Soldaten das Feuer eröffnet.

Islamabad hat unterdessen indische Presseberichte zurückgewiesen, es errichte mit Hilfe Chinas einen Luftwaffenstützpunkt in Kaschmir.

Libanon – der Welt größter Produzent von Haschisch?

Auch nach dem Verbot duldet Regierung den Drogenanbau

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Libanon scheint sich im Zuge des Bürgerkrieges und dem damit verbundenen Zusammenbruch der zivilen Regierungsautorität zu einem führenden Anbaugebiet der Cannabis-Pflanze, das als Rohmaterial für die Herstellung von Haschisch dient, entwickelt zu haben. So stieg die Produktion und der Export der Droge von 100 Tonnen im Jahre 1975 auf mehr als 2000 Tonnen im Jahre 1982. Als Hauptanbaugebiet dient das Bekaa-Tal nördlich der Straße Beirut–Damaskus, wo auf einer Fläche von 1000 Quadratkilometern rund 75 Prozent der gesamten Cannabis-Produktion in der Welt hergestellt werden.

In den Haschisch-Handel, der zwei Drittel des Welthandels ausmachen soll, sind führende politische Kreise des Landes verstrickt. Obwohl der Anbau der Droge verboten ist, übersieht die Zivilregierung in Beirut aus Gründen des Profits die Vorgänge im Bekaa-Tal. In das Geschäft soll auch die syrische Besatzungsmacht verwickelt sein, die die Bekaa-Ebene mit strenger Hand kontrolliert. Ohne deren Erlaubnis, so heißt es in Beirut, könnten sich Drogenkultur und -handel unmöglich entwickeln.

Nach Geheimdienstberichten steht fest, daß die Syrer „Schweigegelder" von all jenen kassieren, die in irgendeiner Form am Cannabis-Geschäft beteiligt sind. Die dabei erzielten Gewinne erreichten jährlich mehrere Millionen Dollar. Selbst beim Transport der Pflanzen aus dem Bekaa-Tal zu den Märkten in Nahost wären die Syrer behilflich. Als prominentester Syrer, der an dem Geschäft mit der Pflanze beteiligt sein soll, gilt Rifat Al Assad, der Bruder des syrischen Staatspräsidenten Assad.

Eines der Hauptabnehmerländer ist Ägypten, das ungefähr ein Drittel der libanesischen Haschisch-Produktion bezieht. Die Dealer, die zwischen einer halben und einer Million US-Dollar verdienen (etwa ein Drittel des gesamten Außenhandelsgewinns Beiruts), wählen verschiedene Transportwege: den Seeweg über das Mittelmeer, Landrouten über Israel, Syrien und Jordanien. Ein anderes Drittel nimmt den Weg nach Westeuropa, der Rest wird in die USA eingeschleust.

Sowjet-Übung galt Zielen in Niedersachsen

Das Bundesverteidigungsministerium berichtet über mitgeschnittene Funksprüche

WERNER KAHL, Bonn

Einheiten der in Mitteldeutschland stationierten sowjetischen Streitkräfte haben in den vergangenen Wochen bei Manövern offenbar auch Gefechtshandlungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geübt. Im Westen abgehörte teilweise entschlüsselte Funksprüche eines Großverbandes der 3. sowjetischen Stoßarmee – einer Elitetruppe – bezogen sich bei der Planübung auf operative Nahziele in den Gebieten um Braunschweig, Hildesheim, Peine und auf dem Abschnitt an der Nord-Süd-Autobahn Hannover–Seesen.

Das wurde gestern aus dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn bekannt. Ein Sprecher des Ministeriums sagte zu der ungewöhnlichen Offenlegung der auf Tonband mitgeschnittenen Funksprüche durch die militärischen Sicherheitsdienststellen, man habe sich zum erstenmal zum Gang in die Öffentlichkeit entschlossen. Während Sowjetfunktionäre bei Diskussionen in der Bundesrepublik eine einseitige Friedenspropaganda verbreiten, würden zugleich von der Roten Armee „Angriffshandlungen", die sich auf das Territorium der Bundesrepublik und Anrainerstaaten „bis zum Atlantik" bezögen, „unverfroren mit den Rotarmisten eingeübt", betonte der Sprecher.

Nach Erkenntnissen des Verteidigungsministeriums fand eine „Planübung" am 19. September an der niedersächsischen Grenze zur „DDR" statt. Der Manöververband gehört nach diesen Feststellungen zur 3. Stoßarmee, deren Garnisonen nicht weiter als etwa 100 Kilometer ostwärts der innerdeutschen Grenze nördlich und südlich von Magdeburg liegen. Es handele sich bei diesen „Durchbruchsoperationen" nicht etwa um die „Wiederherstellung der Integrität eigenen Territoriums", sondern um die „Fortsetzung eines Angriffes auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland", heißt es im Verteidigungsministerium. Ein Zwischenziel sei die Rheinlinie, die strategische Endposition des angenommenen Angriffes die Atlantikküste, erklärte der Sprecher. Er betonte, daß der Sowjetführung keinesfalls akute Offensivabsichten unterstellt werden sollten.

Die von der westlichen Aufklärung erfaßten operativen Manövergruppen werden nach neuen taktisch-operativen Vorstellungen eingesetzt. Es handele sich dabei um eine Umstrukturierung der Sowjetstreitkräfte seit Anfang der achtziger Jahre, wurde dazu im Bundesverteidigungsministerium erklärt. Die Sowjets erwarteten davon eine „Qualitätsverbesserung mit höherer Flexibilität". So seien jetzt in die Panzergruppierungen Artillerie-Infantriebataillone eingebaut worden.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Endlich der Ausweis

Von Manfred Schell

In mühsamen Koalitionsgesprächen haben sich nun die Innenpolitiker der CDU/CSU und der FDP auf die Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises verständigt. Dies ist ein Erfolg für die Koalition, weil sie sich auf einem sensiblen Gebiet als handlungsfähig erwiesen hat, aber vor allem auch für die Unionspolitiker Miltner und Laufs, die ihre Linie in stundenlangen Streitgesprächen mit den FDP-Politikern Hirsch und Baum durchsetzen konnten.

Vor allem Hirsch hatte immer wieder selbstquälerisch Bedenken auf den Tisch gebracht und die Verhandlungspartner von der Union an den Rand der Verzweiflung getrieben. Es sieht so aus, daß jetzt die FDP-Führung Einfluß auf ihre Unterhändler genommen hat.

Nun soll die neue Ausweiskarte also kommen. Der „Sicherheitsgewinn", der in ihr liegt, ist nicht zu bestreiten. Die Personalausweise können nicht mehr gefälscht werden, jeder Versuch würde die Zerstörung des Dokuments bedeuten. Kriminellen, ob es nun Terroristen oder Scheckbetrüger sind, wird das Handwerk beträchtlich erschwert.

Zur Zeit sind 470 000 Ausweise bei uns abhanden gekommen oder als gestohlen gemeldet. Dies trifft auch für weitere zwölftausend Blanko-Formulare zu. Hier wird tatsächlich ein Loch gestopft. Nicht zuletzt hatten deshalb die Polizeiexperten großen Wert auf künftig fälschungssichere Ausweise gelegt.

Die Frage, ob die neuen Ausweise zugleich auch „maschinenlesbar" sein sollen, war bis zum Schluß unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten ein Diskussionspunkt. Aber während es keinen vernünftigen Hinweis auf Nachteile gab, war der Vorteil nicht nur bei Grenzkontrollen, sondern vor allem bei Großfahndungen evident: der anständige Bürger kann sofort nach der Kontrolle weiterfahren, er braucht nicht mehr lange zu warten; nur derjenige, der den neuen praktischen Ausweis nicht dabei hat, wird aufgehalten. Freilich, es ist nur ein Ausweis, auf fälschungssichere Pässe hat man sich nicht einigen können – aber trösten wir uns mit dem Beispiel des Katalysators: einer muß den Anfang machen.

Der Schnoor-Skandal

Von Wilm Herlyn

Viel gibt es da eigentlich nicht zu klären: Nur der Innenminister eines Landes ist befugt, eine Personalakte über die ihm unterstellten Regierungspräsidenten zu führen. Die Verantwortung ist offenkundig.

Auch der Kreis, der Zugang zu diesen intimen Unterlagen hat, ist begrenzt: Der Personalsachbearbeiter, der Personalreferent, der Abteilungsleiter Personal, der Staatssekretär sowie der Innenminister selber, mit den zugehörigen Büros.

Dennoch stellen sich mehrere Fragen in dem angeblichen Fall Achim Rohde, der zur Affäre Herbert Schnoor geworden ist. Der „Spiegel" hat in Kenntnis der Akten aus dem Ministerium den Eindruck zu erwecken versucht, der ehemalige Düsseldorfer Regierungspräsident habe unlauter gehandelt – die Stoßrichtung ist deutlich aus dem Gemenge von genannten und unterlassenen Daten zu erkennen.

Wie können ausgerechnet aus dem sozialdemokratisch geführten Düsseldorfer Innenministerum, das kaum eine Gelegenheit ausläßt, den hehren Grundsätzen des Datenschutzes zu huldigen, Vorgänge aus Verschlußakten an die Öffentlichkeit sickern? (Abgesehen davon, wie sie von einem Blatt, das ebenfalls dem Datenschutz lobsingt, verbraten wurden!) Ist es nicht auffällig, daß ausgerechnet dann angebliches Fehlverhalten eines Freidemokraten lanciert wird, als dieser sich anschickt, eine führende Rolle in seiner Partei zu spielen?

Zuletzt aber: Warum leitet Herbert Schnoor nicht Untersuchungen ein mit dem Ziel, das Dunkel aufzuhellen, das Loch in seinem Ministerium zu orten und zu stopfen? Nein – er läßt jetzt die ins Spiel gebrachte Lentjes-Stiftung untersuchen, ob diese denn ordnungsgemäß arbeitet und der wohltätige, gemeinfördernde Zweck erfüllt ist.

Interessiert es Herbert Schnoor denn nicht, wer für diese unglaubliche Indiskretion verantwortlich ist? Oder weiß er es am Ende schon und legt keinen Wert darauf, daß andere es erfahren?

Oberst Woit droht

Von Jörg Bernhard Bilke

Vor einem Jahr hat der Ostberliner Philosophieprofessor Franz Loeser „Republikflucht" begangen. Das Buch „Die unglaubwürdige Gesellschaft", das er jüngst veröffentlicht hat, ist zwar nicht die scharfe Analyse des „realen Sozialismus", die man erwartet hätte. Aber eine Trouvaille läßt den Leser aufmerken.

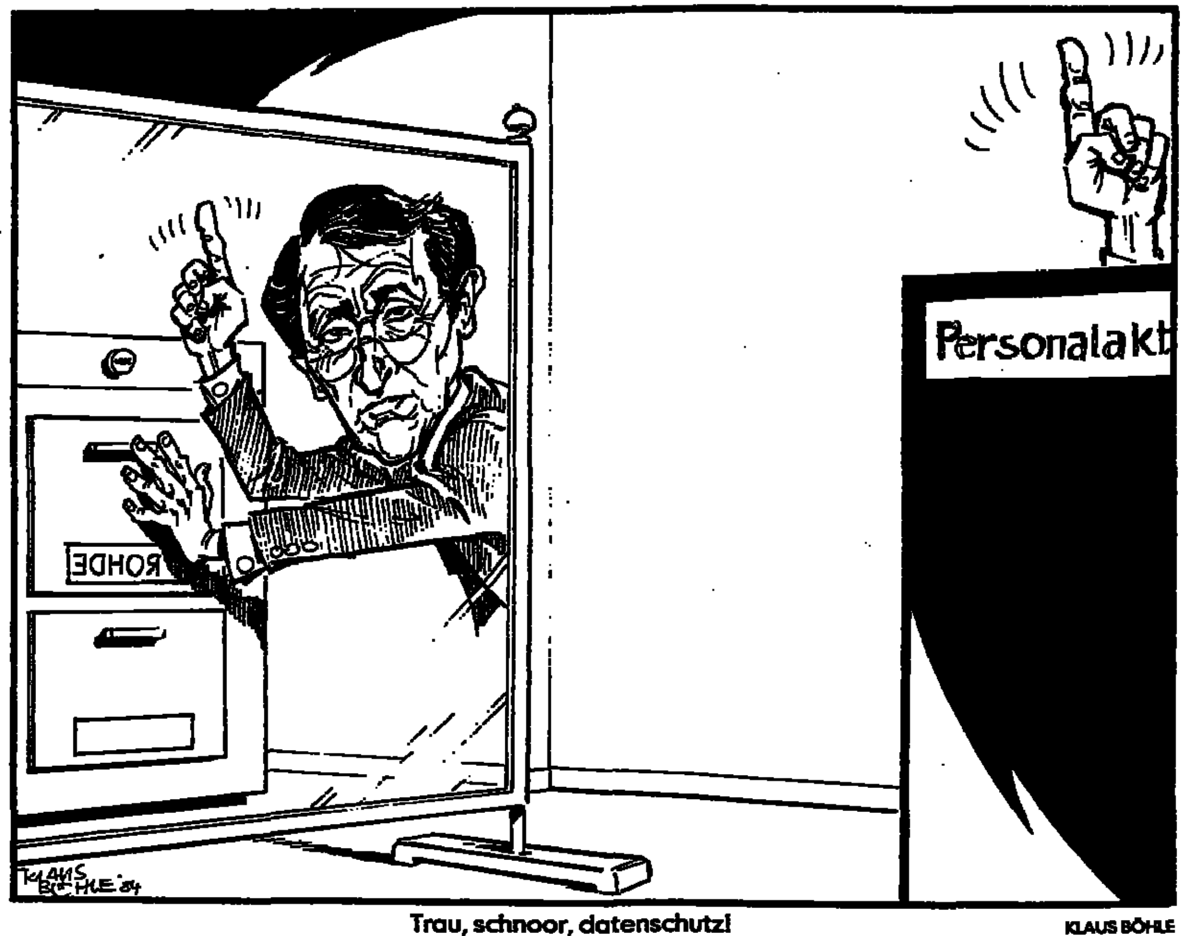
Es ist die Mitteilung, daß die Sowjetunion seit Jahren einen eigenen nuklearen Präventivkrieg in Betracht zieht.

Loeser macht hier auf das bisher im Westen übersehene Oktoberheft 1982 der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie", die in Ost-Berlin erscheint, aufmerksam.

In diesem Blatt hat Professor Ernst Woit von der Technischen Universität Dresden, der zugleich auch Oberst der Nationalen Volksarmee ist, scharf den amerikanischen Pazifisten John Somerville angegriffen, der die „marxistisch-leninistische Lehre über gerechte und ungerechte Kriege" als im Nuklearzeitalter für überholt betrachte. Somerville habe die „ungeheuerliche Behauptung" aufgestellt, nicht der atomare Erstschlag, (den natürlich die amerikanischen Militärs vorbereiten!) vernichte die Menschheit, sondern erst eine „Reihe nuklearer Schläge", also der Defensivschlag der Sowjetunion. Die Sowjetunion aber werde keine „Politik der atomaren Erpressung" dulden, versichert Woit – genau dasselbe sagt ja auch der Westen, mit umgekehrten Vorzeichen.

In diesem Zusammenhang aber erklärt Woit, „daß der einzige Weg zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges die rechtzeitige Durchkreuzung jener Politik ist, die ihn kalkuliert, vorbereitet und heraufbeschwört. Gerade in diesem Zusammenhang kommt der Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen in der Gegenwart vielleicht die größte Bedeutung zu." Mit vollem Recht leitet Loeser daraus die Deutung ab, daß die Sowjetunion den „(gerechten) nuklearen Präventivschlag gegen die NATO" in Betracht zieht.

Loeser stellt klar: „Die Führung der Sowjetunion, so bin ich mir sicher, will keinen nuklearen Krieg absichtlich auslösen." Dessen sind sich alle Kenner sicher. Aber erpressen will sie. Und da Woit den Präventivkrieg in die Ebene der marxistisch-leninistischen Philosophie gehoben hat, bleibt die Drohung hinter aller tagespolitischen Erstschlag-Abschwörung präsent. Wohl dem, der sich nicht auf leere östliche Friedensbeteuerungen verläßt.



Trau, schnoor, datenschutz! KLAUS BÖHLE

Mutwille im Scheidungsrecht

Von Enno v. Loewenstern

Das überholte Verschuldensprinzip", sagte Bundesjustizminister Engelhard zum Trost aller Liberalen und aller Frivolen, „bleibt in der Rumpelkammer der Rechtsgeschichte." Die Aussage ist so richtig wie falsch. In der Grauzone einer politischen Deutung juristischer Tatbestände ist das oft so.

Bei der Scheidung selber spielt in der Tat das Verschulden juristisch keine Rolle. Da geht es weiterhin nur noch ums Zerrüttungsprinzip. Weiterhin ist die bequeme Konventionalscheidung binnen Jahresfrist möglich, die so viele Jahre von so vielen besseren Kreisen schmerzlich entbehrt wurde. Schuld? In der Praxis weist der beleidigte Teil den „schuldigen" Teil von sich. Nach einem Jahr kommt es zur Scheidung, wenn beide einverstanden sind; wenn einer, sagen wir: der „schuldige" Teil, widerspricht, dauert es drei Jahre. Früher mag es allenfalls etwas schneller gegangen sein.

Die eigentliche große emanzipatorische Wende sollte beim Scheidungsfolgenrecht eintreten. Hier, wo es um Unterhalt und auch Kindererziehung geht, sollte „keine schmutzige Wäsche mehr gewaschen" werden. Weder würde Effi Briest in Armut allein hausen müssen, noch könnte man ihr die Tochter vorenthalten; und wenn sie am Ende den Major v. Crampas nicht heiraten wollte – Duelle gibt es sowieso nicht mehr –, so könnte sie mit ihm leben und der Baron Innstetten zahlte bis zum Ende seiner Tage den Unterhalt, den eine preußische Frau Ministerialrat (also gut, heute heißt es nur noch: Frau eines Ministerialrats) erwarten kann. Dem Staatsrat Karenin ginge es ähnlich, lebte er hier. Einen Fontane oder einen Tolstoi zur neuen Rechtslage gem. §§ 1566 ff. BGB hat man noch nicht gefunden – was wunder.

Dafür hat sich zur allgemeinen Verblüffung das Verschuldensprinzip wieder gefunden und blinzelt durch den Türspalt; die Rumpelkammer war nicht fest genug zugesperrt. Denn der Bundesgerichtshof hat in einigen krassen Fällen entschieden – und daraufhin sieht nun das neue Scheidungsfolgenrecht im § 1579 vor – daß keinen Unterhalt verlangen kann:

Erstens, wer sich über schwerwiegende Vermögensinteressen des Partners mutwillig hinweggesetzt hat. Konkreter Fall: eine Frau meldete dem Arbeitgeber ihres Mannes, daß dieser bei der Einstellung eine Vorstrafe verschwiegen hatte; der Mann hätte fast seinen Arbeitsplatz verloren.

Zweitens, wer vor der Trennung seine Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen, gröblich verletzt hat. Konkreter Fall: Ein Mann begann zu trinken und arbeitete nicht mehr; die Frau mußte nicht nur den Haushalt allein versorgen, sondern obendrein eine Arbeit annehmen, damit die Familie zu essen hatte.

Drittens, wer ein offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig bei ihm liegendes Fehlverhalten gegenüber dem Ehepartner oder einem von dessen nahen Angehörigen begeht. Konkreter Fall: Eine Frau holte ihren Liebhaber in die Familienwohnung, dieser prügelte den Ehemann hinaus.

Aber nach dem ursprünglichen Willen des reformwütigen Gesetzgebers jener Euphoriejahre, die man in Anlehnung an eine gewisse Epoche der USA die „era of wonderful nonsense" nennen würde, wenn nicht statt der beschwingten Heiterkeit jener Zeit der bittere Bierernst der demigebildeten Demiurgen regiert hätte – nach jener urspünglichen Absicht sollten Schuld und Sühne aus dem Recht für immerdar verbannt werden. Und nicht etwa nur aus dem Strafrecht. Jeder sollte sich selbstverwirklichen, wie er wollte; wer es durch Arbeit und Geldverdienen tat, sollte zahlen. Das wurde „frauenfreundlich" genannt, nach dem Motto: Drum prüfe, wer sich zeitlich bindet, ob sich auch Geld zu Anspruch findet; der Wahn ist kurz, die Zahlung lang. Doch abgesehen davon, daß das neue Recht für Kurz-Ehen auch nur noch Kurz-Unterhalt vorsieht: Durch eine List der Geschichte oder des Richterrechts fügte sich Fall zwei in den Katalog zum Beweis, daß die liberale Libertinage auch den Frauen zur Last fallen kann.



Die Last des Verschuldensprinzips: Engelhard SVEN SIMON

Was aber bleibet, stiften die Richter. Entgegen der tröstlichen Botschaft des Engelhards an seine auch familienrechtlich stets mobile Aufsteigerklientel ist das Verschuldensprinzip also nach wie vor präsent, nur eben „schwerwiegend", „gröblich", „mutwillig", „offensichtlich", „eindeutig". Damit ist es offensichtlich und eindeutig, daß ein mutiges und williges Gericht eines Tages gröblich-löblich befinden kann, daß auch andere als diese besonders krassen Fälle schwer wiegen. Ehebruch, beispielsweise. Gewiß leben wir in der permissiven Gesellschaft. Aber selbst wenn man das, was einst Gott zusammenfügte, nur noch als jederzeit kündbaren Vertrag versteht – als Arbeitnehmer etwa muß man sich, wenn man sich nicht frist- und geldlos auf der Straße wiederfinden will, weitaus korrekter gegenüber seinem Vertragspartner benehmen denn als Ehepartner gemäß § 1579 BGB. Und darüber denken mehr und mehr Leute nach.

Allen Frivolstandslehren zum Trotz ist das Tatbestandsmerkmal der Schuld nicht von uns gegangen, und alle Schuld rächt sich auf Erden, nach wie vor. Der Mensch hat ein Gewissen; dies ist uns sogar von den Emanzipatoren bestätigt worden; wenn auch nicht im Zusammenhang mit Pflichten, sondern dort, wo man es gern zwecks Vermeidung derselben außer Funktion zu setzen versucht – beim Wehrdienst etwa. Der Mensch hat ein Gewissen, und so findet er sich mit der Reduzierung seines Menschentums auf wertfreie Funktion oder Sozialanpassung nicht ab. Die Tür zur Rumpelkammer wird sich immer weiter öffnen, langsam, aber sicher.

IM GESPRÄCH Edoardo Dos Santos

Jetzt gemäßigter?

Von Monika Germani

Angolas Präsident Edoardo Dos Santos (42), Mitglied der MPLA seit 1961 und von 1963 bis 1969 in der Sowjetunion als Erdölingenieur und Militärfunker ausgebildet, gehört zur alten Garde der Partei. Nach dem mysteriösen Tod seines Vorgängers Agostinho Neto 1979 – er starb gerade zu dem Zeitpunkt in einem Moskauer Krankenhaus an Herzversagen, als er vorsichtige Kontakte zum Westen aufnahm – wurde der junge Mulatte, der mit einer Russin verheiratet ist, aber inzwischen von ihr getrennt lebt, zum neuen Präsidenten gewählt. Obwohl er jahrelang als harter Kommunist galt und der führenden Mulatten-Clique, vielfach mit Russinnen oder Ostdeutschen verheiratet, angehörte, konnte er Ende 1982 die ersten Spaltungstendenzen innerhalb der Partei nicht verhindern. Sie wurden deutlich durch die zeitweilige Entlassung von zweiunddreißig hohen Parteifunktionären und der Ankündigung des Guerrilla-Führers Dr. Jonas Savimbi, er habe bereits die ersten Kontakte innerhalb der angolanischen Regierung.

Seither haben Savimbis Truppen den Krieg gegen die Regierung erfolgreich ausgeweitet. Mit den Anschlägen auf Luanda macht er sich auch in der Hauptstadt bemerkbar.

Wirtschaftlich ist Angola den Weg allen Sozialismus gegangen: Der Abzug der Portugiesen hinterließ das Chaos. Sechzig Prozent der Einkünfte aus den von US-Firmen geförderten Erdöleinnahmen Cabindas gehen in den Verteidigungsetat, Deviseneinnahmen aus den Diamantminen im Nordosten des Landes sind seit der Besetzung des Gebiets durch die Savimbi-Truppen vor einem Jahr geschrumpft. Die Zahlungen an die Kubaner, eher zum Schutz der Regierung denn zum Einsatz gegen Savimbi, und die Schulden für sowjetische Waffenlieferungen gehen in zweistellige Milliardensummen (US-Dollar). Dazu kommt ein ständiger Unruhefaktor, die Präsenz der Swapo-Terroristen im Süden des Landes, was wiederum zur Präsenz der Südafrikaner



Kubaner sind teure Freunde: Dos Santos FOTO: CAMERAPIX

geführt hat. Ihr (längst vereinbarter) Abzug von der Grenze ist seit Monaten festgefahren.

Was Angola dringend braucht, ist Wirtschaftshilfe, das heißt: die diplomatische Anerkennung durch die USA. Somit befindet sich Dos Santos gegenwärtig auf einem gefährlichen Drahtseilakt zwischen der Sowjetunion und den USA, zwischen den beiden Fraktionen seiner Partei, der harten pro-sowjetischen Gruppe um Henrique Carreia und Lucio Lara und einem gemäßigten Flügel, dem der Präsident neuerdings selber zuneigen soll. Dieser ist in sich gespalten zwischen der Catete-Gruppe, die Verhandlungen mit Unita, Reduzierung des Ostblock-Einflusses und Annäherung an den Westen wünscht, und den Föderalen, die für eine Konföderation der Staaten Angolas und totaler Abwendung von den Sowjets eintreten. Doch wie weit Dos Santos mit seinem Kurs Erfolg haben wird, während die Sowjets immer mehr Waffen und Kriegsmatrial, zum Beispiel siebzig MIG 21 und 23 in den letzten Wochen sowie eine Anzahl Kampfhubschrauber, geliefert haben, bleibt abzuwarten. Die Sowjets pflegen offen zu sagen, daß sie seinerzeit „Chile verloren" hätten; das werde ihnen aber niemals wieder passieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Zu den „Enthüllungen" des „Spiegel" über den FDP-Spitzenkandidaten Rohde schreibt die Düsseldorfer Zeitung:

Wenn es stimmt, daß die Details, die das Hamburger Blatt in der üblichen Mischung aus Wahrheit und Unterstellung präsentiert, aus der Personalakte Rohdes stammen, dann ist dies ein Datenschutz-Skandal ersten Ranges, der nicht Rohde, sondern die Regierung Rau ins Zwielicht rückt. Wenn die Vorwürfe des FDP-Politikers so hieb- und stichfest sind, wie sie dokumentiert werden, dann muß man davon ausgehen, daß in Nordrhein-Westfalen Politiker und Beamte der SPD-Landesregierung offenbar an Recht und Gesetz vorbei jedes Mittel zur Diffamierung des aktuellen politischen Gegners nutzen und ohne jede Rücksicht auf ihre Pflichten Herrschaftswissen zur Verfolgung politischer Ziele mißbrauchen. Was zu Beginn der Parteispenden-Affäre ein böser Verdacht war, könnte durch den jüngsten, fatalen Vorgang zur Gewißheit werden. Dies aber wäre für das Parlament und die Öffentlichkeit das Signal, die Alarmglocken zu läuten, weil etwas faul ist im Lande Raus.

EPOCHE

Die Münchner Monatsschrift befaßt sich mit den Schwierigkeiten auf dem Weg in die Freizeitgesellschaft:

Die brisante Frage, die sich mit der Grundproblematik automatisch stellt, ist die, was die Menschen in den fortgeschrittenen Industriestaaten mit noch mehr Freizeit, als sie heute haben, wohl anfangen werden. Die sich hier eröffnende Problematik kann von Staat und Gesellschaft gar nicht ernst genug genommen werden. Wir wissen aus der jüngsten deutschen Vergangenheit, daß allzu viel Freizeit den damit Beglückten durchaus nicht immer Glück bringt. Viele Menschen können im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert mit ihrer Freizeit nichts Rechtes anfangen. Nicht alle nutzen sie stets zu ihrem Vorteil ... Der Mensch verlangt nach mehr. Sein Leben bedarf als Komponente zur materiellen Seite der geistigen Grundlage. Und diese ist bei sehr vielen, vielleicht sogar bei der Mehrheit, wohlstandsgeschädigt, verkümmert. Die Menschen müssen wieder eine geistige Lebensmitte zurückgewinnen. Viele werden mit dieser Aufgabe allein nicht fertig.

Das Kölner Blatt kommentiert das TV-Duell Reagan-Mondale:

Beobachtet wurde das Politduell eher wie ein Boxkampf: Wer teilt die besseren Schläge aus, wer gibt sich die größeren Blößen, und wem hebt nach dem Gong die Demoskopie den Arm zum Zeichen des Sieges hoch? Mal gewann Mondale und mal Reagan nach Punkten. Ende des Schattenboxens: Showbusiness schlug die Politik k. o.

Blüms Jongleurkünste und das wachsende Mißtrauen

In der Rentenversicherung bahnt sich eine gigantische Geldschneiderei an / Von Peter Jentsch

Die Rentenversicherung steckt wieder einmal in der Klemme. Und das, obwohl sich Bundesarbeitsminister Blüm beim Amtsantritt vorgenommen hatte, die Finanzierungsprobleme ein für allemal zu lösen.

Nun sieht er sich mit der Tücke des Sanierungsobjekts konfrontiert. Folge einer verfehlten Politik. Denn mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurde bestimmt: für Arbeitslose zahlt die Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr, wie bisher, Rentenbeiträge nach dem ehemaligen Einkommen, sondern niedrigere Beiträge – nach der Höhe des Arbeitslosengeldes.

Damit ist die Rentenversicherung konjunkturellen Schwankungen unterworfen und muß auf Beitragseinnahmen von inzwischen gut fünf Milliarden Mark jährlich verzichten. Schon wandert sie hart am Abgrund der Illiquidität.

Nun will die Bundesregierung, um die Rentenfinanzen über die Hürden zu bringen, die Rentenbeiträge um 0,2 Prozentpunkte erhöhen und gleichzeitig – Begründung: Kostenneutralität – die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um eben 0,2 Prozentpunkte senken. Also wieder rege Tätigkeit auf dem Verschiebebahnhof der Sozialversicherung.

Man sollte meinen, bei diesem Mißgriff lasse es die Bundesregierung bewenden; sie nutze die Chance der Reform des Hinterbliebenenrechts. Weit gefehlt. Auch hier scheint die Koalition entschlossen, die sozialliberalen Fehler fortzusetzen.

Das gilt für Blüms „Anrechnungsmodell". In der Konsequenz läuft es darauf hinaus, daß an die Stelle der Beitrags- und Leistungsbezogenheit der gesetzlichen Rentenansprüche eine Art Bedürftigkeitsanspruch tritt. Denn auf die Hinterbliebenenrente sollen Erwerbseinkommen und eigene Erwerbsersatzeinkommen wie Renten, Pensionen und Ansprüche aus berufsständischen Einrichtungen, mit vierzig Prozent angerechnet werden.

„Leistung muß sich wieder lohnen", war eine Maxime Blüms, als er noch die Oppositionsbank drückte. Wer aber Einkommen auf Renten anrechnet, wer das mit einem Freibetrag (900 Mark) koppelt, der bricht mit dem Postulat der Rentenversicherung, daß nämlich die Höhe der Rente nicht gottgewollt ist (oder staatsabhängig), sondern daß sie sich nach der vorherigen Beitragsleistung zu richten hat.

Dieses Rezept riecht nach sozialistischer Sozialkochkunst: Freibeträge verführen zu Umverteilung und Nivellierung. Und wer anzurechnende Einkommen unterschiedlich wertet, der greift willkürlich in guten Glaubens erworbene Anwartschaften ein.

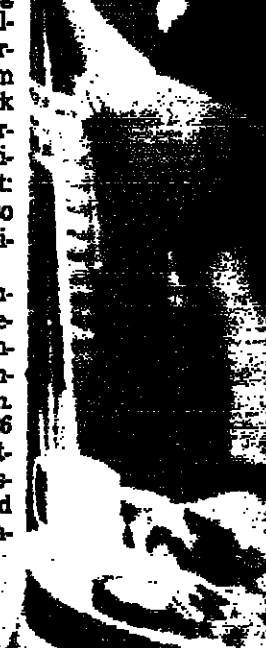
Hinzu kommt: Ist das Blümsche Anrechnungsmodell erst einmal eingeführt, haben sich die Versicherten mit dieser Lösung abgefunden, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann dieses System auf andere Versicherungsarten übertragen wird. Soll man vielleicht als nächstes den arbeitslos gewordenen Frauen gutverdienender Männer die Arbeitslosenunterstützung streichen? Das wäre eine gigantische Entlastung. Nur: wofür zahlt man eigentlich „Versicherungsbeiträge", wenn die Versicherung im Versicherungsfall nicht zahlt? Warum regeln wir das nicht alles über eine gigantische Fürsorgekasse, die „solidarisch" aus Steuereinnahmen gespeist wird?

Der Bürger könnte von vornherein in Privatversicherungen ausweichen. Aber was weiß er, wann der Staat nach der Privatversicherung greift?

Der Staat hat inzwischen gelernt, möglichst keine Inflation zu machen, weil der Bürger daraus ein tiefes Mißtrauen entwickelt hat: was du auch sparst, sie nehmen es dir ja doch über die Geldentwertung weg. Aber nun entwickelt sich ein anderes, genau so gefährliches Bürgermißtrauen: was du auch einzahlst, sie rechnen es dir an – und damit rechnen sie es dir ab. Und je mehr du einzahlst, desto eher wirst du betrogen.

Eine bürgerliche Regierung, die solchen Verdacht nährt, schadet sich mehr, als alle Babyjahre oder sonstigen Subventionen je gut machen können. Aber apropos Babyjahr: Hier macht die Regierung einen dritten Fehler. Um es finanzieren zu können, wird die Zahlung des Arbeitslosengeldes um ein halbes Jahr auf achtzehn Monate verlängert. Das entlastet den Bund um etwa sechshundert Millionen Mark bei der (danach zu zahlenden) Arbeitslosenhilfe. Zum Nachteil freilich der Bundesanstalt für Arbeit: Sie wird annähernd doppelt so hoch belastet, nämlich mit rund einer Milliarde Mark.

Mit dieser Lösung geht die Bundesregierung das Risiko ein, bereits 1985 mit weiteren Maßnahmen die Renten- und Arbeitslosenversicherung retten zu müssen. Das aber wird schwierig, da 1986 der Familienlastenausgleich um etwa zehn Milliarden Mark verbessert werden soll. Irgend jemand kann da nicht rechnen, mathematisch wie politisch.



Papageno als Eisbrecher bei den Chinesen

Drei Wochen lang gastierte die Bayerische Staatsoper in Shanghai und Peking. Die Chinesen, die sich vor allem Mozart gewünscht hatten, waren ein verwöhntes, kundiges und kritisches Publikum.

Von BEATE KAYSER

Papageno kann bis drei zählen. Auf Chinesisch: „Iiii, Ahrrr, Ssan". In der Person von Christian Boesch hat er es gelernt für das Gastspiel der Bayerischen Staatsoper in China. Mit Gelächter und Applaus quittiert das Publikum diese Verbal-Hommage, wie denn überhaupt Papageno seine Eisbrecher-Funktion hier wie überall auf der Welt erfüllt.

„Erst einen kleinen Papageno, dann eine kleine Papagena" – das ist in China mehr als nur ein entzückendes Mozart-Duett. In einem Land, das seinen Bürgern wegen der Überbevölkerung nur noch ein Kind erlaubt, muß es zum Politikum werden, zumal Papageno und Papagena in August Everdings Inszenierung wirklich von zehn „lieben kleinen Kinderlein" (ausgeliehen aus Pekings deutscher Kolonie) umsprungen werden. Chinas elementare Kinderliebe machte sich in rauschendem Beifall Luft – über alle notgedrungen eingesehenen Vernunftgründe hinweg.

Drei Wochen lang gastierte die Bayerische Staatsoper als erste europäische Truppe in Shanghai und Peking. Vor sieben Jahren bereits hatte August Everding die ersten Fäden geknüpft; drei Jahre arbeitete man ernsthaft am Zustandekommen dieses Mammutgastspiels, das die Kräfte beider Seiten aufs äußerste forderte.

Die Schwierigkeiten lagen gar nicht einmal im Künstlerischen, und selbst das Geld spielte nicht die entscheidende Rolle (hier wirkten Bund, Land Bayern und die Chinesen einträchtig zusammen). Was das Gastspiel noch im Juli fast zum Platzen brachte, war die zu geringe Hotelbetten-Kapazität in China. Wolfgang Sawallisch, inzwischen als Everdings Nachfolger für die Bayerische Staatsoper verantwortlich, wollte aber nur mit ausreichendem künstlerischen und technischen Personal – oder gar nicht – fahren, um eine Stahlstich-Visitenkarte des Hauses abzugeben.

Inzwischen hatte wegen der Unsicherheit der Reise die allererste Luxusbesetzung (Price, Popp, Prey, Moll, Schreier) anderweitig unterschrieben. Doch gelang es, noch in aller Eile ein mehr als ehrenwertes Sängerensemble zusammenzubringen, als es endgültig grünes Licht für die Reise gab.

Schmücken wollten sich mit dieser Kulturblume nämlich alle: Die Chinesen, die so ein repräsentatives Gastspiel gern in die Feierlichkeiten zu ihrem 35. Gründungstag der Volksrepublik einbauten, Kanzler Kohl, dem es auf seiner Chinareise diesmal vorwiegend um Kultur und um Wirtschaft zu tun war, Franz Josef Strauß, der immer gern Schönes aus Bayern verschickt – und besonders gern nach China. Auch dem Botschafter Schödel in Peking stand die Staatsoper gut zu Gesicht, und schließlich festigen auswärtige Erfolge eines Bayerischen Staatstheaters auch die Generalintendanz von August Everding.

Die Chinesen hatten sich Mozart gewünscht – der wäre, nach Beethoven, gerade dran in ihrer Rezeption westlicher Musik (Vor Ort kann man sich überzeugen, daß seine Sinfonien und Klavierkonzerte wirklich per Radio aus jedem offenen Fenster dringen). Mit seiner kleinen Orchesterbesetzung erwies sich Mozart auch als praktikabel für die sehr engen Orchesterräume. So wurden die „Zauberflöte" und der „Figaro" eingepackt und dazu noch ein Konzertprogramm mit Weber, Mozart und Bruckner.

Chinas Theater im Stil von Kinos der fünfziger Jahre haben Bühnen, die achtmal kleiner sind als die des Münchner Nationaltheaters. Originaldekorationen kamen daher nicht in Frage. Geschickt besann man sich auf die alte Technik der Bühnenmalerei, nahm Prospekte mit und die notwendigen Dekorationen („Figaro"), fotografierte Schinkels berühmte „Zauberflöten"-Entwürfe, vergrößerte sie auf Leinwand, kolorierte sie –



und konnte gleich Szenenapplaus der Chinesen einheimsen, die den Auftritt der Königin der Nacht vor Schinkels genial geordnetem Sternenhimmel erlebten.

Die Herausforderung, mal wieder richtig zu improvisieren, sich nicht auf Licht-Stellwerke und Personen-Rufanlagen verlassen zu können, hat die Münchner Theatermannschaft gerne angenommen. Glänzend klappte die Zusammenarbeit mit den chinesischen Bühnenarbeitern und -technikern. Großzügig hatten die Chinesen Hilfskräfte abgestellt: Vier, fünf Leute bedienten einen winzigen Getränkestand hinter der Bühne; als die „listige Schlange" sich für Pekings Bühnenmaße zu wuchtig ringelte, nähten sie zehn (!) Chinesen einen ganzen Tag lang um einen Meter kürzer.

Die Münchner dagegen machten aus einem Menschen mehrere: Niemand, der nur für eine Rolle mitgenommen wurde. Jeder mußte mindestens zwei beherrschen und notfalls darstellen können. Solisten hatten sich auch als Priester zu verkleiden, der Kostümchef als Bär, die Tölzer Knaben als Äffchen.

Und wie nahmen die Chinesen unseren Mozart nun auf? Zu Hochmut ist kein Anlaß. Vorurteile, Fehlinformationen brachen nach der ersten halben Stunde zusammen. Der „Figaro" in Shanghai zeigte: Hier sitzt ein verwöhntes, kundiges, kritisches Publikum, das von seiner eigenen Kultur her an eine hochentwickelte Formensprache gewöhnt ist und dem musikalischen wie dem komödiantischen Ablauf mit höchstem Verständnis, zum Glück gepaart allerdings mit naiver Theaterlust, folgt. Man spürt, daß die Musik bekannt ist. „Non più andrai", „Voi, che, sapete" – darauf freut man sich, reagiert auf die Nuance. Eine glänzende Idee, die Texte auf Chinesisch rechts und links neben der Bühne zu projizieren. In China wurde pünktlicher gelacht als in München.

Und wer kommt in den Genuß einer solche Aufführung? Bis zur letzten Karte verbindlich bekommt man das nicht raus, aber so viel scheint sicher: Keine Kader, keine nur politisch bestimmten Gruppen. Die Karten gehen zwar an „Einheiten", aber die verteilen sie (gegen den normalen Preis) an die wirklich Interessierten. Musiker saßen im Theater, Hochschullehrer, Studenten, Sänger.

Ausverkauft war jede Vorstellung (je nach Saal 1500–1700 Plätze), und der Schwarze Markt blühte. Bis zu zehn Yuan wurden geboten – das entspricht, in Relation zum Verdienst der Chinesen, etwa 400 Mark. Der normale Kartenpreis von 3,50 Yuan für dieses Gastspiel (sonst zahlt man nicht mehr als ein Yuan) ist auch schon höher als ein chinesischer Tagesverdienst.

Vorwiegend junge Leute kamen zu den Münchnern; die alten gehen lieber in ihre Peking-Oper.

Zu einem Künstlertreffen lud das Ensemble der Peking Oper seine Gäste ein. Dieses Opernensemble besteht seit 35 Jahren und darf nach der Kulturrevolution wieder das klassische europäische Repertoire erarbeiten. Den „Onegin" haben sie gemacht, „La Traviata", „Butterfly", „Carmen" und als letztes ausgerechnet den „Figaro", den sie ja nun von den Münchnern authentisch sehen konnten.

Die wiederum sperrten Mund und Nase auf, als sie eine chinesische Gräfin „Porgi amor" vorgeführt bekamen, die sich auf jeder deutschen Bühne hätte hören lassen können.

Die Chinesen sind nicht nur dabei, Olympia zu erobern, sie machen auch erste Preise auf vielen internationalen Gesangswettbewerben. Die „Erste" vom Finnland-Wettbewerb sang, begleitet vom jungen Opernorchester und seiner couragierten Dirigentin, eine Rossini-Arie aus „Cenerentola" – koloraturgelenkig, mühelos, geschmackvoll.

Die Chinesen kommen – unaufdringlich, lächelnd, aber unaufhaltsam. Die 195 Münchner kehrten um viele Vorurteile ärmer, um viele Erfahrungen reicher – und nachdenklich – in ihre Heimat zurück.




Von Kopf bis Fuß auf Renovierung eingestellt: Die New Yorker Freiheitsstatue im Stahl-Gewand FOTOS: AP

Eine Radikalkur für die alte Miss Liberty

Bald wird die alte Dame 100 Jahre alt. Bis dahin soll sie von allem Rost befreit sein und im alten Glanz erstrahlen: Miss Liberty wird zur Zeit in einem gigantischen Schönheitssalon behandelt.

Von A. v. KRUSENSTIERN

Kennen Sie Frederic Auguste Bartholdi? Nein? Nun, er ist der Schöpfer der berühmtesten Statue der Welt. Der aus Kolmar im Elsaß stammende Bartholdi (1834–1904) modellierte die gigantische Freiheitsstatue, die seit 1886 auf einer Insel an der New Yorker Hafeneinfahrt steht. Bartholdi ist längst vergessen, aber Miss Liberty, wie die New Yorker sie ebenso höflich wie zärtlich nennen, kennt die ganze Welt.

Eine Fackel in der erhobenen rechten und ein Buch mit der amerikanischen Unabhängigkeits-Erklärung in der linken Hand haltend, blickt Miss Liberty mit etwas grimmigem Gesichtsausdruck nach Osten. Für Millionen von Einwanderern, die auf überfüllten Schiffen im New Yorker Hafen ankamen, war ihr lange ersehnter Anblick Verheißung der Neuen Welt.

Miss Liberty ist von dem beinahe hundert Jahre währenden Wachestehen etwas mitgenommen. Ihr mit Kupferplatten verkleidetes eisernes Skelett, das der Eiffelturm-Erbauer Gustave Eiffel konstruierte, ist durch Korrosion brüchig geworden. Große Teile der Statue müssen von Grund auf erneuert werden.

Seit diesem Frühjahr trägt Miss Liberty ein Gerüste-Korsett. Ihr rechter Arm mit der Fackel wurde demontiert und soll erneuert werden. Die Kosten der Renovierung der Statue, ihres Sockels und des zu ihren Füßen liegenden Einwanderer-Museums werden auf über 200 Millionen Dollar veranschlagt. Das Geld wird ausschließlich durch Spenden von Privatpersonen, Firmen und Verbänden aufgebracht.

Das Skelett soll durch eine Konstruktion aus rostfreiem Stahl ersetzt werden, und auch die kupferne Außenhaut bedarf zum großen Teil der Erneuerung. Arm und Fackel müssen neu konstruiert werden. Um die Ehre, die Fackel erneuern zu dürfen, entspann sich ein internationaler Wettbewerb, an dem sich auch deutsche Kunstschmiede beteiligten. Den Zuschlag erhielt schließlich ein Kollektiv französischer Handwerker, die in einer Werkstatt zu Füßen der Statue über ein Jahr lang arbeiten werden.

Im Inneren der 46 Meter hohen Statue werden zwei neue Aufzüge installiert, und die beiden fast hundert Jahre alten eisernen Wendeltreppen, die bis zur Strahlenkrone führen, werden gründlich überholt. Leiter der von Präsident Reagan ernannten Kommission, die die Renovierung überwacht, ist der Präsident des Automobilkonzerns Chrysler, Lee Iacocca. Sein Vater wurde von Miss Liberty begrüßt, als er 1902 auf einem italienischen Auswanderer-Schiff im New Yorker Hafen ankam.

Die Idee, den Amerikanern eine Kolossal-Statue zu schenken, stammte von dem französischen Historiker und Juristen Edouard René Lefebvre de Laboulaye, der ein glühender Bewunderer der Vereinigten Staaten und der in ihrer Unabhängigkeits-Erklärung und Verfassung niedergelegten Prinzipien war. Auf sein Betreiben wurde 1875 in Paris ein Komitee gegründet, um Geld für das gewaltige Vorhaben aufzubringen. Es dauerte zehn Jahre, bis genug Geld zusammengekommen war und Bartholdi die Statue fertiggestellt hatte.

Als Modell diente Bartholdi ein Jugendbildnis seiner Mutter Charlotte. Sie war eine Tochter eines Helden der französischen Revolution, des späteren General Beysser.

Im Jahre 1885 war es soweit. In ihre Einzelteile zerlegt und in 214 große Kisten verpackt, reist die Statue nach New York. Ein amerikanisches Komitee hatte inzwischen auf der Insel Bedloe's Island, die heute Liberty Island heißt, einen massiven Sockel für das Geschenk Frankreichs errichtet. Am 28. Oktober 1886 wurde die Statue im Beisein von Bartholdi, dem amerikanischen Präsidenten Cleveland und dem Suez-Kanal-Erbauer Ferdinand de Lesseps enthüllt.

(SAD)

Ein Schaufenster des Staates ist enthüllt

Der Ort ist noch ein Provisorium, doch seit Dienstag ist der erste konkrete Schritt in Richtung „Haus der Geschichte" getan. Im Bonner Regierungsviertel ist die Ausstellung „Der Bundespräsident" zu sehen.

Von EBERHARD NITSCHKE

Hinter Glas liegen Zeichen-Utensilien, Zigarren und Füllfederhalter von Theodor Heuss, das notizbuchgroße Neue Testament von Gustav Heinemann, ein Rucksack von Karl Carstens, das Handwerkszeug vom Vater Walter Scheels. „Wir wollen unseren Bundespräsidenten sehen!", steht auf einem handgeschriebenen Spruchband, das Bürger irgendwo auf dem Lande erwartungsfroh einer Autokolonne entgegenhalten.

Im Beisein von Walter Scheel und Karl Carstens sowie Mitgliedern der Familien anderer Bundespräsidenten erinnerte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, bei der Eröffnung an die Passage in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 13. Oktober 1982, in der er sagte: „Unsere Republik entstand im Schatten der Katastrophe. Sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation."

Der Bauplatz ist da, genau gegenüber dem Kanzleramt, das Geld fehlt, man beginnt tapfer mit einem Provisorium. In einem angemieteten Privathaus zwischen der Landesvertretung von Schleswig-Holstein und jener Villa, die vom Bund für sonst heimatlose Minister bereitgestellt wird, hat das dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundesarchiv in Koblenz die Schau durchgeführt. Sein Präsident, Professor Hans Booms: „Stimmen sind laut geworden, daß historische Ausstellungen ihren Zweck verfehlen, versuchen sie, Geschichtsbuchtexte illustriert auf Ausstellungstafeln auszubreiten. Statt dessen: sich wieder stärker besinnen auf den lehrsamen ‚choc par le document', auf die anregende Begegnung mit Geschichte in ihren unmittelbaren Zeugnissen."

Das Haus Kurt-Schumacher-Straße Nummer 19 im Regierungsviertel ist daher schon in seiner Einfahrt mit Wahlplakaten der Jahre ab 1949 dekoriert worden, wobei Vergessenes zutage tritt. Noch 1965 zum Beispiel wirbt man hier: „Konstantin von Bayern für Bayern nach Bonn." Gegenüber eine Plakatsäule mit Werbung für den „Messerschmitt-Kabinenroller" als ersten Schritt in Richtung Auto, oder für die (Schellack-)Platte mit Fred Bertelmann und seinem Schlager „Der lachende Vagabund".

Restliche Dekorationen muß sich der Besucher, sieht man von einem Beispiel für den gedeckten Tisch beim Staatsbankett, einer Auswahl von Staatsgeschenken oder von besonders exotischen Orden des Staatsoberhauptes Scheel ab, durch Knopfdruck auf einen Dia-Projektor selbst beschaffen. Dann erscheinen auf dem Schirm Möbel, Verkehrsmittel, Kleidungsstücke und Konsumgüter der jeweiligen Zeitepoche.

Denn der Kern dieser „Werkstatt-Ausstellung", so Professor Booms, ist eine systematische Einführung in das Amt des Bundespräsidenten. Wahl, Rechte und Aufgaben, die dafür verfügbaren Mittel, aber auch die Rolle der Frau des Bundespräsidenten werden beschrieben, Person und Wirken jedes Amtsinhabers gewürdigt.

Daß dies alles ohne oberlehrerhafte Aufdringlichkeit geschieht, ist ein Verdienst der Koblenzer Archivare, der dem bisher vor lauter Proporz und deutscher Gründlichkeit kaum von der Stelle gekommenen Unternehmen zusätzliche Schubkraft verleiht. Ein Schaufenster des Staates ist enthüllt. Es darf darüber diskutiert werden.

Auch Wiesbaden ermittelt in Spendenaffäre

AP, Wiesbaden

In der Parteispenden-Affäre ermittelt die Staatsanwaltschaft Wiesbaden gegen sechs Firmen, die Millionenbeträge an die Staatsbürgerliche Vereinigung in Köln gezahlt haben sollen. Das Geld sei anschließend an Parteien, vorwiegend an CDU und FDP, weitergeleitet worden, sagte gestern ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Gegen die Firmen mit Sitz in Wiesbaden und im Rheingau/Taunus-Kreis, die seit 1972 Beträge bis zu 500 000 Mark an die Vereinigung gezahlt hätten, werde wegen Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelt. Die Verfahren seien von der Bonner Staatsanwaltschaft zuständigkeitshalber nach Wiesbaden abgegeben worden.

FDP-Abgeordneter verläßt Partei

DW. Hannover

Der niedersächsische FDP-Landtagsabgeordnete Hans Ludwig Freytag hat gestern seinen Austritt aus seiner Partei erklärt. In einem in Hannover veröffentlichten Brief teilte der 50jährige Politiker mit, daß er sein Parlamentsmandat behalten werde. Seinen Austritt aus der FDP begründete er damit, daß die Partei sich in einer „Phase der Selbstzerfleischung und Demontage" befinde. „Der organisierte FDP-Liberalismus ist am Ende", meinte der Politiker, der dem konservativen Flügel der Partei zugerechnet wird. Ob er dem Landtag künftig als parteiloser Abgeordneter angehören oder sich einer anderen Partei anschließen werde, ließ er offen.

Koalition einigt sich auf neuen Ausweis

dpa, Bonn

Die Experten der Koalitionsfraktionen von Union und FDP haben sich endgültig auf ein neues Gesetz zur Einführung des fälschungssicheren Personalausweises geeinigt. Nach einem gestern in Bonn veröffentlichten Entwurf wird der Ausweis – wie ursprünglich beabsichtigt – computerlesbar sein. Mit der neuen Fassung des alten Gesetzes, das ursprünglich am 1. November in Kraft treten sollte, solle den Bedenken aus Gründen des Datenschutzes Rechnung getragen werden. Die Einführung des neuen Ausweises ist für 1986 vorgesehen.

Die Aufnahme einer „Zone für das automatische Lesen" wird jetzt ausdrücklich im Gesetzestext vorgeschrieben. Diese Zone enthält folgende Angaben: Die international übliche Abkürzung für Identitätskarten „IDD", den Familiennamen, Vornamen, eine Seriennummer, den Buchstaben „D" für Deutscher, den Geburtstag, die Gültigkeitsdauer und verschiedene technische Prüfziffern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der Zeuge Scheel läßt Madaus hoffen

GÜNTHER BADING, Bonn

„Das ist doch das Elend dieser Verhandlungen, daß es die Parteien versäumt haben, eine klare Gesetzgebung zu schaffen." Altbundespräsident Walter Scheel nimmt als Zeuge im Parteispenden-Prozeß gegen den Pharma-Unternehmer John Werner Madaus vor dem Kölner Amtsgericht kein Blatt vor den Mund.

Scheel hat sich freiwillig als Zeuge der Verteidigung des Unternehmers Madaus zur Verfügung gestellt, obwohl der nicht etwa seiner Partei, der FDP, sondern der CDU Geld zukommen ließ – auf dem seit Jahrzehnten üblichen Umweg über gemeinnützige Vereinigungen, die dann steuerlich abzugsfähige Spendenquittungen ausgestellt haben. Er habe es für seine Pflicht gehalten, erklärt der frühere Bundespräsident in einer der Verhandlungspausen auf dem Flur des Gerichtsgebäudes in der Luxemburger Straße in Köln-Süd, in diesem Prozeß das Entstehen der sogenannten „Umwegfinanzierung" der Parteien darzulegen. Diese jahrelange Praxis sei im Konsens aller Beteiligten, der Spender, der Parteien und der Finanzverwaltung, entstanden. Schatzmeister zu sein (Scheel war es im FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen selber von 1954 bis 1968), Spenden zu akquirieren – „das war doch eine angesehene Sache", erinnert er sich. Und: „Wir sind doch nicht auf Schleichwegen gewandelt." Die Finanzämter hätten Bescheid gewußt über die Praxis der Parteienfinanzierung, ja, man habe sich mit ihnen sogar abgestimmt, habe Rat eingeholt, inwieweit die „Umwegfinanzierung" zulässig sei.

Was Scheel aus tiefster Überzeugung – niemand hatte ihn gezwungen, hier als Zeuge aufzutreten – auf dem Flur vor dem Gerichtssaal 29 vor Journalisten und übrigen Zuhörern sagt, das klingt fast wie ein Verteidiger-Plädoyer für den Angeklagten Madaus. Aber der Altbundespräsident meint nicht nur ihn, er spricht für alle die zahllosen Spender – rund 1800 Ermittlungsverfahren sollen derzeit noch anhängig sein –, die in bestem Glauben an die Rechtmäßigkeit dieses Weges Gelder an gemeinnützige Vereinigungen gegeben haben, „damit sie dann wieder der Partei zugute kommen".

Was Scheel zu sagen hat, das will das Gericht allerdings zunächst gar nicht hören. Richter Volker Baumgarten – laut „Spiegel" Mitglied der SPD und der Gewerkschaft ÖTV – hat zunächst den Antrag der Verteidigung auf die Anhörung dieses Zeugen ebenso abgelehnt wie frühere Bitten, weitere prominente Politiker einzuvernehmen – von Bundeskanzler Kohl über dessen Vorgänger Helmut Schmidt und alle Finanzminister der vergangenen zwölf Jahre. „Unerheblich" seien diese Aussagen zum Umfeld der Tat, die John Werner Madaus zur Last gelegt wird: Steuerhinterziehung durch Spenden an drei gemeinnützige Vereine, im wesentlichen an die „Staatsbürgerliche Vereinigung" in Köln, in Höhe von 566 000 Mark. 308 000 Mark Steuern habe Madaus dabei hinterzogen, lautet die Anklage. Denn – die Spenden seien gar nicht für die Vereinigungen, sondern in Wahrheit für die CDU bestimmt gewesen. Und Spenden an Parteien sind nur bis zu 1800 Mark jährlich abzugsfähig.

Tauziehen um Aussage

Erst im dritten Anlauf gelingt es der Verteidigung, Walter Scheel am letzten Verhandlungstag vor den Plädoyers der Staatsanwaltschaft doch noch in den Zeugenstand zu bringen. Obwohl die Staatsanwaltschaft gegen einen neuformulierten Beweisantrag des Verteidigers von Madaus nichts mehr einwendet, wird abgelehnt. Ein Zusammenhang mit dem Verfahren sei nicht gegeben. Verteidiger Rechtsanwalt Waldowski formuliert neu. Wieder wird abgelehnt. Verhandlungspause. Dann erneute Formulierung. Scheel wolle aussagen, daß Spitzenbeamte des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums die Praxis der Umwegfinanzierung gekannt und gebilligt hätten. Der Zusammenhang mit dem Fall Madaus ist nun nicht mehr wegzudiskutierenm. Das Gericht läßt den Zeugen Scheel, der pünktlich zu Prozeßbeginn um 09.00 Uhr erschienen war, dann endlich um 11.35 Uhr zu.

Aber noch darf er nicht berichten, was jedermann in unserem Lande über die gängige Praxis der „Umwegfinanzierung" weiß. Kaum kommt Scheel darauf zu sprechen, daß er als Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP „im Staatsministerium" in Düsseldorf mit dem Leiter der Steuerbehörde Dr. Thiel über die „Umwegfinanzierung" gesprochen habe, unterbricht in Richter Baumgarten: „Das liegt weit vor der Zeit", um die es im Prozeß gegen Madaus gehe. Der soll die Steuern zwischen 1969 und 1979 hinterzogen haben. Das erwähnte Gespräch fand Anfang der 60er Jahre statt. Scheel gibt sich nicht geschlagen, schildert, daß er niemals auch nur den Schatten eines Unrechtsbewußtseins bei dieser Spendenpraxis gehabt habe, daß man sich wegen der ungenauen Gesetzeslage auf „rechtlich nicht gesichertem, aber begehbarem Boden" gefühlt habe und daß für dieses Gefühl vor allem auch jenes Gespräch ausschlaggebend gewesen sei, das er mit besagtem Spitzenbeamten Thiel geführt habe. Die Verteidigung kann aufatmen, denn nun wagt es Richter Baumgarten nicht noch einmal, dem früheren Bundespräsidenten über den Mund zu fahren. So kann der Ehrenvorsitzende der FDP berichten, daß die jetzt bei Madaus inkriminierte Praxis der Finanzierung über die Jahre zwischen Partei-Schatzmeistern und Finanzverwaltungen regelrecht abgesprochen wurde.

Rolle der Finanzbehörden

Der frühere Bundespräsident berührt mit seiner Aussage den kritischen Punkt des ganzen Verfahrens. Madaus bestreitet nicht, daß er gespendet hat. Und er bestreitet auch nicht, daß er damit der CDU helfen wollte. Er bestreitet aber sehr wohl, daß er in der Verwendung der ihm ausgestellten Spendenquittungen zur Steuerminderung etwas Unrechtes habe sehen können.

Mit der Vernehmung des Zeugen Scheel ist es der Verteidigung gelungen, den Beweis zu liefern, daß die Spendenpraxis mit Steuerabzug auf dem Umweg über gemeinnützige Vereinigungen nicht nur gang und gäbe war, sondern daß weder Spender noch Empfänger – also die Politiker – hierbei ein Unrechtsbewußtsein haben konnten, solange die zuständigen Finanzbehörden dieses Vorgehen nicht beanstandeten. Der angesehene Kölner Steuerrechtler Professor Tipke hat schon im März im „Handelsblatt" dazu erklärt, die wegen Steuerhinterziehung angeklagten Spender müßten straflos bleiben, wenn sie „die Strafrechtslage in Verbindung mit der Steuerrechtslage unvermeidbar falsch eingeschätzt" hätten. Und unter Hinweis darauf, daß die Steuerbehörden sehr wohl Kenntnis vom Umweg-Verfahren hatten, dagegen aber nichts taten – wie soeben der über jeden Zweifel an seiner Integrität erhabene Zeuge Scheel vor Gericht bekundet hat –, schreibt Professor Tipke weiter: „Wer aber vom Steuerbürger verlangt, daß er als Unrecht erkennen solle, was Parteien nicht als solches ansehen und die Finanzverwaltung viele Jahre hindurch nicht als solches praktiziert hat, der verfolgt die Falschen."

Ein Politologe, der über den Parteien steht



Theodor Eschenburg wird 80 Jahre alt. FOTO: PETER PEITSCH

Von GEORG SCHRÖDER

Das Studium der Politik-Wissenschaft mag in diesen Tagen in Verruf geraten sein. Der Politologe Professor Theodor Eschenburg dagegen wird an seinem 80. Geburtstag mit Recht von vielen als ein Glücksfall gepriesen. Der Mann und sein Werk sind aus den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland nicht wegzudenken. Seine Persönlichkeit, eben weil sie von dem Willen zur Unabhängigkeit geprägt war, ließ ihn nach Meinung von Ralf Dahrendorf zum Praeceptor werden.

Hier ist ein Politik-Wissenschaftler, der eine Fülle praktischer Erfahrungen sammelte, ehe er 1952 in Tübingen den neugegründeten Lehrstuhl für wissenschaftliche Politik bestieg. Der Student Eschenburg, der Sohn eines Konteradmirals in Kiel, galt in den zwanziger Jahren in Berlin als der „junge Mann Stresemanns", ohne je in dessen Diensten zu stehen. Es war der Nationalliberalismus, der ihn zu dem Volksparteiler Stresemann geführt hatte. Aber Eschenburg sprang nicht in die Parteipolitik. Er war von 1929 bis 1945 zunächst wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, dann Geschäftsführer von mittelständischen Verbänden. Die nächste Etappe seiner Entwicklung von 1945 bis 1952 war der Staatsdienst in Südwürttemberg. Dann begann seine wissenschaftliche Tätigkeit.

Ein Politologe nicht gegen die Parteien, aber über den Parteien, so kann man wohl am besten die Haltung Eschenburgs kennzeichnen. Mit seiner unabhängigen Meinung wurde er nicht allen, aber vielen in den Parteien mehr als einmal recht unbequem. Ob in seinen Schriften oder in seinen Artikeln, immer verlief er sich nicht in blasse Theorie, sondern gab konkrete Meinungen zu konkreten aktuellen Fragen. In einem Lebenslauf lasen wir: „Mit seiner Schrift ‚Der Beamte in Partei und Parlament' über das Problem der parteipolitischen Betätigung und der Parlamentszugehörigkeit der Beamten sowie der Ämterpatronage stieß er auf Ablehnung bei nahezu allen Parteien." Und ganz aktuell ist auch heute noch seine 1959 erschienene Schrift „Der Sold des Politikers".

Die hessische FDP bietet Börner ihre Mithilfe an

Landeschef Gerhardt: Bei einem Bruch mit den Grünen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die hessische FDP ist bereit, aus landespolitischen Gründen in wichtigen Sachfragen wie dem Haushalt 1985 zusammen mit der SPD-geführten Minderheitsregierung Lösungen herbeizuführen. Ministerpräsident Holger Börner wird spätestens dann auf die Mithilfe der FDP angewiesen sein, wenn die Grünen ihre angedrohte Aufkündigung der „Tolerierung" von Ministerpräsident Holger Börner wahrmachen.

In einem WELT-Gespräch erteilte Gerhardt wie schon nach den Landtagswahlen im September 1983 zwar einer Koalition mit der SPD eine klare Absage: Die FDP habe die jetzige Landesregierung nicht gewählt und ihr auch nicht das Vertrauen ausgesprochen. Sie sei „kein Lückenbüßer" und werde „nicht die Rolle der Grünen übernehmen". Die Liberalen hätten aber ein „massives Interesse" daran, daß die „investiven Rahmenbedingungen des Haushalts stimmen" und wegen der wirtschaftlichen Situation „sehr praxisbezogen" zum Beispiel bei den Ausbildungsplätzen Maßnahmen ergriffen werden.

Sollten die Grünen ihre Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten aufkündigen, würde der „öffentliche Druck" auf SPD, CDU und FDP so groß, „daß man von ihnen mindestens verlangt, sich über ein Minimum an Landespolitik zu verständigen". Dann würde „sicher eine Korrektur in der Landespolitik erfolgen". Die drei Parteien könnten aber nicht schon wieder Neuwahlen ansetzen, „wenn sie sich nicht wirklich von der Politik verabschieden wollen".

Gerhardt ist aber „skeptisch", daß es tatsächlich zum Bruch zwischen den Grünen und der SPD kommt: „Das Bündnis ist zementiert durch den Willen zum Machterhalt, und das ist ein starker Kleber." Es handele sich um taktische Auseinandersetzungen, die „mit sinnvoller Landespolitik überhaupt nichts mehr zu tun". Eine ähnliche Meinung herrscht auch bei der hessischen CDU vor.

Dagegen wächst bei den „Tolerierungs"-Befürwortern unter den Grünen die Sorge, daß es schon in Kürze zum Bruch mit der SPD kommt. Weil Hessen für die Grünen „Modellcharakter" hat, werden dann negative Auswirkungen auf die anderen Bundesländer befürchtet.

Beim Streit mit der SPD geht es unter anderem um den Bau neuer Strafvollzugsanstalten und die Nuklearbetriebe Nukem und Alkem in Hanau. Außerdem wird kritisiert, daß Börner auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz der Einführung privater Rundfunk- und Fernsehprogramme zugestimmt hat. Eine Entscheidung über die weitere Zusammenarbeit soll spätestens auf einer Landesmitgliederversammlung am 1. Dezember in Wiesbaden fallen.

Mietpreise und Lebenshaltung bleiben stabil

PETER JENTSCH, Bonn

Die Mietsteigerungsraten sind seit 1982 von durchschnittlich 5,1 Prozent auf 3,7 Prozent im Jahresverlauf 1984 zurückgegangen. Nach Darstellung der Bundesregierung sind damit die Befürchtungen der SPD und des Deutschen Mieterbundes widerlegt worden, wonach es durch die 1983 wirksam gewordenen Mietrechtsänderungen zu einer Explosion der Mieten hätte kommen sollen. Diese Befürchtungen entbehrten jeder Grundlage, da insbesondere die Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen mit 3,1 Prozent am geringsten gestiegen seien.

Nach Darstellung der Bundesregierung besteht im Mietrecht aufgrund dieser Entwicklung kein Änderungsbedarf. Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Wirksamkeit der sechsten Wohngeldnovelle, an der zur Zeit gearbeitet wird, müsse berücksichtigt werden, daß die günstige Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Mieten die Dringlichkeit einer Wohngeldanpassung gemildert hätten. Während die Inflationsrate zu Beginn der Legislaturperiode nämlich noch bei sechs Prozent gelegen habe, liegen die Verbraucherpreise im September nur um 1,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Erstmals seit 1980 könnten auch wieder steigende Realeinkommen und damit mehr Kaufkraft für breite Bevölkerungskreise verzeichnet werden.

Bonn rechnet bald mit einer Offerte aus Moskau

Fernseh-Diskussion mit Apel, Hennig, Scholz und Schily

hrk. Berlin

Staatssekretär Ottfried Hennig (CDU) aus dem innerdeutschen Ministerium rechnet mit verführerischen Angeboten Moskaus in der deutschen Frage, die auf eine Neutralisierung der Bundesrepublik zielen. In einer TV-Debatte des Senders Freies Berlin äußerte er am Montag die Erwartung, daß „mit Sicherheit eines baldigen Tages" Moskauer Überraschungen auf Bonn zukämen, sobald die gegenwärtige „absolute Starre" in der sowjetischen Politik beendet sei. „Die UdSSR wird uns dann in Versuchung führen", sagte er.

Hennig diskutierte gemeinsam mit dem deutschlandpolitischen Experten der FDP-Fraktion, Hans-Günter Hoppe (Berlin), Berlins Bundessenator und neuem deutschlandpolitischen Sprecher der Berliner CDU, Professor Rupert Scholz, dem SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel sowie dem grünen Abgeordneten Otto Schily.

Der SPD-Bewerber für das Amt des Senatschefs in Berlin, Hans Apel, wandte sich energisch gegen jede Neutralitätspolitik und warnte vor den von Hennig vermuteten Moskauer Absichten: „Da wir zum Westen gehören wollen, da wir NATO-Mitglied sein wollen, wird plötzlich klar, daß dies ein Spiel ist, das keinen Erfolg haben kann: Deutschland wird nicht herausgelöst werden aus dem westlichen Verbund. Es wäre dies am Ende auch das Ende der Friedenspolitik in Europa, denn solche sowjetischen Angebote würden Deutschland zum politisch-ideologisch-ökonomischen Kampffeld machen. Moskau wird dies versuchen, aber es muß dann an unserem Widerstand scheitern."

Bundessenator Rupert Scholz griff noch einmal Apels umstrittene Äußerung auf, es gebe keine offene deutsche Frage mehr: „Die Präsenz der Schutzmächte in Berlin – unsere Sicherheitsgarantie – beruht ausschließlich auf jenen die Offenheit der deutschen Frage ausmachenden alliierten Vorbehaltsrechten." „Niemand, am allerwenigsten die Deutschen", seien befugt, die Offenheit der deutschen Frage „sozusagen als abgeschlossen zu erklären".

Der FDP-Politiker Hoppe forderte in der Live-Diskussion mehrfach, die Chancen praktischer Deutschlandpolitik zu erörtern: „Die Bevölkerung in Ost und West ‚verhungert', wenn wir so weiterdiskutieren – staatsrechtlich, völkerrechtlich. Für sie kommt dabei nichts heraus." Die Deutschlandpolitik habe durch die Absage Honeckers zweifellos einen „Rückschlag" hinnehmen müssen, „aber keinen Abriß". Hoppe sagte: „Die Erhöhung des Zwangsumtauschs 1980 ist und bleibt ein Anschlag auf den innerdeutschen humanitären Bereich. Sie muß vom Tisch!"

Kardinal Glemp kam durch den Nebeneingang

Primas von Polen bei Pontifikalamt in Ost-Berlin

H. R. KARUTZ, Berlin

Ohne Jubel oder „Solidarność"-Plakate vollzieht sich in Ost-Berlin in aller Stille der erste Besuch eines Primas von Polen. Bei einem Pontifikalamt in Ost-Berlin demonstrierten der St.-Hedwigs-Chor (West) und der Domchor der Kirche (Ost) dabei die Einheit des Bistums Berlin.

Die gewaltige „Krönungsmesse" des Salzburgers Mozart brauste durch den Rundbau, als sich Jozef Kardinal Glemp aus Warschau, sein aus Schlesien gebürtiger Gastgeber Joachim Kardinal Meisner und rund 1000 Ostberliner Katholiken mit einigen Glaubensbrüdern aus dem Westteil des Bistums in St. Hedwig versammelten: ein Stück Weltkirche in der Diaspora.

Westliche Teilnehmer am Festgottesdienst zu Ehren des 6. Jahrestages der Amtsübernahme durch Papst Johannes Paul II. sprachen von einer „ruhigen und ganz unspektakulären Atmosphäre". Das Engagement der Gläubigen allerdings sei mit der erwartungsvollen Stimmung „nicht einmal entfernt" vergleichbar gewesen, die seinerzeit bei den Einführungsfeiern für Bischof und Kardinal Meisner geherrscht habe. Damals sahen sich Richard von Weizsäcker, Dietrich Stobbe und die drei alliierten Stadtkommandanten auf den Stufen von St. Hedwig von jubelnden Ost-Berlinern umringt ...

Besorgnisse der SED, polnische Gastarbeiter könnten etwa mit „Solidarność"-Symbolen vor der Kirche warten, erwiesen sich als unbegründet: „Ein paar Stasi-Aufpasser, gewiß – aber sonst war in dieser Hinsicht absolut nichts los", berichteten westliche Beobachter der Szenerie. Glemps distanzierte Haltung zu „Solidarność" ist auch Ostberliner Politikern nicht unbekannt. Als der Kardinal aus Warschau durch einen Nebeneingang den Rundbau nahe dem „Linden"-Boulevard betrat, traf er jedoch tatsächlich auf polnische Landsleute. „Zwei rangniedrige Mitarbeiter der polnischen Militärmission aus West-Berlin", stellten Gottedienstteilnehmer fest.

Nach den Berichten der Nachrichtenagenturen wandte sich Glemp am Ende des Gottedienstes in einem Drei-Minuten-Grußwort auf Deutsch an die Gemeinde: „Ich grüße sehr herzlich alle Katholiken und Christen in der DDR" wohl wissend, daß das Bistum, dessen Oberhirten er besuchte, auch West-Berlin einschließt. Er verstehe die Eucharistiefeier „als ein Zeichen der Einheit der katholischen Kirche".

Gastgeber Kardinal Meisner bat in seiner Fürbitte um den Geist der „Brüderlichkeit und Versöhnung" zwischen dem polnischen und deutschen Volk. Glemps Visite sei keine „kirchliche Ausnahmeaktion, sondern die selbstverständliche Konsequenz unseres Glaubens". Der Papst sei als ehemaliger Erzbischof von Krakau „gleichsam unser Nachbar von gestern" gewesen.

Die offizielle Version, Glemp sei nicht Gast des Bistums (was ihn somit eines Abstechers nach West-Berlin enthob), sondern Privatgast von Meisner, wurde durch einen bemerkenswerten Vorgang durchbrochen: Denn die Einheit des Bistums erwies sich im Gesang – der Chor der St. Hedwigs-Kathedrale mit Laien aus West-Berlin und der hauseigene Ostberliner Domchor (unter einem evangelischen Leiter) intonierten gemeinsam das „Te Deum" unter der Stabführung von Domkapellmeister Roland Bader aus West-Berlin.

Die Ostberliner Behörden versuchten zunächst, war zu hören, den Auftritt der West-Sänger zu verhindern. Ihr Argument: Der Chor sei kürzlich bei einer Japan-Reise von Meisner im Rahmen von „Kulturwochen der Bundesrepublik" aufgetreten und in Nippon von Bonner Diplomaten begrüßt worden, während die „DDR"-Kollegen beiseite standen.

Am Ende mochte die SED wohl aus dem Pontifikalamt nun von sich aus kein Politikum machen: Die West-Sänger kamen, wie üblich, über die Sektorengrenze. Glemp selbst, so lautete spekulatives Gemunkel in Ost-Berlin, werde bei seinem heute zu Ende gehenden Besuch möglicherweise doch mit einem „DDR"-Politiker zusammentreffen. Die Äußerungen des Kardinals über die angeblich nicht vorhandene deutsche Minderheit in Polen und seine Kritik an der Haltung Bonns in der Staatsbürgerschaftsfrage machen Glemp aus dieser Sicht durchaus zu einem lohnenswerten Gesprächspartner.

Der Ausschuß ist keine moralische Anstalt

PETER GILLIES, Bonn

„Volle Aufklärung" und „befriedigende Antworten" erwarten die Parteien vom Bundestagspräsidenten Rainer Barzel, der heute vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages aussagen wird. Beides dürfte der Ausschuß schwerlich erfüllen, denn der Kernpunkt der „Affäre Barzel" ist eine Frage der politischen Moral. Genau dafür aber ist der wackere und unter Zehntausenden von Aktennotizen stöhnende Ausschuß nicht zuständig.

Andererseits hat gerade dieser Ausschuß unter seinem Vorsitzenden Manfred Langner (CDU) und dessen Stellvertreter Willfried Penner (SPD) ein gängiges Urteil widerlegt. Es lautet: Parlamentarische Untersuchungsausschüsse stellen ein politisches Kampfmittel dar, deren Beitrag zur Wahrheitsfindung gering und deren Urteil ins Belieben der Mehrheit gestellt ist. Sie seien deshalb sinn- und nutzlos, vernebelten eher den Untersuchungsgegenstand als ihn zu erhellen.

Der Flick-Ausschuß indes hat nach zähem juristischen Kampf die Akten erobert. Sogar zuviel Akten, wie manche vorwurfsvoll bemerken. Aus Düsseldorf beispielsweise regneten Vorgänge auf das von allen vier Fraktionen besetzte Team herab, die es „Indiskretins" besonders erleichtern, in Magazinen und anderswo Einzelheiten zu lancieren und so Vorverurteilungen zu bewirken. Dabei scheint der Papierzufluß – derzeit rund 100 000 Vermerke, die alle gelesen sein wollen – noch keinesfalls verebbt. Von den mehr als 100 Zeugen sind erst 18 befragt.

DIE ANALYSE

Was vermag der Ausschuß und wo liegen seine Grenzen? Zuvor: Er ist kein Gericht, kann nicht anklagen und nicht verurteilen. Damit ist bereits die ordentliche Justiz befaßt, was sich in zahlreichen Aussageverweigerungen von Zeugen bemerkbar macht, die in Raum 1903 des „Langen Eugen" nicht sagen können oder wollen, was sie vor ordentlichen Gerichten belasten könnte. Andererseits ist er aber aufgrund der erwirkten Aktenzugriffe mehr als ein unverbindlicher Debattierclub, wo jede Partei ihre Chance wittert, dem politischen Gegner eines auszuwischen und dem Freund über die Fragerunden zu helfen.

Untersuchungsausschüsse stellen eine Art Selbstreinigungsmechanismus freigewählter Parlamente dar. Daß manche Ausschußmitglieder dabei der Versuchung erliegen, sich als Staatsanwalt zu gerieren und die Zeugen als Angeklagte vor ein Tribunal zu zerren versuchen, war stets normal. Mehr noch als früher liegt der Aufschluß des Flick-Ausschusses nicht in seinem abschließenden Urteil, sondern in seinen durch Befragung erwirkten Beiträgen zur Wahrheitsfindung.

Diese sind beträchtlich, was die Aufhellungen zu Parteispenden im Netzwerk zwischen Politik und Wirtschaft betreffen, aber bisher minimal zur Kernfrage, die da lautet, ob bei der steuerbegünstigten Wiederanlage des Flick'schen Aktienpakets an Daimler Bestechung im Spiele war. Zur Parteienfinanzierung auf dem Spendenwege kamen jedoch Details und klebrige Verfahren ans Licht, die den Eindruck einer käuflichen Republik entstehen ließen.

Mit dem Fall Barzel hat der Flick-Ausschuß nur sehr indirekt zu schaffen. Er hat lediglich zu prüfen, ob der Oppositions-Abgeordnete und spätere Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Einfluß auf die Steuerbefreiung, die die Regierung Schmidt aussprach, genommen hat. Aus heutiger Sicht ist anzunehmen, daß Barzel nicht gegen Gesetze verstoßen hat. Der wirkliche politische Druck gegen den Bundestagspräsidenten bezieht sich dagegen auf seinen Beratervertrag mit der Anwaltskanzlei Paul, für den Ausschuß eher ein Nebenaspekt, für die politische Wertung jedoch der Kern.

Da der Flick-Ausschuß weder verurteilt noch freispricht, muß die Union auch nach den Barzel-Aussagen für sich bestimmen, wo sie Grenzen der politischen Moral zieht. Eine moralische Anstalt ist der Ausschuß jedenfalls nicht.

„Der Stoff ist so umfangreich, daß man ein baldiges Ende wirklich nicht voraussagen kann", meinte der Ausschußvorsitzende Langner im April gegenüber der WELT. Mit jedem Aktenschub wurden seither die Fragen eher größer denn kleiner, zumal die mit Fleiß und Akribie angefertigten Aktennotizen von sieben Jahren (1975 bis 1981) aufzuklären sind.

Ein furchtloser Anwalt des Rechts



Josef Augstein starb im Alter von 75 Jahren. FOTO: FRITZ RUST

Deutschland war, sieht man von den großen Berliner Advokaten der zwanziger Jahre ab, nie reich an Rechtsanwälten jenes Schlages, dessen sich etwa die Engländer rühmen durften. Freilich läßt der deutsche Prozeß, vor allem der Strafprozeß, dem Juristen viel und dem Verteidiger sehr wenig Spielraum. Da reißt nun gerade der Tod von Dr. Josef Augstein eine riesige Lücke.

Denn der Rechtsanwalt in Hannover – dort hatte auch sein Bruder zunächst das von Briten gegründete Wochenblatt betrieben – war einer der wenigen bürgerlichen deutschen Anwälte, der die politische Seite eines politischen Strafprozesses wirklich verstand, furchtlos, unabhängig und im Vollbesitz der Strafprozeßordnung. Mit seinem Bruder zusammen geriet er 1962 in Landesverratsverdacht. Er hat das Blatt seines Bruders damals mit großer Umsicht vertreten. Aber innerlich – und manchmal äußerlich – stand er dessen Politik sehr distanziert gegenüber.

Die Vorverurteilung Graf Lambsdorffs beispielsweise oder die Hetzjagd auf Filbinger kritisierte er bitter. Zum Urteil gegen Filbinger – diesem war bescheinigt worden, man dürfe ihn einen „furchtbaren Juristen" nennen – bemerkte Josef Augstein: „Die Gerechtigkeit ist im Eimer, wenn es sich um die Ehre von Politikern handelt. Es gibt eben fürchterliche Richter." Zu Hausbesetzungen und der Lage der Polizei gegenüber Gewaltdemonstranten schrieb er: „Ein Staat, der Rechtsbrechern nicht so wirksam wie möglich begegnet, gibt sich selber auf. Das Ende wäre die Anarchie." Josef Augstein vertrat entschieden die Rechte der Angeklagten und die freie Verteidigung; Kontrollmaßnahmen gegenüber Anwälten von Terroristen riefen seine Kritik hervor. Aber er war kein Anwalt, der milde Strafen oder gar eine Preisgabe des Schuldprinzips gefordert hätte; ob jemand ein Verbrecher war, stellte sich für ihn erst nach Beweisaufnahme und Urteilsfindung heraus, aber nie fiel es ihm ein, einen überführten Verbrecher zu ent-schuldigen.

Das deutsche Prozeßrecht gibt gerade Strafverteidigern wenig Möglichkeiten der Entfaltung; Verhör und Kreuzverhör, die großen Augenblicke angelsächsischer Advokatur, kennt man unter dem erstickenden inquisitorischen Prinzip der kontinentalen Tradition mit seinen präjudizierenden Befragungen durch den Gerichtsvorsitzenden leider nicht. Oft wird der Verteidiger auf Schriftsätze, Beweisanträge und einen kaum noch wirkenden Schlußvortrag beschränkt. Einer derjenigen, die aus diesem Netz immer wieder auszubrechen verstanden, nicht durch billige „Staranwalt"-Szenen, sondern durch die Kraft seiner Persönlichkeit und seines Sachwissens, war Josef Augstein. Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem, ihr werdet seinesgleichen selten finden.

ENNO v. LOEWENSTERN

Jugendprotest unter die Lupe genommen

E. NITSCHKE, Bonn

Wo der Staat an der Durchsetzung von Mehrheitsentscheidungen immer mehr gehindert wird, wo man darüber hinaus seine Legitimation ernsthaft bestreitet, muß er mehr Bereitschaft zum Dialog zeigen. Er muß „seine eigene Rechtfertigung zur Diskussion, wenn auch nicht zur Disposition stellen".

Zu dieser Ansicht kommen zwei Autoren, die den Bericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat" vom Januar 1983 noch einmal unter die Lupe genommen und auf den jüngsten Stand gebracht haben. Der Bundestag hatte die Einsetzung der Kommission am 26. Mai 1981 beschlossen; außer ernannten Sachverständigen haben alle seinerzeit im Parlament vertretenen Parteien in ihr mitgearbeitet.

Christoph Böhr, Bundesvorsitzender der Jungen Union, und der ehemalige Rechtsreferent im Amt des Wehrbeauftragten, Ministerialrat Ekkart Busch, haben die Enquete-Kommission über die Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiter begleitet. Ihr Buch „Politischer Protest und parlamentarische Bewältigung" (Nomos Verlag Baden-Baden) wurde in Bonn vom Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, der Öffentlichkeit vorgestellt. Vogel aus diesem Anlaß: „Was die Kommission gesagt hat, ist ja nicht der Abschluß. Wir können nicht erwarten, daß die junge Generation dem Staat Sympathien entgegenbringt, wenn sie in ihm keine Ausbildungsplatz-Chance bekommt. Zur repräsentativen Demokratie gibt es keine Alternative – aber sie muß mehr und mehr kommunikative Demokratie werden."

Den Anfang dazu hat der Vorsitzende der Enquete-Kommission, der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Wissmann, damit beschrieben, daß er anläßlich der Vorlage des Berichts am 2. Februar 1983 erklärte, nach vielen Gesprächen mit jungen Leuten vor allem auch aus der Hausbesetzer- und Protest-Szene verstehe sich dieser Text „als Dokument des Brückenbauens". Die Erfahrungen von damals, nämlich daß auf allen Seiten Vorurteile und Vorbehalte überwunden werden mußten und daß es am Ende einer politischen Auseinandersetzung nicht Sieger und Besiegte gebe, müsse von der gesamten Politik akzeptiert werden.

Paris schiebt zunehmend illegale Ausländer ab

Frankreich verschärft seine Einwanderungspolitik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die seit dem 10. Oktober geltende deutlich verschärfte Einwanderungspolitik der französischen Regierung stößt auf heftige Kritik der drei am meisten davon betroffenen Maghreb-Länder (Tunesien, Algerien und Marokko). Sie wird auch in weiten Kreisen der französischen Linken als einer sozialistischen Regierung unwürdig und anti-humanitär empfunden. Nicht sehr viel weniger verteidigt die zuständige Sozialministerin Georgina Dufoix ihre Restriktionen hinsichtlich der Familienzusammenführung und der Bekämpfung der illegalen Einwanderung, welche der Ministerrat vor etwa zwei Wochen nach kurzer Beratung unter Vorsitz Mitterrands abgesegnet hatte.

Mit über vier Millionen Fremden, darunter etwa die Hälfte aus Nordafrika stammend, ist auch Frankreich an der Grenze seiner Aufnahmefähigkeit angelangt. Die Regierung sah sich insbesondere zum Handeln gegen die ständig zunehmende illegale Einwanderung aus Afrika gezwungen, die eine geordnete Einstufung legal eingewanderter Arbeiter immer mehr erschwerte. Die französischen Behörden schätzen, daß mindestens 500 000 Fremde in Frankreich leben, die keine geordneten Papiere, keinen Arbeitsplatz und keinerlei Unterkunft haben. Sie leben in überfüllten Elendsquartieren, werden von „Verwandten" karg unterhalten und bereichern täglich die Verbrechensstatistik. Nach den neuen Vorschriften vom 10. Oktober kann ein Fremder, der bei einer Polizeirazzia ohne geordnete Verhältnisse angetroffen wird, sofort an die Landesgrenze geführt und abgeschoben werden. Eigens hierfür vorgesehene Auffanglager funktionieren bereits in Marseille und kleineren Mittelmeer-Häfen. Darüber hinaus machte auch die illegale „Familienzusammenführung" den Behörden Kopfzerbrechen.

Frauen und Kinder von legalen Fremdarbeitern aus Marokko oder Algerien pflegten in letzter Zeit mit einem Touristen-Visum nach Frankreich zu kommen und so lange in einem Notquartier unterzuschlüpfen, bis der Mann oder Vater irgendwie die Legalisierung des Aufenthaltes bei einer Behörde durchgesetzt hatte. Dadurch war die Zahl der Fremden seit 1982 plötzlich um rund eine Viertelmillion angeschwollen, was zu neuen haarsträubenden Zuständen besonders in Paris führte.

Ministerin Dufoix mußte handeln. Sie bestimmte, daß in Zukunft Familien von Ausländern die in Frankreich einen legalen Aufenthalt genießen nur nachziehen können, wenn sie vorher einen entsprechenden Antrag gestellt haben und diesem stattgegeben wurde. Eine nachträgliche Aufenthaltsgenehmigung ist ausgeschlossen. Mit dieser Maßnahme stieß die Ministerin sogar auf ein gewisses Verständnis bei den Regierungen der Ursprungsländer: Deren Deviseneinkommen nämlich erstellt sich zu einem erheblichen Teil aus den Lohnüberweisungen ihrer in Frankreich arbeitenden Bürger an ihre Familien in der Heimat. Im Falle Marokkos zum Beispiel betrug diese Summe 1983 über vier Milliarden Franc und lag damit höher als die Einnahmen aus dem Phosphat-Export. Ein marokkanischer Arbeiter überweist im Durchschnitt 30 Prozent seines Lohnes in die Heimat.

Auf den Philippinen stellt sich jetzt auch die Kirche gegen Marcos

Kardinal Sin verteidigt die Demonstranten / Warnung vor der radikalen Linken

CHRISTEL PILZ, Manila

Präsident Marcos bebt vor Zorn und das im Sinn des Wortes. Wie konnte Kardinal Sin es wagen, das gesamte Volk zum Protest gegen die nationale Führung auf die Straßen zu rufen? Und eben das hat der Oberhirte der katholischen Kirche der Philippinen getan. Ein gewiß kein leichtfertiger Entschluß. Der Kardinal ist ein besonnener Mann, ein Prediger der Einsicht, Versöhnung und des Friedens. Er gehört nicht zur Gruppe der Befreiungstheologen, doch der Zustand der Nation hat ihn bewogen, aktiv in ihr Schicksal einzugreifen.

In gleich zwei Reden vor der philippinischen Ärztekammer und dem Verband der philippinischen Wirtschaftsprüfer erklärte der Kardinal Anfang Oktober, es sei höchste Zeit, daß Präsident Marcos die Realitäten erkenne, den Forderungen des Volkes zur Wiederherstellung der Demokratie nachgebe und damit den Sturz in einer Revolution der radikalen Linken auffange – solange das noch möglich sei. Es gelte, den Präsidenten wachzurütteln, ihm klarzumachen, daß dies kein wilder Mob, sondern das ganze Volk sei, das gegen sein Regime repressiver Autorität und gegen die Mißwirtschaft und gegen die Brutalitäten der Militärs Sturm läuft.

Protestbewegung

Sin appellierte an die Wirtschaftsführer sowie an die gesellschaftliche und intellektuelle Elite des Landes, Solidarität mit den Arbeitern und Studenten zu zeigen. Diese bildeten das Rückgrat der nationalen Protestbewegung. Sie seien für die Militärs das Freiwild „sadistischer Gewaltakte". Sin verurteilte die Brutalität, mit der die Militärs gegen unbewaffnete und friedliche Demonstranten vorgingen, als diese am 22. September vor der Mendiolabrücke und am 27. September an der Welcome Rotonda Präsident Marcos zum Dialog aufforderten. Statt Dialog gab es Prügel.

Das Volk fordere, so Kardinal Sin, die Aufhebung des Verfassungszusatzes Nummer sechs, der Marcos eigenmächtige Gesetzgebungsbefugnis einräumt, ferner die Freilassung der politischen Gefangenen, die Säuberung des Staatsapparates von korrupten Politikern und Beamten, die Bestrafung der Militärs, die ihre Macht mißbrauchen. Das Volk wolle wieder eine Führung haben, zu der es aufschauen und der es vertrauen kann. All das hat Kardinal Sin auch dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gesagt, als er am 21. Septemer mit ihm in New York zusammentraf. Über Reagans Antwort ist bis heute nichts bekannt, doch scheint Kardinal Sin die Unterstützung der Amerikaner gewonnen zu haben.

Mit allem Nachdruck appelliert der Kardinal seither an Präsident Marcos, jene Reformen einzuleiten, die zur Wiederherstellung der Stabilität notwendig sind, wenn diese „große persönliche Verzichte bedeuten". Ein erster Test war der 7. Oktober. Prominente Unternehmer wie der Vorstandsvorsitzende der Bergbaugesellschaft „Benquet", Jimmy Ongpin, der Präsident von „Pilipinas Shell", Cesar Buenaventura, oder José Coneption, Präsident der republikanischen Mehlfabriken und Präsident des philippinischen Laienrats sowie Vorsitzender der Bürgeraktion „Namfrel", oder auch der ehemalige Industrieminister, Ting Paterno, hatten zu der Massen-Kundgebung an der Welcome Rotomda gerufen und Kardinal Sin hatte eingewilligt, zuvor in der Kirche Santo Domingo die Messe zu lesen.

Verfassungsstreit

Noch am Abend des 5. Oktober drohte Marcos in einer Fernseherklärung, seine Militärs würden alle Demonstrationen zerschlagen, die ohne Genehmigung stattfinden. Ihre Anführer und Mitläufer würden eingesperrt. Denn zu einem Zeitpunkt, da die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Umstrukturierung der 26 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden ein kritisches Stadium erreicht hätten, könne er nicht zulassen, daß im Ausland der Eindruck entstehe, die Regierung sei unfähig für Recht und Ordnung zu sorgen. Niemand ließ sich von seinen Drohungen einschüchtern.

Marcos beschuldigt Kardinal Sin, gegen die Verfassung vorzustoßen, die die Trennung von Staat und Kirche bestimmt, ja er wirft dem Kardinal vor, Funken der Rebellion zu schüren. Prompt legten einige marcostreue Politiker dem Parlament ein Gesetzesprojekt vor, die Maßnahmen zur Durchsetzung der „Trennung von Staat und Kirche" vorsieht. Offenbar sucht Marcos nach einer rechtlichen Handhabe, um die Kirche unter Strafandrohung der Politik fernzuhalten. Aber selbst in den Kreisen seiner Militärs und politischen Mitstreiter beginnen langjährige Loyalitäten zu wanken und zu zweifeln.

„Ogarkow erhielt wichtiges Kommando"

Jugoslawischer Militärexperte: Schwächung Kulikows

DW. Bonn

Der These, daß der vor zwei Monaten als Generalstabschef der sowjetischen Armee abgesetzte Marschall Nikolai Ogarkow jetzt auf einem der wichtigsten Kommandoposten der UdSSR sitzt, hat sich der jugoslawische Militärexperte Miroslav Lazanski angeschlossen. In der Zagreber Tageszeitung „Vjesnik" schreibt Lazanski, Ogarkow fungiere als „Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte im Westen der Sowjetunion". Die Vermutung, daß der Marschall und ehemalige erste stellvertretende Verteidigungsminister der UdSSR nicht in der politischen Versenkung verschwunden ist, sondern mit einer neuen hochrangigen Aufgabe betraut wurde, war auch durch die Tatsache des Besuchs Ogarkows beim „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vor rund zwei Wochen gestützt worden.

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Unter dem Kommando des Russen befänden sich, so jetzt der jugoslawische Journalist Lazanski, drei Infanterie-, sechs mechanisierte, zwei Luftlandedivisionen und eine Artilleriedivision des Militärbezirks Baltikum, ferner zehn Infanterie-, zwei mechanisierte, eine Luftlande- und eine Artilleriedivision des Militärbezirks Bjelorußland, dann vier Infanterie-, acht mechanisierte und zwei Artilleriedivisionen des Militärbezirks Karpaten sowie acht Infanterie-, eine Luftlande- und eine Artilleriedivision des Militärbezirks Leningrad. Damit habe Ogarkow eine Streitmacht unter seinem Kommando, die wesentlich bedeutsamer sei als das Oberkommando des Warschauer Pakts unter Marschall Kulikow. Ogarkow, den der jugoslawische Experte als „nachdrücklichen Befürworter einer hochtechnologisierten Kriegsführung" bezeichnet, habe das Kommando im „empfindlichen Abschnitt" des europäischen Kriegsschauplatzes übernommen, nämlich des Mittelabschnitts der sowjetischen Westfront. Er sei damit beauftragt, gegebenenfalls den Krieg der Sowjetstreitkräfte in diesen Abschnitt zu führen. Ogarkow sei der Urheber einer modernen sowjetischen Strategie, deren Verwirklichung von den sowjetischen Militärs als ebenso entscheidend betrachtet werde wie seinerzeit die Einführung der Artillerie in das Kriegssystem.

Es sei sicher, so meint Lazanski, daß das neue Kommando Ogarkows an der sowjetischen Westfront eine gewisse Begrenzung der Kompetenzen des Warschauer Pakts und seines Befehlshabers, des sowjetischen Marschalls Kulikow, bedeute. In operativer Hinsicht sei das Kommando des Warschauer Pakts bisher für 565 000 sowjetische Soldaten – darunter 380 000 in der „DDR", 40 000 in Polen, 65 000 in Ungarn und 80 000 in der Tschechoslowakei – zuständig gewesen.

Der jugoslawische Militärexperte läßt durchblicken, daß er die Ernennung Ogarkows als Schwächung des Warschauer-Pakt-Kommandos betrachte. Die Position Marschall Kulikows – des Pakt-Befehlshabers – sei nur scheinbar sehr bedeutend – und dann auch nur in Friedenszeiten. Im Kriegsfalle wäre diese Position wahrscheinlich überflüssig, da die sowjetischen Kommandostellen alle Kompetenzen an sich ziehen würden.

Großrazzia gegen Schwarze in Südafrika

DW. Sebokeng

Südafrikanische Truppen und Polizeieinheiten haben gestern in einer bislang beispiellosen Aktion die von 160 000 Schwarzen bewohnte Satellitenstadt Sebokeng bei Johannesburg durchsucht. 7000 Polizisten und Soldaten waren im Einsatz. Die Großrazzia hatte nach Angaben des südafrikanischen Ministers für Gesetz und Ordnung, Louis Le Grange, zum Ziel, Sebokong von „revolutionären und kriminellen Elementen" zu säubern und „Recht und Ordnung" wiederherzustellen. Kritiker der Regierung hingegen sprachen von einem Versuch, die schwarze Bevölkerung einzuschüchtern.

Nach Angaben der Polizei verlief die Razzia, bei der zunächst 354 Personen festgenommen wurden, ohne Zwischenfälle. In Sebokeng waren vor sieben Wochen die blutigen Unruhen ausgebrochen, die sich auf andere Schwarzensiedlungen ausdehnten. Damals waren mindestens 77 Menschen umgekommen. Beinahe täglich war es danach in den etwa 20 von Schwarzen bewohnten Siedlungen weiterhin zu gewalttätigen Ausschreitungen und zu Zusammenstößen der Bewohner mit der Polizei gekommen, die Panzerfahrzeuge und Gummigeschosse gegen die Einwohner eingesetzt hatte.

Gestern morgen glich die Siedlung einer belagerten Stadt. Auf den Straßen patroullierten Soldaten im Kampfanzug, während Polizisten mit Hunden die Stadt durchkämmten. An die Bewohner von Sebokeng wurden Flugblätter verteilt, in denen sie zum Abbruch des Schulboykotts aufgefordert wurden. Jedes Haus wurde durchsucht, jeder Bewohner einzeln überprüft. Die „Rückkehr zur Normalität" führe vor allem über die Öffnung der von „mehreren tausend" schwarzen Schülern boykottierten Schulen, hatte Minister Le Grange zuvor verkündet. Die Festnahmen erfolgten unter verschiedenen Beschuldigungen wie Drogen- und Waffenbesitz, Hehlerei, Verstöße gegen die südafrikanischen Paß- und Rassengesetze. Die Festgenommenen sollten noch gestern und in den kommenden Tagen dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Israel oder Der Schild des Staates

Heute stellt der Ullstein-Verlag in Berlin das Buch „Der umkämpfte Frieden - Die Außenpolitik Israels von Ben Gurion bis Begin" vor. Autor ist der israelische Diplomat Gideon Rafael. Es handelt sich um eine überarbeitete Fassung des zuerst in Amerika erschienenen Werkes, das in Fachkreisen erhebliche Beachtung gefunden hat.

Von H. PRINZ LÖWENSTEIN

„Die Außenpolitik ist der Schild des Staates." Das Wort stammt von Walter Lippmann, Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation 1919 und Zeithistoriker. Die Geschichte liefert manchen Beweis für Lippmanns Doktrin: Die Republik Venedig hielt jahrhundertelang wegen ihrer glänzenden Außenpolitik. Das Werden des brandenburgisch-preußischen Staates, eines Gemeinwesens ohne feste Grenzen, ist gleichfalls einer erfolgreichen Außenpolitik zu verdanken. Hier eröffnet sich eine Parallele mit Israel: Die Kraft, auch in scheinbar hoffnungslosen Lagen, angesichts einer überwältigenden Übermacht von Feinden, dem Staat Leben und Entwicklung zu gewährleisten, das war der unbedingte Glaube an seine historische Berufung und seine Opferbereitschaft. Das offenbart tiefen Ethos.

Man darf Gideon Rafael dankbar sein, daß er diesen „Schild des Staates Israel" nunmehr auch dem deutschen Lesepublikum vorlegt: in einem klaren, schlichten Bericht. Die größten, gefahrvollsten Geschehnisse werden ohne Pathos geschildert – und darum gerade sind sie so einprägsam: Fünf arabische Armeen, die auf Jerusalem marschieren, Blockade aller Zufahrtsstraßen und des Wasserwegs, um dem jungen Staat jede Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Man hält den Atem an, als ob man den Ausgang nicht wüßte – befreit liest man weiter: Es ist wie durch ein Wunder – ja, durch ein Wunder! – noch einmal gutgegangen. Für wielange?

Der Autor ist ein Mann der „ersten Stunde", geboren 1913 in Berlin. Nunmehr seit über fünfzig Jahren in Israel, hat er die verschiedensten Botschafterposten und hohen Funktionen im israelischen Außenministerium bekleidet. Da, wo er dies erwähnt, setzt er es in Anführungszeichen. Denn zunächst verfügte das Amt nur über eine Schreibmaschine und einen Teekessel und zwar in zwei Räumen in einem Gebäude irgendwo am Meer untergebracht. Die diplomatische „Luftflotte" bestand aus einer alten Weltkriegs-DC 3, und die Telegramme, die die Nationen der Welt um völkerrechtliche Anerkennung des neuen Staates ersuchten, sie gingen gar nicht oder erst verspätet ab. Sarkastisch nennt der Autor den Grund: „In der Morgendämmerung empfing Israel die erste Anerkennung durch ein fremdes Land: Die ägyptische Luftwaffe bombardierte den Flugplatz und das Kraftwerk von Tel Aviv. Rauchwolken stiegen auf, die jahrzehntelang den nahöstlichen Himmel verdunkeln sollten."

Aber zur gleichen Stunde gab der amerikanische Präsident Harry S. Truman, die De-facto-Anerkennung Israels durch seine Regierung bekannt. Die De-jure-Anerkennung sollte folgen. Geburt und Kampf ums Überleben aber gingen weiter. Lange Zeit mit Ägypten, bis zum sensationellen Friedensschluß im November 1977, als Präsident Sadat nach Jerusalem kam, ein Akt der Versöhnung, „welcher der tiefen Friedenssehnsucht des israelischen Volkes entsprach", wie der Autor es ausdrückt.

Endziel Frieden

Er fährt fort: „Die Diplomaten tauschten die Friedensurkunden aus. Die Musikkapellen spielten die Natioanlhymnen. Die Fahnen wurden gehißt und Beifallsklänge hallten durch die sonst so stille Wüste ... Als der Morgen dämmerte, waren die Feuer des Krieges erloschen. Ägypten und Israel hatten ihr Ziel erreicht: „Frieden".

Friede für den jüdischen Staat, aber nur mit e i n e m der verfeindeten Länder. Israels Appell an die anderen arabischen Länder blieb vergeblich. Syrien geriet völlig in Moskaus Fahrwasser, und mit einem kommunistischen Israel würde der Kreml wohl sofort Bruderschaft schließen! So ging und geht der Krieg weiter, mit stetigen militärischen Angriffen auf israelisches Gebiet vor allem von libanesischem Boden. Auch König Hussein von Jordanien hat sich in den Krieg gegen Israel hineintreiben lassen, obgleich gerade ihm an Frieden und Freundschaft gelegen sein müßte.

Am vordringlichsten – so berichtet Gideon Rafael ausführlich – blieb die PLO-Frage. Für Israel, „das ständig am Abgrund des Krieges balanciert", wie der Autor es ausdrückt, „wäre die völlige Überwindung dieser Banden eine Lebensnotwendigkeit – aber das ist nur möglich mit europäischer, mit internationaler Hilfe".

Gideon Rafael stellt uns die großen Gestalten vor Augen, die aus einem Außenministerium mit e i n e r Schreibmaschine einen weltumspannenden diplomatischen Dienst von hundert Botschaften, Konsulaten und Handelsvertretungen aufbauten. Gestalten, die das von haßerfüllten Feinden umringte, territorial so kleine Land zu einer regionalen militärischen Großmacht entwickelten. Er zitiert den „old man", David Ben Gurion, die tapfere Ministerpräsidentin Golda Meir, den genialen Strategen Mosche Dayan und alle anderen bis zu Menachem Begin und seinem Nachfolger.

Die Schlichtheit des Berichtes zeigt sich in der Art, mit der Gideon Rafael über die oft übermenschlichen Leistungen und den unbeugsamen Mut der israelischen Soldaten spricht – „Selbstverständlichkeiten?" Und doch geht es bei ihnen um Sein oder Nichtsein des Staates!

Ein wichtiger Abschnitt ist der Versöhnung zwischen Israel und Deutschland gewidmet – dem Werk Ben Gurions und Konrad Adenauers.

Die erste Vereinbarung zwischen beiden Staatsmännern kam schon 1952 in Luxemburg zustande. Sie bezog sich auf die individuelle Wiedergutmachung an Nazi-Opfern und eine Gesamtentschädigung an den Staat Israel. Rafael berichtet über die links- wie rechtsextremen Wogen der Empörung in Israel über diese Vereinbarung: Der Kampf wurde auf die Straße getragen, mit Waffengewalt mußte die Polizei gegen eine aufgebrachte Menge vorgehen, die die Knesset stürmen wollte.

Gewiß – das betont auch Rafael – kann man mit Geld nicht kompensieren, daß im Holocoust Millionen von Juden umkamen, in Theresienstadt, in Auschwitz, in Bergen-Belsen und anderen Horrorlagern. Aber diese Vereinbarung war von größter Wichtigkeit für den Aufbau Israels, zeigte sie doch, daß ein neues Deutschland entstanden war. Davon konnte sich Ben Gurion im Zusammentreffen mit Adenauer in New York im März 1960 endgültig überzeugen.

Adenauers Grundsätze

Gideon Rafael verdanken wir den Hinweis auf drei „unerschütterliche moralische Grundsätze" Adenauers: seinen religiösen Glauben; sein Vertrauen in die kommende Einheit Europas und „seine Gewißheit, daß Deutschland ohne Versöhnung mit dem jüdischen Volke nie ein vertrauenswürdiges und geachtetes Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden würde".

In neuester Zeit, etwa während des Besuchs des Bundeskanzlers Helmut Kohl in Israel, erfuhr das Einvernehmen eine Trübung: Besorgnis über deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien kam auf. „Es gab in den letzten Jahren nicht viele Angelegenheiten, in denen sich die gesamte israelische Meinung einheitlicher hinter ihre Regierung gestellt hätte. Die Absicht, deutsche Waffen an Israels Feinde zu verkaufen, rief schärfste Ablehnung und Empörung in allen Kreisen hervor."

Daß Rafael nach dreißigjähriger Dienstzeit sein Werk mit dem 83. Psalm beschließt, auch das sollte den Deutschen und allen Völkern, die sich zur Christenheit bekennen, zu denken geben: „Gott schweige doch nicht! Gott bleib nicht so still und ruhig! Denn sieh, deine Feinde toben und die dich hassen, erheben das Haupt. Sie machen listige Anschläge wider dein Volk und halten Rat wider die, die bei dir sich bergen. ‚Wohlan' sprechen sie, ‚laßt uns sie ausrotten, daß sie kein Volk mehr seien und des Namens Israel nicht mehr gedacht werde'."

Nur die Farben Rot und Weiß erinnern noch an früher

Die Parteienformationen vor den Wahlen im November

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Am 25. November werden die Uruguayer nach elf Jahren Militärdiktatur zum ersten Mal wieder ihre Regierung wählen können. Im Gegensatz zu anderen Ländern Lateinamerikas wird die Rückkehr zur Demokratie nicht zaghaft und schrittweise unternommen. Der Landespräsident, die Bürgermeister und das Parlament werden aus einem Wahlgang hervorgehen.

Das politische Panorama hat sich in den Jahren der Militärdiktatur weitgehend verändert. Nur die Farben der beiden Traditionsparteien, die „Roten" und die „Weißen", sind gleichgeblieben. Die „Weißen" waren bisher die Partei der Landbevölkerung und die Konservativen des Landes. Sie nennen sich heute die

URUGUAY

„Nationalpartei" und versprechen für den Fall ihres Sieges eine umfassende Bodenreform und die Nationalisierung der Banken. Sie nennen diesen Übergang zu einem nationalistischen Programm eine „überfällige Reinigung der Partei". Ihnen stehen die „roten" Liberalen gegenüber.

Wer wird die Wahlen gewinnen? Allgemein nimmt man an, daß die „Roten" die „Weißen" besiegen werden. Denn das neue Programm, das von einigen „fortschrittlich", von anderen linksorientiert eingeschätzt wird, stößt viele konservative Wähler ab und das begünstigt die „Roten". Die älteren Bürger werden sich wohl wieder für eine der beiden Traditionsparteien entscheiden.

Der Kandidat der „Roten", der Rechtsanwalt Julio Maria Sanguinetti, weigert sich, ein allzu konkretes Programm aufzustellen. Er begründet das mit der Notwendigkeit, zunächst die demokratischen Institutionen wieder aufzubauen. Dafür müsse die nächste Regierung Spielraum haben. Seine Programmreden erinnern zuweilen an Reagan: Sanguinetti will die Macht der Regierung einschränken und den Bürgern mehr Freiheit geben.

Diese Pragmatik hatte die „Roten" bewogen, gemeinsam mit der „Breiten Front" ein Abkommen mit dem Heer zu schließen, um es vor einer Vendetta bisher unterdrückter Politiker zu schützen. Das schließt nicht aus, daß diejenigen vor die Zivilgerichtsbarkeit gerufen werden können, denen Vergehen während ihrer Amtsführung nachgewiesen werden.

Die „Weißen" klagen die „Roten" und die „Breite Front" an, hinter dem Abkommen die Absicht zu verstekken, nach den Wahlen den Militärs entscheidenden Einfluß in der Regierung zuzugestehen.

Der Kandidat der „Breiten Front", General Liber Seregni, benutzte den Kongreß der Sozialistischen Internationale in Brasilien dazu, vor einem internationalen Forum die Gültigkeit des Abkommens mit der Armee zu unterstreichen. Die Architekten des Abkommens sagen wohl mit Recht, daß es keinen anderen Weg zu den für den November versprochenen Wahlen gab.

Die „Weißen" sehen sich vor dem Problem, daß ihr Kandidat, Wilson Ferreira Aldunate, nicht an den Wahlen teilnehmen kann, weil er im Gefängnis einen Prozeß erwartet. Man wirft ihm vor, daß er im Juni bei seiner Rückkehr nach Uruguay dieses Schicksal suchte, um bei künftigen Wahlen die Rolle eines Märtyrers spielen zu können.

Ein Vorschlag der „Weißen", schon jetzt Neuwahlen für das Jahr 1985 auszuschreiben, bei denen dann Wilson Ferreira teilnehmen könnte, fand bei den anderen Parteien keine Gegenliebe. Nun zieht für die „Weißen" als Kandidat für die Präsidentschaft Alberto Zumaran ins Feld, ebenfalls ein Rechtsanwalt. Seine Versicherung, er werde das Abkommen mit der Armee nicht respektieren, vermindern seine ohnehin geringen Chancen.

Zumaran (43) bekleidete nie ein politisches Amt, während Sanguinetti (48) als Abgeordneter und Minister reiche Erfahrung sammelte. Er gehörte außerdem dem Vorstand des populären Fußballklubs Penarol an, und das ist in Südamerika eine nicht zu unterschätzende Wahlhilfe.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Grüner über Grüne

„Grüne verschieben Festlegung auf Rau"; WELT vom 15. Oktober

Ihren Bericht möchte ich als ehemaliger grüner Aktivist (Gründungsmitglied auf dem Bundeskongreß Januar 1980 in Karlsruhe, Landesvorsitzender der Grünen in Rheinland-Pfalz) zum Anlaß nehmen, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur inneren Struktur und politischen Strategie der Grünen zu machen.

Bei allen örtlichen und regionalen Unterschieden kann man heute sagen, daß in allen Landesverbänden und bundesweit bei den Grünen sich diejenigen Kräfte durchgesetzt haben, die letztlich eine andere Republik wollen. Um eine ökologische Politik im Interesse aller geht es diesen Leuten nicht.

Das Rotationsprinzip, an das nur die Naivlinge wie an den Katechismus glauben, ist nur Ausdruck eines verbissenen internen Machtkampfes. Die damit verfolgte Strategie zeichnet sich immer klarer ab. Es soll verhindern, daß sich demokratische Kräfte in Führungspositionen etablieren und in der Öffentlichkeit Anerkennung und Rückhalt haben. Deshalb vermögen es die Grünen auch nicht, ihre Funktionsträger mit echten und verbindlichen Rechten und Zuständigkeiten auszustatten.

Es ist geradezu typisch, daß jede willkürlich zusammengesetzte Mitgliederversammlung (die sogenannte Basis!) jeden Beschluß wieder aufheben oder abändern kann. Deshalb weiß auch nie jemand, was im Augenblick wirklich gilt und politisch mehrheitsfähig ist. Dessen ungeachtet fragen die Drahtzieher und Hintermänner nie nach der Meinung der „Basis" (dieses Wort ist zur Leerformel degradiert worden!). Sie mauscheln und manipulieren, wie es in ihr strategisches Konzept paßt.

Zuerst haben die Ex-Kommunisten Reents, Trampert u. a. mit ihren Helfershelfern Gruhl, Springmann und andere Öko-Demokraten geschaßt; jetzt kommen Kelly, Vogt (Kaiserslautern) u. a. an die Reihe. Man braucht nicht lange zu raten, wer bei diesen Spielchen am Ende übrigbleibt.

Weil ich nicht zu denen gehören wollte, die dann mit langen Gesichtern dastehen, habe ich mich in dem Augenblick abgeseilt, als mir der vergebliche Kampf gegen diese „Mafia" voll bewußt wurde.

Mir scheint, daß niemand die Struktur sowie Strategie und Taktik der Grünen so klar erkennt und analysiert wie Heiner Geißler.

Wenn man bedenkt, welch wertvolle personelle Ressourcen die Grünen Tag für Tag verschleißen, als könnten sie nur so aus dem vollen schöpfen, sollten die öko-demokratischen Kräfte der Grünen angesichts der gebotenen Eile für viele Entscheidungen Konsequenzen ziehen. Dies ist jedoch gleichzeitig ein dringender Appell an die anderen, das jetzt Erforderliche auch unverzüglich und ernsthaft anzupacken.

Mit freundlichen Grüßen
H. Paulitz, Karlsruhe

Was Karlshorst einst war

„Leserbrief: Der Unterschied"; WELT vom 18. Oktober

Liebe WELT,

U. Strech, Wissen (Sieg), hat in seinem Leserbrief den Unterschied zwischen der Schorfheide und der Wuhlheide völlig klargestellt, nur – Karlshorst im Zusammenhang mit „Armen- und Arbeiterviertel" zu nennen, ist irrig. Ich bin in Karlshorst aufgewachsen, habe in Köpenick mein Abitur gemacht, zog nach meiner Heirat nach Niederschöneweide und habe später die Oberstufe des Fridjof-Nansen-Gymnasiums zum Abitur geführt in Oberschöneweide. Ich kenne also die erwähnten „Dreieckspunkte" recht genau.

Karlshorst war nie „Armen- und Arbeiterviertel". Es galt vielmehr als die Stadt des Mittelstandes, wurde auch oft als „Beamtenstadt" tituliert. Karlshorst profitierte nicht unwesentlich von seiner weltberühmten Rennbahn, die Besucher von nah und fern anlockte.

Dieses nur zur Klarstellung.

Mit freundlichen Grüßen
G. Rasenberger, Schwelm

Wort des Tages

„Der Atheismus ist im Felde der Religion, was die Anarchie im Felde der Politik. Beide wollen keine Regenten haben."

Johann Michael Sailer; deutscher Theologe und Pädagoge (1751–1832)

Luftbelastung in Oberschlesien alarmierend

DW. Berlin

Im Unterschied zu den großen westlichen Industriegebieten hat die Luftverschmutzung in Oberschlesien, vor allem in der Region Kattowitz, in den vergangenen zehn Jahren sich mehr als verdoppelt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Wissenschaftszentrums in Berlin. Der Schadstoffausstoß habe sich zwischen 1975 und 1980 von rund 800 000 Tonnen auf 1,8 Millionen Tonnen erhöht, so daß durch diesen dramatischen Anstieg der Luftbelastung Erkrankungen der Atemwege um 47 Prozent, der Krebs um 30 Prozent und Kreislaufstörungen um 15 Prozent zugenommen haben. Die Industrieemissionen ließen das Wachstum von Nadelhölzern nur noch in Ausnahmefällen zu.

Trotz dieses Tatbestandes, so heißt es in der Studie, wurden die öffentlichen Mittel für Luftreinhaltung seit 1977 von drei Milliarden Zloty (100 Millionen Mark) auf 900 Millionen Zloty gekürzt. Kein einziges der vielen Steinkohlenkraftwerke sei bisher mit Anlagen zur Rauchgasentschwefelung versehen worden.

Die Studie weist auf den krassen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Warschauer Umweltpolitik hin. Die umweltpolitischen Vorschriften seien zwar außerordentlich genau, aber gesetzlich unverbindlich. Als Ursache für den schlechten Umweltschutz gibt die Studie den „Primat der Ökonomie" durch wirtschaftliche Interessengruppen angesichts der verzweifelten Versorgungslage der Bevölkerung an.

Da es keine unzensierte Presse und kaum Bürgerinitiativen gebe, die Mißstände anprangern, könne die Bürokratie ihre Ziele ungestört durchsetzen. Der Autor der Studie, Helmut Schreiber, konnte in Polen jedoch „positive Anzeichen" für eine beginnende Umweltdiskussion beobachten. In erster Linie sei dies dem „Ökologischen Club Polens" zu verdanken, einer von der Partei gedeckten, jedoch unabhängigen Organisation, die in Krakau auch nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" weiterarbeiten konnte.

Zwei Denkschulen in Moskau

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Angesichts der Stagnation der sowjetischen Innen- und Außenpolitik ist oft vermutet worden, daß in Moskau hinter den Kulissen ein heftiger Machtkampf zwischen zwei politischen Richtungen vor sich geht – zwischen einer „dogmatischen" und einer „reformistischen" Gruppierung. Namen, wie jener des Politbüro-Mitglieds Romanow werden für die erstere, des „Benjamin" und Landwirtschaftsexperten Gorbatschow für die letztere Richtung genannt.

Nun ist es am Vorabend der Moskauer ZK-Sitzung zu einer interessanten Polemik zwischen zwei sowjetischen Wissenschaftlern gekommen, die erstmals diese innere Frontstellung innerhalb des Parteiapparats an die Öffentlichkeit treten läßt. In der Moskauer Zeitschrift „Woprossy Istorii" (Fragen der Geschichte) hat E. A. Ambazunow, ein Fachmann für gesellschaftspolitische Fragen des Sowjetsystems, einige höchst unorthodoxe und im sowjetischen Machtbereich selten zu hörende Thesen zum Thema „Krise des Sozialismus" publiziert. Der Wissenschaftler analysiert die Entwicklung vom Kronstädter Aufstand gegen die Bolschewiken 1921 bis zur ungarischen Revolution 1956 sowie zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen 1980. Er bezeichnet diese Vorfälle als „Machtkrisen" und – was für einen Sowjet-Autor sensationell ist – als Folge von schweren Fehlern, die durch die Partei begangen wurden.

Der Aufstand der Matrosen von Kronstadt – der Marinefestung vor den Toren von Petersburg-Leningrad – fand 1921 unter der Parole: „Sowjets ohne Kommunisten" statt. Er wurde blutig niedergeschlagen. Da die Träger des Aufstandes nicht Angehörige der „alten" bürgerlichen Klassen, sondern Revolutionäre, Matrosen und Arbeiter waren, bezeichnete Lenin dieses Ereignis als gefährlicher als die ganze „weißgardistische Konterrevolution". Ambazumow schreibt nun, man könne die Ursachen dieser und späterer Krisen des Sozialismus nicht – wie bisher in Moskau üblich – den kleinbürgerlichen Elementen zur Last legen. Als Beweis führte er an, daß alle großen Aufstandsbewegungen und Rebellionen unter dem Kommunismus in den Städten und Industriezentren begonnen hätten. Diese Bewegungen seien von Arbeitern, nicht aber von Bauern getragen worden, obwohl letztere in der marxistisch-leninistischen Ideologie als „Träger kleinbürgerlicher Auffassungen" gelten.

Zum Thema Polen schreibt der sowjetische Autor wörtlich: „Die jüngste polnische Krise begann gleichfalls in den Städten, genauer gesagt mit Streiks der Arbeiter. Die Bauernschaft schloß sich erst bedeutend später an und zwar eher deshalb, weil die Führung der Partei beim Versuch, einen Ausweg aus der Krise zu finden, bei halben Lösungen steckenblieb."

Der Aufsatz in den „Fragen der Geschichte" ist, obwohl scheinbar nur „historisch", in Wirklichkeit von brennender politischer Aktualität. Denn Ambazumow wendet sich hier offenbar gegen jene Kreise in der

DIE WELT ANALYSE

Partei, die gegen jegliche Privatinitiative und jegliche Liberalisierung der Wirtschaft auftreten. Dabei beruft er sich einerseits auf Lenin, dann aber auch auf aktuellere Formen in einigen kommunistischen Staaten (Ungarn?), wenn er schreibt: „Die zeitgenössische Erfahrung einer erfolgreichen Überwindung von wirtschaftlichen Engpässen in vielen sozialistischen Ländern, welche mit Hilfe von Kleineigentümern aus verschiedenen Gruppen der Bevölkerung erreicht wurde, bekräftigt Lenins Prognose und widerlegt die unbegründeten Behauptungen der eifersüchtigen Wächter der Reinheit von zwar theoretisch richtigen, aber um sich der Worte Lenins zu bedienen, praktisch nicht zu realisierender Projekte..."

Die „eifersüchtigen Wächter" der reinen Lehre und der nicht realisierbaren Vorhaben – es läßt sich ahnen, wen Ambazumow hier gemeint hat – ließen nicht lange auf eine Antwort warten. In der neuesten Ausgabe der parteitheoretischen Zeitschrift „Kommunist" wurde dem Autor des Aufsatzes „Verfälschung der Leninschen Argumente", „Unwissenschaftlichkeit" sowie „Herumwerfen mit Lenin-Zitaten" vorgeworfen. Laut „Kommunist" sind Ursachen für die Krisen des Kommunismus nicht etwa Fehler der Partei – denn unausgesprochen gilt für das ideologische Organ der KPdSU nach wie vor die These: „Die Partei hat immer recht" – sondern einzig die Umtriebe und Verschwörungen der gestürzten kapitalistischen Klassen, die für ihre anti-sozialistischen Aktionen „Hilfe vom internationalen Kapital und von der Reaktion aus dem Ausland erhalten".

Ambazumow wird vom „Kommunist" der politischen Naivität bezichtigt. „Es ist erstaunlich," doziert die partei-ideologische Zeitschrift, „wie E. A. Ambazumow bei der Betrachtung der Krisen nirgendwo die Rolle der rechts-opportunistischen Elemente bemerkt hat, die wie Nagy in Ungarn, Dubcek, Cernak und Sik in der Tschechoslowakei praktisch die Konterrevolution vorbereiteten. Unter den Fittichen rechtsstehender, revisionistischer Elemente formierten und vereinigten sich mit Hilfe der Imperialisten die konterrevolutionären Kräfte."

Das ist schweres Geschütz – vor allem die Erwähnung des 1958 hingerichteten ungarischen Ministerpräsidenten und Alt-Kommunisten Imre Nagy. Hier zeigt sich die Furcht konservativer Parteielemente vor der von Ambazumow ausgelösten Diskussion – denn eine der wichtigsten Thesen des angegriffenen Autors lautet, daß Lenin nach dem Kronstädter Aufstand 1921 den radikalen Kriegskommunismus abgeschafft und statt dessen die „neue ökonomische Politik" (NEP) mit begrenzter Privatinitiative, privatem Bauerntum, privatem Kleinhandel und Gewerbe eingeführt habe. Offenbar gibt es in der Sowjetführung Kräfte, die sich etwas ähnliches als Ausweg für die jetzige Situation wünschen. Und es gibt Gegenkräfte, die das auf jeden Fall verhindern möchten.

Kein Durchbruch der Grünen in Finnland

dpa, Helsinki

Bei den finnischen Kommunalwahlen am Montag haben die Grünen nicht den von den Meinungsforschungsinstituten vorausgesagten Durchbruch erzielt. Die Mitte-Links-Regierung konnte vielmehr ihre Stellung behaupten. Die Grünen verbesserten sich von 1,5 auf nur 2,9 Prozent, konnten allerdings in den großen Städten Südfinnlands bis zu zehn Prozent erreichen.

Die Sozialdemokratische Partei bleibt bei leichten Verlusten mit 24,8 Prozent stärkste politische Kraft im Land. Für die kommunistisch dominierten Volksdemokraten hat sich der seit mehreren Jahren anhaltende Abwärtstrend bestätigt. Die erstmals mit einer eigenen Liste angetretene moskautreue Fraktion der KP kam landesweit nur auf 0,7 Prozent. Die oppositionelle Sammlungspartei konnte sich um 0,8 auf 23 Prozent, die bäuerliche Zentrumspartei (die mit den Liberalen zusammenging) um 2,5 ebenfalls auf 23 Prozentpunkte verbessern. Die an der Regierung beteiligte kleinbäuerliche Landschaftspartei verlor 4,4 Prozentpunkte und fiel damit auf fünf Prozent zurück. Die Volksdemokratische Union fiel mit 13,2 Prozent auf den niedrigsten Stand seit ihrer Gründung nach dem Krieg zurück.

Neue Einheit zur IRA-Überwachung

rtr, London

Die britische Regierung hat eine neue Einheit zur Überwachung irischer Terroristen gebildet. Das hat Innenminister Leon Brittan dem Parlament mitgeteilt. In Regierungskreisen hieß es, ein Komitee von Vertretern verschiedener Ministerien solle mit Terrorismusexperten und der Polizei zusammenarbeiten. Das neue Gremium ist als Verstärkung für die Antiterrorismuseinheit der Polizei gedacht. Seit dem Bombenanschlag auf Premierministerin Thatcher und das Kabinett vor zehn Tagen wurden die Sicherheitsmaßnahmen in der Parteizentrale der Konservativen verstärkt.

Personalien

EHRUNGEN

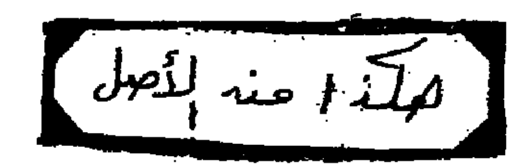
„Das Leben in der Welt braucht Leuchttürme. Sie waren ein solcher". Bundeskanzler **Helmut Kohl** ehrte am Dienstag im Bundeskanzleramt einen „treuen Mitstreiter" des früheren Bundeskanzlers **Ludwig Erhard**, den 90jährigen **Dr. Ludger Westrick**. In einem sehr großen Gästekreis, zu dem auch Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** und die früheren Bundespräsidenten **Karl Carstens** und **Walter Scheel** gehörten, erinnerte Kohl daran, daß Westrick, früherer Chef des Kanzleramtes, „Ludwig Erhard auf den Höhen und Tiefen seines Weges loyal begleitet hat". Westrick sei es mit zu verdanken, „daß die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt werden konnte". Nach Kohl gab es auch zwischen dem früheren Kanzler Erhard, „der kein einfacher Zeitgenosse war", und Westrick hier und da Differenzen. Kohl: „Wenn zwei Politiker nicht hier und da aneinander geraten, taugen sie beide nichts". Dies übrigens soll **Konrad Adenauer** schon erklärt haben. Während des Geburtstagsempfanges im Palais Schaumburg, in dem Ludwig Erhard regiert hat, erhielt Ludger Westrick die „Ludwig-Erhard-Medaille" für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft, die vom Vorsitzenden des Vorstandes der Ludwig-Erhard-Stiftung, **Dr. Karl Hohmann** verliehen wurde. Zu dem Kreis der Westrickschen Großfamilie gesellten sich viele andere prominente Gratulanten hinzu, Bankier **Hermann Josef Abs**, die früheren Bundesminister **Georg Schröder**, **Richard Jaeger** und **Hans Katzer** sowie **Bruno Heck**, der frühere Bundestagspräsident **Kai Uwe von Hassel** und Professor **Dr. Oswald von Nell-Breuning**, der Nestor der katholischen Soziallehre. Kohl vergaß in seiner Laudatio auch Westricks Frau Hilde nicht. Sie hatte bis kurz vor ihrem Tode in Berlin eine Armenklinik geleitet.

*

Professor **Dr. Rolf Rodenstock**, Unternehmer und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, erhält heute in München die Goldmedaille des „B'nai B'rith". Die erste Loge des B'nai B'rith in Deutschland, die „Deutsche Reichsloge" wurde 1883 in Berlin gegründet. Der Kreis ihrer Mitglieder setzt sich jetzt vor allem aus Überlebenden des Holocaust zusammen. Die Loge arbeitet auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung und in der Jugendarbeit. Diese internationale Organisation, die sich der sozial Benachteiligten annimmt, hat unter anderem ein großes Kinderzentrum in Jaffa gebaut und errichtet zur Zeit eine Krebsforschungsstation in Haifa. Präsident in Europa ist **Joseph H. Domberger**. Dem Festkomitee gehören unter anderen US-Botschafter **Arthur F. Burns** an, Finanzminister **Gerhard Stoltenberg** und Bundestagsvizepräsidentin **Annemarie Renger**. Zu der Auszeichnung von Rolf Rodenstock heißt es, man wolle eine Persönlichkeit ehren, „die durch ihre Toleranz und Ausgewogenheit das deutsche Unternehmertum weit über die Grenzen der Bundesrepublik in vorbildlicher Weise verkörpert".



Von links: Ludger Westrick, Bundespräsident von Weizsäcker und Westricksohn Ludger, Rechtsanwalt in Bad Godesberg. FOTO: EVI KEIL


طبق الأصل

Vermerke des Flick-Konzerns

Im Untersuchungsausschuß des Bundestages, der sich mit der Frage befaßt, ob der Flick-Konzern unerlaubten Einfluß auf die von der Regierung Schmidt genehmigte Steuerbefreiung des Unternehmens genommen hat, sind noch längst nicht alle Aspekte ausgeleuchtet. Der Flick-Konzern hat in Unterlagen detailliert festgehalten, welche Zahlungen er auf verschiedenen Kanälen zugunsten der SPD geleistet hat. Es handelt sich dabei um mehrere Millionen Mark. Den größten Anteil davon hat die Friedrich-Ebert-Stiftung mit 2,76 Millionen Mark erhalten. Es fällt auf, daß in Jahren der Bundestagswahl die Spenden besonders hoch gewesen sind. Profitiert haben von Flick demnach auch der „Neue-Vorwärts-Verlag" und der „Parlamentarisch-Politische Pressedienst" (PPP). Die WELT dokumentiert die entsprechenden Aufzeichnungen des Flick-Konzerns.

DR. HERIBERT BLASCHKE [illegible] 3.9.1984 fu

An das
Sekretariat des 1. Untersuchungsausschusses
des Deutschen Bundestages
z.Hd. Herrn RegDir. Friedrich Schumann

5300 Bonn 1

Betr.: Vernehmung von Herrn Paefgen
hier: Vorlage weiterer Unterlagen

Sehr geehrter Herr Schumann,

Herr Paefgen hat mich gebeten, Ihnen die gewünschten Unterlagen – soweit vorhanden – zu übersenden. Ein Großteil der von Ihnen erbetenen Schriftstücke ist nicht vorhanden. Beiliegend übersende ich Ihnen folgende Unterlagen:

1. Brief der 1-4 vom 23.12.1978 an Herrn Bundeskanzler Schmidt
2. Brief der 1-4 vom 18.12.1978 an Herrn Bundeskanzler a.D. Willy Brandt
3. Brief von Herrn Paefgen an Herrn Dr. Grunwald, ohne Datum mit Liste
4. Notiz von Herrn Paefgen vom 18.1.1977

Weiterhin teile ich Ihnen mit, daß nach den uns vorliegenden Unterlagen an die Friedrich Ebert-Stiftung folgende Spendenzahlungen geleistet wurden:

25.02.75	DM 250.000	
18.05.76	DM 1.000.000	(Dieser Betrag wurde per Scheck bezahlt. Er wurde der Gesellschaft zum Wert 18.5.76 belastet. Weitere Unterlagen hierzu liegen nicht vor.)
24.10.77	DM 250.000	
01.08.78	DM 250.000	
04.09.78	DM 10.000	
18.07.79	DM 250.000	
24.04.80	DM 250.000	
14.08.80	DM 500.000	
	DM 2.760.000	

In einer Notiz für die Flick-Konzernleitung vom 21. 5. 1981 werden folgende Zahlungen aufgeschlüsselt:

Betr.: Zahlungen wg. "Neuer Vorwärts-Verlag"
Nau & Co., Bad Godesberg

An die obengenannte Firma wurden in den Jahren 1961 bis 20.5.1981 von Düsseldorf aus die nachstehend aufgeführten Zahlungen für die Lieferung der Zeitschrift "Die Demokratische Gemeinde" geleistet:

12. 6.1961	DM 24.940,—
14.11.1962	DM 24.980,—
16. 1.1964	DM 24.985,—
8. 6.1965	DM 24.980,—
22. 3.1966	DM 24.965,—
25. 4.1967	DM 24.965,—
2. 5.1968	DM 23.808,—
10. 7.1969	DM 22.817,—
13. 4.1970	DM 23.917,—
9. 3.1971	DM 23.917,—
10. 3.1972	DM 23.917,—
27. 9.1972	DM 19.920,20
20. 8.1973	DM 23.917,—
18. 4.1974	DM 24.895,20
7. 5.1975	DM 24.895,20
12. 5.1976	DM 34.907,40
29. 3.1977	DM 34.948,—
25. 4.1978	DM 49.974,40
26. 4.1979	DM 49.974,40
15. 8.1980	DM 49.974,40
20. 5.1981	DM 49.974,40
insgesamt	DM 642.680,80

Für den Bezug des PPP – Parlamentarisch Politischer Pressedienst wurden nachstehende Beträge gezahlt:

1969	DM 17.600,—
1970	DM 19.100,—
1971	DM 19.100,—
1972	DM 19.100,—
1973	DM 19.100,—
1974	DM 24.600,—
1975	DM 24.600,—
1976	DM 24.600,—
1977	DM 25.080,—
insgesamt	DM 222.880,—

In diesem Zusammenhang ist noch zu bemerken, daß die -VG- an den "Arbeitskreis für kommunalpolitische Bildung e.V.", Bad Godesberg, der dem Verleger des Vorwärts-Verlages, Herrn Petersen, nahesteht, folgende Beträge überwiesen hat:

8. 4.1967	DM 20.000,—
12.12.1967	DM [illegible]
12. 7.1968	DM 20.000,—
5. 8.1969	DM 20.000,—
	DM 110.000,—

Aus den bei uns vorhandenen Unterlagen geht hervor, daß diese Zahlungen wegen der "V-Illustrierten" geleistet und mit Herrn Nau abgestimmt wurden.

Zusammenstellung

wg. Demokratischer Gemeinde	DM 642.680,80
wg. PPP	DM 222.880,—
wg. Arbeitskreis für kommunalpolitische Bildung e.V.	DM 110.000,—
insgesamt	DM 975.560,80

Sterben für Allah - Der Terror der Shia

In ihrem Gepäck liegt der Koran auf dem TNT. Sterben für Allah heißt ihre Parole. Autobomben jagen sie per Fernsteuerung hoch. Ihre Selbstmordkommandos verbreiten Angst und Schrecken. Der Terror der Shia ist zu einem Faktor der Weltpolitik geworden. In einer Artikelfolge untersucht die WELT das Phänomen und seine Auswirkungen.

Von ROLF TOPHOVEN

Ihre Gegner sind die „Feinde des Islam" – vor allem die USA und Israel. Alles Westliche erscheint ihnen korrupt: Der Terror fundamentalistisch inspirierter schiitischer Gruppen hat inzwischen mit spektakulären Taten die Weltöffentlichkeit erschüttert.

Eine neue Qualität des modernen Terrorismus tritt in Erscheinung. Und stets begleitet der Ruf vom „Islamischen Heiligen Krieg" in makabrer Disharmonie die Taten der Mörder. Alte Taktiken werden in das moderne Gewand professioneller Gewalt verpackt. In Nahost – hier vor allem in Libanon – liegt das Operationsfeld der radikalen Shia-Kommandos. Sie legten die Botschaften der USA in Beirut und in Kuwait in Trümmer. Im April 1983 starben in der US-Vertretung von Beirut 49 Menschen, 120 wurden verletzt. *Kamikaze-Unternehmen* der Schiiten zwangen die Multinationale Friedenstruppe zum Abzug aus der libanesischen Metropole. Dabei erlitten die USA die schwerste Demütigung: Am 23. Oktober 1983 raste ein schiitischer Selbstmörder mit einer tonnenschweren Sprengstoffladung in das Hauptquartier der Marines in Beirut – 241 GIs fanden den Tod. Fast zur gleichen Zeit legte ein Kamikaze-Akt die Basis der französischen Fallschirmjäger in Schutt und Asche: 56 Paras starben. Israels Hauptquartier in der südlibanesischen Hafenstadt Tyros flog am 4. November 1983 in die Luft. Jüngster Terrorangriff schiitischer Kader war der Anschlag auf die Ost-Beiruter Dependance der Amerikaner am 20. September dieses Jahres. – Bei all diesen Aktionen stets die gleiche Taktik; und stets reklamierte eine anonyme Stimme am Telefon anschließend die Verantwortung für die Bluttat für die schiitische Formation „Islamischer Heiliger Krieg".

Eine lange, blutige Tradition ... Der Märtyrertod, das Selbstopfer für Allah, hat im Glauben der schiitischen Moslems eine lange Tradition. Die Wurzeln dieser Haltung reichen bis ins Jahr 620 n. Chr. zurück. Damals erfährt nämlich Ali, Vetter und Schwiegersohn des Propheten Mohammed, daß der Prophet nachts von Ungläubigen ermordet werden soll. Ali schleicht sich in das Bett des Propheten. Doch die Mörder erkennen Ali und verschonen ihn. Allah, so die Legende, hatte den zum Tode Bereiten geschützt. Denn Ali war bereit gewesen, sich für den Begründer des Islams zu opfern. Für ihn war der Märtyrertod ein erstrebenswertes Ende, das göttliche Gnade verhieß.

Die Mullahs preisen seither den Todesmut der Vorfahren. Bevorzugt sprechen die religiösen Lehrer der Schiiten auch von Imam Hussein. Dieser stellte sich am 10. Oktober 690 bei Kerbela, südlich von Bagdad, mit nur 72 Anhängern den Streitkräften des feindlichen Feldherrn Jasid entgegen. Es war ein Selbstmordkommando. *Imam Hussein und seine Anhänger* wurden niedergemetzelt. Vom Schlachtfeld gelangten sie, so der Glaube der Schiiten, direkt ins Paradies.

In der Tradition dieser Legenden und Ereignisse stehen heute nun jene jungen Freiwilligen unter ihren Glaubensgenossen, die sich zum Kamikaze-Einsatz in Libanon oder anderswo in Nahost melden. Der Dschihad, der Heilige Krieg für Allah, so glauben sie, rechtfertige den bewaffneten Widerstand gegen Tyrannen und Besatzungstruppen. Der Kampf gegen die „Ungläubigen" wirkt auf sie wie ein Fanal, denn alle gesunden männlichen Moslems sind nach der Lehre zum Kampf verpflichtet. In der dritten Sure des Korans finden sie allemal Ansporn, Rechtfertigung und Verheißung. Dort heißt es: „Und ihr dürft ja nicht meinen, daß diejenigen, die um Gottes Willen getötet werden, wirklich tot sind. Nein, sie leben im Jenseits und umsorgt von Allah".

Wenn israelische Patrouillen derzeit in Südlibanon durch Städte und Dörfer mit schiitischer Bevölkerung rollen, blicken die Soldaten an manchen Häuserwänden auf zwei Poster. Das eine zeigt Khomeini, das andere den Imam Musa Sadr. Der Ayatollah blickt gewohnt mürrisch, der Imam hat einen „neutralen" Gesichtsausdruck – fast gütig schaut er auf die Vorbeifahrenden herab. Doch in der Person des Imam Musa Sadr laufen die historischen Fäden der jüngsten Geschichte der libanesischen Schiiten ebenso zusammen wie das komplexe Geflecht radikaler schiitischer Gruppen und Grüppchen.

Denn alles begann einmal mit der „Amal" (Hoffnung)-Bewegung. Hier liegen die Wurzeln des Shia-Terrors in Libanon. Die „Amal"-Formation ging während des Bürgerkrieges 1975 aus einer Miliz hervor. Der Imam Musa Sadr gründete die Organisation als Teil der „Bewegung der Unterprivilegierten" (Harakat al-Mahrumin). Der Name spielte damals auf die geringe politische Repräsentation der Schiiten, der größten moslemischen Minderheit *im Lande der Zedern*, an. Als die Syrer 1976 in die Kämpfe des Bürgerkrieges eingriffen, kam es in den Rängen dieser Bewegung zu einem Bruch, denn Musa Sadr unterstützte das Regime in Damaskus. Der Imam trennte sich von der eigenen Mutterorganisation und gründete die „Amal".

1978 verschwand Musa Sadr auf mysteriöse Weise nach einem Besuch in Libyen. Bis heute ist er nicht wieder aufgetaucht. Die Schiiten in Libanon werfen dem libyschen Staatschef Khadhafi vor, er habe ihren geistlichen Führer ermorden lassen. Mehrere Flugzeugentführungen schiitischer Kommandos waren in der Folgezeit Signale des Protestes gegen das Verschwinden des Imams. Diese Hijacking-Operationen standen unter der Leitung von Hussein Mussawi, der zeitweise Chef der „Amal" war.

Im Jahre 1980 übernahm Nabi Berri, ein Rechtsanwalt aus dem libanesischen Dorf Tibnin, die Führung der „Amal"-Gruppe. Hussein Mussawi wurde Berris Stellvertreter und verantwortlich für die militärischen Operationen der Miliz.

1981 kam es zur Spaltung innerhalb der „Amal". Hussein Mussawi beschuldigte Berri einer allzu großen politischen Mäßigung. Mussawi, ein fanatischer Anhänger der iranischen islamischen Revolution, gründete seine eigene schiitische Organisation, die „al-Amal al-Islami" (Bewegung der islamischen Hoffnung). Ziel dieser Gruppe ist die Umwandlung Libanons in eine Islamische Republik nach dem Vorbild Irans.

In Kreisen internationaler Terrorismus-Experten hat sich inzwischen längst der Verdacht erhärtet, daß die Kader der „al-Amal al-Islami" des Hussein Mussawi identisch sind mit jener Gruppe, die sich unter dem Namen „Islamischer Heiliger Krieg" (Al-Jihad al-Islami) zu allen bis heute von Schiiten verübten spektakulären Terrorakten bekannt hat. Erstmals tauchte der Name in Beirut im Mai 1982 auf, als eine Autobombe vor der französischen Botschaft explodierte. Seither *geistert* der Name „*Islamischer Heiliger Krieg*" wie ein Phantom durch die Terrorlandschaft des Nahen Ostens.

Auch westliche und israelische Nachrichtendienste stützen sich auf Erkenntnisse, daß es sich bei der Gruppe um Hussein Mussawi (al Amal al-Islami) und der Formation „Islamischer Heiliger Krieg" um ein und dieselbe Organisation handelt. Demnach wäre „al Jihad al-Islami" nur der kriegerische Tarnname der Terrortruppe Hussein Mussawis. Dieser selbst und seine Sprecher blieben mit ihrer Organisation bei allen bisherigen Anschlägen im Hintergrund. Niemals haben sie öffentlich zugegeben, daß sie sich hinter dem „Cover" des „Islamischen Heiligen Krieges" verbergen.

1984

Der erste <u>SPERRY Personal Computer:</u> Der PC für den professionellen Einsatz. Mit dem Mehr an Leistungen, Funktionen und Möglichkeiten, die Ihnen nur der Pionier der Datenverarbeitung bieten kann. So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen! Überzeugen Sie sich selbst.

Der Fortschritt ist sehenswert:

<u>Auf der Orgatechnik in Köln vom 25. bis 30.10.1984, Halle 10, Gang G/H, Stand 17/18.</u>

<u>Der SPERRY PC:</u> Nutzung des größten Softwareangebots, 100 % kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle ab 128K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter", einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM ... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.

Sperry. Die Computer-Profis:
Wir glauben an die bessere Idee.



EUROPAPOKAL / Vier Klubs der Bundesliga stehen heute in den Hinspielen der zweiten Runde

Der Erfolg wird jetzt zur Pflicht, finanziell und wegen der Platzverteilung in der nächsten Saison

DW. Bonn

Der lapidare Satz: „Alle können weiterkommen", zitiert von deutschen Bundestrainern, ob sie nun Schön, Derwall oder Beckenbauer heißen, hilft nicht weiter. Es gab eine Zeit im Fußball-Europapokal, da klangen diese Worte untertrieben und bedeuteten eher: „Selbstverständlich, alle kommen eine Runde weiter." Seit den Wettbewerben der letzten Saison haben sich die Maßstäbe bei den beteiligten Klubs der Bundesliga verschoben. Wer heute sagt, alle Mannschaften könnten es schaffen, läuft Gefahr, zu den unverbesserlichen Optimisten gezählt zu werden. Franz Beckenbauer hat es erfahren, als Meister VfB Stuttgart und Werder Bremen bereits in der ersten Runde ausschieden. Da waren es nur noch vier, heute treten sie zu den Hinspielen der zweiten Runde an: Pokalsieger Bayern München, die UEFA-Cup-Teilnehmer 1. FC Köln, Borussia Mönchengladbach und Hamburger SV.

Das Schlagwort hat sich verändert. „Weiterkommen ist unsere Pflicht", heißt es heute. Die Pflicht geht dabei nach innen und außen: Die vier Klubs sind auf die Einnahmen angewiesen. Und es gilt, Punkte für die gesamte Bundesliga zu sammeln. Nach einer über den Zeitraum von fünf Jahren gerechneten Wertungstabelle des europäischen Verbandes werden die 64 Plätze im UEFA-Cup unter den 32 Landesverbänden verteilt. Für jeden Sieg gibt es zwei, für jedes Unentschieden einen Punkt, für das Erreichen der Viertel- und Halbfinalspiele und das Finale Zusatzpunkte. Am Ende werden die Punkte für jeden Verband addiert und durch die Zahl der teilnehmenden Mannschaften geteilt. Vier Klubs dürfen (noch) den Deutschen Fußball-Bund im UEFA-Cup vertreten. Das ist ein Verdienst aus der Vergangenheit, in der letzten Saison rutschten die Bundesliga-Vereine ab, keiner erreichte das Viertelfinale, niemand also holte Zusatzpunkte. Ist die „stärkste Liga der Welt" (so hieß es noch vor vier Jahren) in der nächsten Saison nur noch mit drei oder gar zwei Klubs im UEFA-Cup vertreten? Gleich drei Mannschaften aus Osteuropa sind heute Gegner der Bundesligaklubs.

● **Bayern München:** Im Heimspiel gegen Trakia Plovdiv aus Bulgarien steht Jean-Marie Pfaff wieder im Tor des Pokalsiegers. Gegen die hierzulande unbekannten Bulgaren will Trainer Udo Lattek den Belgier 85 Tage nach seiner Leistenoperation wieder testen. Beierlorzer wurde an der Bandscheibe operiert, Lothar Matthäus ist wegen seiner Ohrfeige im Spiel gegen Moss (Norwegen) gesperrt.

● **Hamburger SV:** Gegen ZSKA Sofia sitzt heute im Volksparkstadion nur noch einer der 18 Lizenzsspieler auf der Auswechselbank. Hieronymus, Groh, Milewski, Schröder sind verletzt, Wuttke wurde gestern an einer Knochenabsplitterung am linken großen Zeh operiert. Trainer Ernst Happel: „Erst kurz vor dem Spiel weiß ich, wer mir zur Verfügung steht."

● **Mönchengladbach:** Widzew Lodz ist eine Mannschaft der polnischen Spitzenklasse. Vor zwei Jahren warf sie den FC Liverpool aus dem Wettbewerb – damals noch mit Zbigniew Boniek, der heute für Juventus Turin spielt. Ein Grund für Trainer Jupp Heynckes, die Talente Drehsen (19) und Borowka (22) durch die Routiniers Hannes (27) und Herlovsen (26) zu ersetzen.

● **1. FC Köln:** „Wenn alles normal läuft, haben wir keine Chance", sagt der ehemalige Hamburger Horst Hrubesch, der nach einer Knieoperation nur auf der Tribüne im Stadion seines neuen Klubs Standard Lüttich sitzt. Lüttich ist nach dem Manipulationsskandal im belgischen Fußball (Sperren für sechs Spieler) keine Spitzenmannschaft mehr. Kölns Trainer Löhr hofft heute im Auswärtsspiel auf ein Unentschieden.

● **Im Fernsehen:** Das erste Programm sendet heute ab 22.30 Uhr Ausschnitte aus allen Spielen (90 Minuten Länge).

Alle Spiele auf einen Blick

Pokal der Landesmeister
Dynamo Ost-Berlin – Austria Wien
Levsky Sofia – Dnjepropetrowsk
Panathinaikos Athen – FC Belfast
Sparta Prag – Lyngby Kopenhagen
FC Liverpool – Benfica Lissabon
Bordeaux – Dinamo Bukarest
IFK Göteborg – SK Beveren
Juv. Turin – Grasshoppers Zürich

Pokal der Pokalsieger
Bayern München – Trakia Plovdiv
Fortuna Sittard – Wisla Krakau
Inter Preßburg – FC Everton
Dynamo Moskau – Sparta Malta
AS Rom – FC Wrexham (Wales)
Rapid Wien – Celtic Glasgow
FC Larissa – Servette Genf
Dynamo Dresden – FC Metz

UEFA-Pokal
Hamburger SV – ZSKA Sofia
Mönchengladbach – Widzew Lodz
Standard Lüttich – 1. FC Köln
Queens Park – Partizan Belgrad
Inter Mailand – Glasgow Rangers
Lok Leipzig – Spartak Moskau
St. Germain – Videoton (Ungarn)
Linzer ASK – Dundee United
FC Sarajevo – FC Sion
Craiova – Olympiakos Piräus
Eindhoven – Manchester United
AC Florenz – RSC Anderlecht
FC Brügge – Tottenham Hotspur
Sporting Lissabon – Dynamo Minsk
Ajax Amsterdam – Bohem. Prag
FC Rijeka – Real Madrid
Rückspiele am 3. November

SCHACH / Remis nach einem spannenden Spiel

Fehler von Kasparow kostete den ersten Sieg

LUDEK PACHMAN, Bonn

Wieder ein Remis bei der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau – aber diesmal nach einem spannenden Spiel. Zum ersten Mal kam Titelverteidiger Anatoli Karpow gegen Herausforderer Garri Kasparow in Bedrängnis und hätte eigentlich glatt verlieren müssen. Kasparow spielte in dieser 16. Partie angriffslustig, opferte die Qualität und konnte nach ihrer Rückgewinnung einen gesunden Mehrbauern behaupten. Doch dann machte er im 30. Zug einen völlig unbegreiflichen Fehler. So führt der Titelverteidiger nach 16 Partien bei zwölf Unentschieden weiter mit 4:0.

Die Notation (Weiß Kasparow, Damenindisch): 1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.g3 La6, 5.b3 Lb4+, 6.Ld2 Le7, 7.Lg2 c6,

Bisher verteidigte sich Karpow in dieser Variante mit 0-0, 8.0-0 d5, 9.cxd5 Sxd5. Da er jedoch in der 15. Partie diese Stellung selbst mit den weißen Figuren spielen mußte und spürbaren Positionsvorteil erreichte, wechselte er zu einem passiveren Aufbau über.

8.Lc3! d5, 9.Sbd2 Lb7, 10.Se5 0-0,

Hier kommt natürlich auch Sbd7 in Betracht. Mit der Absicht, den starken Springer auf e5 abzutauschen.

11.e4 Sa6,

Jetzt wäre Sbd7 wegen 12.exd5 exd5, 13.0-0 nebst 14.Tfe1 weniger gut.

12.0-0 c5!,

Mit diesem gut berechneten Befreiungszug bekommt Schwarz gute Ausgleichschancen.

13.exd5 exd5, 14.Te1 cxd5, 15.Lxd4 Sc5, 16.Sg4! dxc4!,

Sd3? ging nicht wegen 17.Txe7+ Dxe7, 18.Sxf6+ gxf6, 19.Dg4+ Kh8, 20.Df5 Se5, 21.cxd5 mit starkem Angriff. Es droht vor allem Se4. Nach Karpows Zug wäre 17.Txe7 wegen Dxe4 keineswegs gefährlich.

17.Sxe4 Lxg2, 18.Kxg2 Sxg4!?,

Für diesen Zug verbrauchte der Weltmeister 42 Minuten Bedenkzeit. 18. . . Se6 wäre viel einfacher und ausreichend zum Ausgleich gewesen.

19.Dxg4 Lf6, 20.Tad1 Lxd4, 21.Txd4 Dc7?,

Ein schweres taktische Versehen. Richtig wäre 22. . . g6. 23.Sf5 könnte dann mit Tfe8 oder auch Kh8 beantwortet werden.

22.Sd6 Se6, 23.Txe6! . . .

Falls nun fxe6, so folgt 23.Dxe6+ Kh8, 24.Tc4! Tf6 (nach einem Rückzug der schwarzen Dame kommt sofort 25.Sf7+), 25.Dd5 Dd8, 26.Sf7+ usw.

23. . . h5!, 24.De4 fxe6, 25.Dxe6+ Kh7, 26.Td5 g6, 27.Se4 Tad8, 28.Sg5+ Kg7, 29.De4! . . .

Mit Se6 droht jetzt das sogenannte „Schach der ganzen Familie".

29. . . Tfe8, 30.Dd4+?? . . .

Damit ist alles verdorben. Mit 30.Se6+ Txe6, 31.Dd4+! De5!, 32.Txd8 Dxd4, 33.Txd4 hätte Kasparow ein leicht gewonnenes Turm-Endspiel erreicht.

30. . . Kg8, 31.Txd8 . . .

Nach 31.Df6 Txd5!, 32.Dxg6+ Kf8 hätte Weiß nur Dauerschach mit 33.Df6+ Kg8, 34.Dg6+ usw. erreicht. Mit dem Abtausch ist jedoch auch nicht mehr zu schaffen.

31. . . Txd8, 32.Df6 Td6, 33.Df4 Dc6+, 34.Kh3 Dd7+, 35.Kg2 Dc6+, 36.Kh3 Dd7+, 37.Kg2 Remis.

Schwarz besitzt zwar die Qualität gegen nur einen Bauern, aber die exponierte Stellung seines Königs vereitelt jeden Gewinnversuch.

STAND ● PUNKT

Lächerlich?

Schach hat in der UdSSR sehr viel mit Politik zu tun, schließlich liebten Lenin und Marx diesen Sport, schließlich ist nicht mehr wegzudiskutieren, daß Karpow, Arbeitersohn und Russe, 1975 gegen Kortschnoi auch deshalb zum Titel kam, weil der unbequeme Systemkritiker samt Familie unter Druck gesetzt wurde. Jetzt hat der renommierte Schach-Kolumnist der angesehenen Londoner „Times", Harry Golombek, geschrieben, Ähnliches geschehe mit Kasparow, Armenier jüdischer Abstammung mit dem Geburtsnamen Weinstein.

Kasparow spielt – Ludek Pachman hat es in seinen Kommentaren für die WELT mehrmals festgestellt – weit unter seinen Möglichkeiten. Sein schwerer Fehler in der 16. Partie ist neuer Beweis dafür. Hat Golombek recht, wenn er schreibt, dem jungen Manne sei eine Niederlage nahegelegt worden? Ein Mann hat diese Frage hochoffiziell klipp und klar beantwortet – in einem empörten Brief an die „Times". Dieser Vorwurf sei unbegründet, lächerlich, absurd. Das schreibt Florencio Campomanes von den Philippinen, der Präsident des Weltverbandes, der seinen Posten bekam, weil ihn die Sowjets ausgeguckt hatten. Gerade er soll genau wissen, was gespielt wird? Man wird doch wohl fragen dürfen, derartige Vorwürfe – siehe oben – haben sich schließlich schon einmal bestätigt.

DW.

DÜSSELDORF

Spieler für Bruno Recht

sid, Düsseldorf

Mit einer ungewöhnlichen Initiative sorgten die Fußball-Profis von Fortuna Düsseldorf für eine neue Situation in der Personaldiskussion des Vorstandes. Die Mannschaft bat den Präsidenten Bruno Recht (64), seinen angekündigten Rücktritt rückgängig zu machen und im Amt zu bleiben. Die Spieler, die als Angestellte des Vereins bei der bevorstehenden Jahreshauptversammlung (am 29. Oktober) nicht stimmberechtigt sind, verwiesen auf die harmonische Zusammenarbeit mit Bruno Recht, der nach wie vor der Mann ihres Vertrauens sei. Aufgeschreckt wurden die Spieler offensichtlich durch den möglichen Recht-Nachfolger Hans Hansen, der angekündigt hatte, Verträge könne man zerreißen, falls die Leistung nicht stimme.

„Das ist eine neue Situation, die neue Überlegungen erfordert. Ich kann mich dazu erst äußern, wenn ich mit meinen Vorstandskollegen Gabel und Lehmann gesprochen habe", erklärte Recht.

Trotz der Einmütigkeit beim Votum für den Präsidenten gab es in der Mannschaft Ärger, weil Nationalspieler Manfred Bockenfeld nach der 2:4-Niederlage in Köln zu Toni Schumacher gesagt haben soll: „Jetzt siehst du mal, mit welchen Krampen ich zusammenspielen muß." Bockenfeld, der wegen schwacher Leistungen am Samstag eventuell durch Jürgen Fleer ersetzt wird, bestritt vor der Mannschaft diese Äußerung.

FERNSEHEN

Neue Pläne in England

dpa, London

Englands Fußballklubs fordern für die Zukunft getrennte Verträge mit den Fernsehanstalten. Durch die gemeinsame Initiative des Tabellenführers FC Arsenal London, Tottenham Hotspur, Manchester United und FC Liverpool sowie des einflußreichen Zweitligisten Manchester City trafen sich zehn Erstligisten zu einer Besprechung, an deren Ende sie eine drastische Revision des zum Saisonende auslaufenden Vertrages mit den TV-Gesellschaften forderten.

Der Vertrag brachte den Klubs in den letzten zwei Jahren rund 5,3 Millionen Pfund (21 Millionen Mark) ein. In Zukunft jedoch wollen die Vereine eigene Wege gehen, um ihre Interessen und speziell die Vereinbarungen mit Sponsoren und Werbeagenturen zu schützen.

Konkrete Ergebnisse und Ideen wurden noch nicht veröffentlicht, doch zeigt der FC Arsenal als erster Verein eine der angestrebten Neuerungen. Er hat eine Großleinwand im Highbury-Stadion errichten lassen. Geplant ist, dort Auswärtsspiele live zu zeigen, um die Fans von der Reise abzuhalten und damit die Gefahr der Ausschreitungen zu mindern. Zur Sicherung zusätzlicher Einkünfte sollen Werbefilme, Interviews und Unterhaltungsshows gezeigt werden. Zeitlupen-Wiederholungen wurden vom Ligaverband jedoch nicht genehmigt. Begründung: Umstrittene Szenen könnten unter den Fans Krawalle auslösen.

SPORT-NACHRICHTEN

Lothar Milde verhaftet

Halle (DW) – Lothar Milde, der Olympiazweite von 1968 im Diskuswerfen (63,06 m), ist in seiner Heimatstadt Halle an der Saale verhaftet worden. Die Gründe, die zur Inhaftierung des 49jährigen geführt haben, sind nicht bekannt. Die „DDR"-Presse hat über den Vorgang bisher nicht berichtet.

Kröner ist im Gespräch

Stuttgart (sid) – Als Nachfolger des entlassenen Trainers Horst Buhtz ist beim Fußball-Zweitligisten Stuttgarter Kickers Rudi Kröner (42) im Gespräch. Kröner, der zuletzt mit den Bundesliga-Klubs Kaiserslautern und Nürnberg scheiterte, ist seit 11 Monaten ohne Beschäftigung. Vorerst wird Co-Trainer Dieter Renner das Training leiten.

Leichtathleten gesperrt

Belgrad (dpa) – Weil sie trotz eines bestehenden Vertrages mit einer deutschen Firma in der Kleidung der Konkurrenz starteten, sperrte der jugoslawische Leichtathletik-Verband die Weltklasse-Athleten Vladimir Milic (Kugel) und Dragan Zdravkovic (Mittelstrecke) für neun sowie Weitspringer Nenad Stekic für sechs Monate.

Beckers turnt weiter

Krefeld (dpa) – Kunstturnerin Astrid Beckers (18), die Zweite der Deutschen Meisterschaft am Barren, kann ihre sportliche Laufbahn fortsetzen. Mit ihrem Ausbilder in Krefeld traf sie eine Vereinbarung, die ein regelmäßiges Training weiterhin gestattet. Unsicher ist dagegen die Zukunft von Heike Schwarm (Niederwörresbach), die weiterhin wegen eines Wirbelsäulenschadens behandelt wird.

Neue Kontakte mit China

Frankfurt (dpa) – Fünf Vertreter des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport in China werden vom 31. Oktober bis zum 6. November Gäste des Deutschen Sportbundes sein. Vizepräsident Lu Jungdong und seine Begleiter werden Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung führen.

Kaiserstern in Japan

Düsseldorf (sid) – Der sechsjährige Hengst Kaiserstern wird Deutschland beim Japan Cup am 25. November in Tokio vertreten. Der Japan Cup (Dotierung rund 1,8 Millionen Dollar) ist eines der bedeutendsten Einladungsrennen für Galopper und wird zum drittenmal ausgetragen.

Kein Ausschluß

München (sid) – Südafrika bleibt weiterhin Mitglied des Motorradsport-Weltverbandes (FIM). Ein entsprechender Antrag der UdSSR, Südafrika wegen seiner Apartheid-Politik auszuschließen, wurde während der Generalversammlung in München bis 1985 vertagt.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 715 736,30 Mark, 2: 110 113,20, 3: 7 189,30, 4: 117,60, 5: 8,90. – **Toto,** Elferwette: 1: 7 388,00, 2: 277,90, 3: 27,70. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 203 751,90, 2: 67 917,30, 3: 10 187,50, 4: 121,20, 5: 9,70. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 3 639,70, 2: 279,90. – Rennen B: 1: 65,90, 2: 31,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 18 196,80 Mark. (ohne Gewähr)

Im Fall Sacharow: Ein Appell an die Akademie

DW. Bonn

Mit dem Appell, für den Physiker Andrej Sacharow einzutreten, hat sich die Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft Kontinent" an den Vizepräsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Jewgenij Welichow, gewandt, der sich auf Einladung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Zeit in Bonn aufhält. Die „mittlerweile vollständige Isolierung eines großen Wissenschaftlers unserer Zeit" habe weltweit tiefste Besorgnis ausgelöst und dem Ansehen der Sowjetunion „beträchtlichen Schaden zugefügt". Ein „etwa durch die Behörden Ihres Landes verschuldeter Tod" Sacharows könne ungeahnte Folgen haben. Es dränge sich ein „Vergleich mit jenen Wissenschaftlern im Hitler-Deutschland auf, die sich nicht vor ihre verfolgten jüdischen Kollegen stellten oder sich gar aktiv an deren Diffamierung beteiligten".

Protest gegen Abouchar-Urteil

dpa, London

Das Internationale Presseinstitut in London hat gestern aufs schärfste gegen die Verurteilung des französischen Journalisten Jacques Abouchar in Afghanistan protestiert. Institutschef Galliner forderte in einem Telegramm an den afghanischen Staatschef Karmal seine sofortige Freilassung. Das Presseinstitut, dem rund 2000 führende Journalisten und Verleger in der ganzen Welt angehören, hat die gegen Abouchar erhobenen Spionagevorwürfe zurückgewiesen. Wenn die Regierung in Kabul vernünftige Arrangements für ausländische Korrespondenten träfe, müßten diese weder verhaftet noch solche Vorwürfe gemacht werden, heißt es in der Botschaft. Journalisten den Zugang nach Afghanistan zu verwehren, sei eine „Behinderung des freien Informationsaustausches".

Abouchar war vor wenigen Tagen in Afghanistan wegen „Spionage" zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Der Fernsehjournalist war mit Rebellen ins Land gekommen, um über die Situation in dem seit fast fünf Jahren von sowjetischen Truppen besetzten Afghanistan zu berichten. Dabei war er in die Hände regierungstreuer Truppen gefallen.

Managua: Wahl notfalls auch ohne Opposition

Bleiben nur noch die Sandinisten und die Ultralinken?

WERNER THOMAS, Miami

Auch nach einer Entscheidung der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), nicht an den Präsidenten- und Parlamentswahlen in Nicaragua am 4. November teilzunehmen, hat der sandinistische Junta-Chef Daniel Ortega eine Verschiebung der Wahl entschieden abgelehnt. „Wir werden zu den Wahlen mit einer, zwei, fünf oder sieben Parteien gehen", versichert er. „Und wenn sie alle fernbleiben, wird die sandinistische Befreiungsfront allein antreten."

Die PLI hatte den Beschluß des Boykotts der Wahlen auf einem außerordentlichen Parteitag mit der Begründung beschlossen, im Wahlprozeß „unangemessenen Bedingungen" ausgesetzt zu sein. PLI-Chef Virgilio Godoy galt bisher als der stärkste Oppositionskandidat. Der Genscher-Freund diente der Regierung bis zum Februar dieses Jahres als Arbeitsminister. Er konnte von den Sandinisten nicht so leicht als Erfüllungsgehilfe der Amerikaner hingestellt werden. Dennoch behauptete das sandinistische Sprachrohr „Barricada", Godoy habe auf Druck des US-Botschafters Harry Bergold gehandelt. Beide hätten sich am letzten Wochenende getroffen. Der PLI-Sekretär Orlando Quinonez dementierte: „Eine Verleumdung."

Die Kritik „unangemessener Bedingungen" bezog die PLI besonders auf die häufigen Störaktionen die „Turbas", des sandinistischen Pöbels. Obgleich die Regierung Versammlungsfreiheit garantierte, sprengten die von den Blockwartverbänden organisierten Sturmtruppen viele Kundgebungen. Junta-Chef Ortega nannte die Turbas einmal die „Volkswut".

„La Prensa" zensiert

Am Montag konnte die Oppositionszeitung „La Prensa" zum 25. Mal nicht erscheinen, weil mehr als die Hälfte aller Artikel von der staatlichen Zensur gestrichen worden waren. Unter den zensierten Beiträgen befand sich auch ein Bericht auf der Titelseite über die Entscheidung der PLI, ihre Kandidatur zurückzuziehen.

Selbst der kommunistische Präsidentschaftskandidat Domingo Sanchez hat inzwischen den „Machtmißbrauch" verurteilt. Sanchez: „Diese Leute (die Comandantes) wissen nicht, wie man ein Land regiert. Sie sehen unter jedem Bett einen Feind und reagieren darauf mit einer Polizei- und Militärmentalität." Der KP-Führer zählt zu den schärfsten Kritikern der Sandinisten in diesem Wahlkampf.

Die Sandinisten kontrollieren den gesamten Wahlprozeß. Während ihnen die TV-Anstalten, die meisten Rundfunksender und zwei der drei Zeitungen unterstehen, dürfen die Oppositionsparteien zusammen täglich nur 30 Minuten im Fernsehen und 45 Minuten im Radio werben.

Weniger Kandidaten

Dennoch versprach sich der PLI-Kandidat Godoy, obwohl er sich gegen Ortega keine Chance ausrechnete, von einer Teilnahme einen weiteren politischen Einfluß nach den Wahlen. Parteien, die den Urnengang boykottieren, verlieren ihre Rechtspersönlichkeit. Der Kandidatenkreis für die Wahl in Nicaragua aber schrumpft.

In Managua kursieren Gerüchte, daß noch andere Kandidaten dem Beispiel der PLI folgen wollen, darunter die Demokratische Konservative Partei (PCD), die Sozialchristliche Volkspartei (PPSC) und sogar die Kommunisten (PC). Dann würden nur noch die Sozialisten (PC) und die Volksaktionsbewegung (MAP) übrigbleiben, zwei Gruppen, die links von den Sandinisten stehen.

PLI-Führer Godoy glaubt inzwischen, daß die Wahlen lediglich den Polarisierungsprozeß fördern, weil die Comandantes ihre Macht zementieren wollten. Er rechnet nicht mehr mit der Möglichkeit eines nationalen Dialogs zur Suche einer friedlichen Lösung des Konfliktes. Der blutige Krieg gegen die Antisandinistischen Brigaden (Contras) werde eskalieren.

Diplomatische Beobachter in Managua erinnern daran, daß sich das Konfrontationsklima auch aus einem anderen Grund verschärfen kann. Zwei Tage nach dem Wahltermin finden in einem anderen Land Wahlen statt, das ebenfalls die Entwicklungen Nicaraguas beeinflußt. Auch hier scheint der Sieger schon festzustehen, Ronald Reagan. Der amerikanische Präsident betrachtet die sandinistischen Comandantes als Unruhefaktor der Region. (SAD)

Barzel äußert sich auch vor der Fraktion

DW. Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) will seiner Fraktion nach der für heute vorgesehenen Vernehmung im Flick-Ausschuß zu Fragen zur Verfügung stehen. Eine Sondersitzung der CDU/CSU wurde gestern nicht ausgeschlossen. In der gestrigen Sitzung war darauf verzichtet worden, über die gegen den Bundestagspräsidenten in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit der Flick-Affäre zu diskutieren.

In Fraktionskreisen hieß es, der Vorsitzende Alfred Dregger habe den Abgeordneten dafür gedankt, daß es keine Vorwegverurteilungen Barzels gegeben habe. Der Bundestagspräsident hat jeden Zusammenhang zwischen den ihm gezahlten Bezügen von insgesamt 1,7 Millionen Mark durch die Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei Paul und den gleichzeitig vom Flick-Konzern an die Anwaltspraxis überwiesenen Geldern bestritten. Auf die Fragen von Journalisten, ob er sich von seinen Parteifreunden im Stich gelassen fühle, antwortete Barzel: „Ach, das ist so eine Frage, warten Sie erst mal die nächsten zwei Tage ab."

Das Thema Barzel war gestern auch Gegenstand von Gesprächen der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag. Dabei signalisierte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, daß sich die SPD bis morgen zurückhalten werde. Auch während eines Koalitionsgesprächs kam die Angelegenheit zur Sprache. Offiziell legte man sich äußerste Zurückhaltung auf. Es herrschte allerdings der Eindruck in Bonn vor, daß die Koalitionsparteien eine schnelle Klärung, das heißt einen Verzicht Barzels auf sein Amt, erwarten.

Vogel hatte in dem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP die Parteien zu einer einheitlichen Linie aufgefordert. Das SPD-Präsidium erklärte, der jetzt entstandene Eindruck, Politik und Politiker seien käuflich, sei verheerend für das Ansehen der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Die SPD behalte sich über die bereits eingeleiteten Schritte hinaus alle aus der Affäre zu ziehenden Konsequenzen ausdrücklich vor.

Vorwürfe der Opposition Nicaraguas an Brandt

„Die Luft ist voll von Diktatur und Marxismus"

BERNT CONRAD, Bonn

Die Coordinadora Democratica, ein Zusammenschluß der wichtigsten Oppositionsparteien Nicaraguas, hat den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt beschuldigt, die sandinistische Regierung in Managua weiter zu unterstützen, obwohl sie die Rechte des einzelnen immer mehr unterdrücke, Arbeitnehmervertretungen stranguliere, immer weniger Pluralismus gewähre und sich religiöser Unterdrückung schuldig mache.

Brandt habe es als Präsident der Sozialistischen Internationale versäumt, beim Besuch in Managua seinen Einfluß auf die Sandinisten geltend zu machen, um sie zu einer demokratischen Umkehr zu bewegen, sagte der Präsident der Coordinadora und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Nicaraguas, Luis Rivas Leiva, gestern in Bonn. „Wenn Brandt in einer Pressekonferenz äußerte, daß in Nicaragua eine freiheitliche Luft wehe, dann hat er wohl den Wind von hinten bekommen, so daß er nicht feststellen konnte, daß die Luft in Nicaragua voll von Diktatur und Marxismus ist."

Adan Fletes, Führungsmitglied der Christlich-Demokratischen Partei Nicaraguas und Vizepräsidentschaftskandidat der Coordinadora, wies darauf hin, daß die Sozialisten Spaniens, Italiens, Portugals und Costa Ricas innerhalb der Sozialistischen Internationale auf seiten der Coordinadora stünden. Die für den 4. November in Nicaragua angesetzten Wahlen seien angesichts der inneren Lage des Landes schädlich. „Das einzig Vernünftige wäre, sie auf das nächste Jahr zu verschieben."

„Wahl nicht repräsentativ"

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl Lamers betonte, vor allem nach der Absage der Unabhängigen Liberalen Partei könne von einem repräsentativen Charakter der Wahl in Nicaragua nicht mehr gesprochen werden. Es sei unverständlich und sehr bedauerlich, daß Brandt am Montag in einer Pressekonferenz den Eindruck zu erwecken suchte, als sei das Scheitern aller Vermittlungsversuche eher der Coordinadora als den Sandinisten zuzuschreiben. Lamers forderte die SPD dringend auf, endlich ein klares Urteil über die Wahl abzugeben und sich für eine Verschiebung des Termins einzusetzen, damit die Opposition Gelegenheit erhalte, sich daran zu beteiligen.

Das Verhalten der Sandinisten stehe in klarem Widerspruch zur Contadora-Akte, das heißt zu den Vorschlägen Kolumbiens, Mexikos, Panamas und Venezuelas. Es sei zu hoffen, daß die Beratungen des Auswärtigen Bundestagsausschusses am heutigen Mittwoch zu größerer Klarheit über die Haltung der SPD führen würden, meinte Lamers.

Rückzieher der Sandinisten

Adan Fletes bezeichnete den Verzicht der Unabhängigen Liberalen auf eine Teilnahme an der Wahl vom 4. November als eine Bestätigung der Entscheidung der Coordinadora, der Wahl fernzubleiben. Mit Nachdruck hoben Fletes und Rivas hervor, daß die Coordinadora ein am Rande der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Rio ausgehandeltes Abkommen über eine Verbesserung der inneren Verhältnisse in Nicaragua unterzeichnet und ratifiziert habe, während die Sandinisten im letzten Augenblick von dem gemeinsamen Text abgerückt seien.

Das Abkommen sah vor, daß der Bürgerkrieg in Nicaragua bis zum 25. Oktober beendet und die Wahlen auf den 13. Januar 1985 verschoben werden sollten. Sollte die Herstellung des Friedens nicht möglich sein, wollte die Coordinadora ihre Beteiligung an den Wahlen am 4. November nochmals überprüfen. Um in der Zwischenzeit der Opposition die Teilnahme am Wahlvorgang zu erleichtern, sollte ihr die Nutzung des Fernsehens unter den gleichen Bedingungen wie der Regierungspartei erlaubt werden. Ferner waren die Einführung einer völligen Pressefreiheit, politische Versammlungs- und Bewegungsfreiheit im ganzen Land, Überprüfung der Wahllisten durch alle Parteien und andere wichtige Erleichterungen vorgesehen.

„Der in Rio ausgehandelte Text hatte die Zustimmung der Coordinadora und des beteiligten Kommandanten der Sandinisten. Ganz zuletzt hat sich die sandinistische Front dann abrupt zurückgezogen", versicherte Coordinadora-Chef Rivas.

Stuttgart für Steuerfreiheit bei Umwelt-Autos

HH./xhk. Bonn/Stuttgart

Die Bundesregierung befürwortet die nachträgliche Umrüstung von Personenwagen zur Minderung der Schadstoffemission. Das erklärte Staatssekretär Kroppenstedt vom Bundesinnenministerium zu der Ankündigung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth, der hierfür am 16. November im Bundesrat Vorschläge präsentieren will. Jedoch sind nach Kenntnis des Innenministeriums bisher „noch keine serienreifen Lösungen" auf dem Markt, bei denen mit einem Aufwand von 300 bis 500 Mark die Emission um bis zu 40 Prozent verringert werden könnte. Kroppenstedt hat gestern mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Freiherr von Lersner, den Jahresbericht des Amtes vorgelegt.

Unterdessen hat das Stuttgarter Kabinett gestern bereits seine Bundesrats-Initiative beschlossen, die eine sofortige Befreiung der Katalysator-Autos sowie nachträglich umgerüsteter Fahrzeuge von der Kfz-Steuer vorsieht. Die Umrüstung könne, wie führende Hersteller versichert hätten, ab Frühjahr 1985 zumindest bei gängigen Typen in Großserie beginnen. Damit sei die Umrüstung eine Sofortmaßnahme, die in einer kurzen Zeitspanne eine größere Schadstoffminderung verspreche als etwa ein Tempolimit.

Zu den Vorstellungen, die Kfz-Steuerbefreiung für abgasarme Autos bereits sofort in Kraft zu setzen, ließ Kroppenstedt Zweifel erkennen, ob dies gesetzestechnisch möglich sei. Der Beschluß der Bundesregierung vom 19. September sieht hierfür den 1. Juli 1985 vor.

In Bonn wird auch an strengeren Abgasvorschriften für Lastwagen gearbeitet. Mit den Beschlüssen für Pkw werde eine schrittweise Verringerung der Stickoxidemissionen um etwa 30 Prozent erreicht. Durch eine entsprechende Lösung für Lkw könnten noch einmal 15 Prozent hinzukommen. Kroppenstedt ließ jedoch offen, wann solche Maßnahmen voraussichtlich in Kraft treten können.

Die bei den Bonner Kabinettsbeschlüssen vom 19. September den Ländern angebotene Möglichkeit, die Kfz-Steuerbefreiung zumindest teilweise zu kapitalisieren, stößt dort offenbar auf wenig Gegenliebe. Das lassen die Zuschriften der Länder auf den Bonner Vorschlag erkennen.

Ein Gatt-Thema

Mk. – Das Gerede um die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sollte in seiner bisherigen Form endlich beendet werden. Immerhin sagen die fünf Forschungsinstitute weitere Anteilsgewinne auf den Weltmärkten voraus. Es wird für 1985 mit einem Export-Plus von real 6,5 Prozent gerechnet, obwohl das Welthandelsvolumen nur um vier Prozent expandieren dürfte.

Erklären läßt sich dies sicherlich nur zum Teil mit dem moderaten Kostenanstieg und mit der günstigeren Wechselkursentwicklung. Auch der Hinweis, daß die deutsche Exportwirtschaft gerade in den Ländern stark ist, in denen die Investitionen steigen werden, überzeugt nur, wenn die Angebotspalette paßt. Und dieses dürfte der Fall sein. So hat der BDI aufgrund einer Umfrage festgestellt, daß Rückstände, die es gegeben hat, sowohl in der Produkttechnologie als auch bei den Fertigungsverfahren weitgehend aufgeholt wurden. Dies gelte selbst für die elektrotechnische Industrie, die ihren Weltmarktanteil zuletzt sogar leicht ausgebaut hat.

Allerdings gibt es noch Probleme, und zwar bei jenen Produkten, die vor allem in den USA durch Regierungskäufe und durch staatliche Forschungsmittel gefördert werden. Diese Subventionen, die eine neue Form des Protektionismus darstellen, verzerren den Welthandel. Darauf mit ähnlichen Maßnahmen zu reagieren, würde nun nicht zur gewünschten Liberalisierung führen. Vielmehr gehört dieses Thema obenan auf die Tagesordnung der nächsten Gatt-Runde, sonst konkurrieren bald auf dem Weltmarkt immer mehr Staaten miteinander und nicht Unternehmen.

Zweite Stufe

dos – Die Hartnäckigkeit, mit der Birgit Breuel ihre Vorstellungen zur Neuorientierung der Vermögenspolitik verfolgt, trägt Früchte. Die Chancen dafür, daß die von ihr vorgeschlagene „zweite Stufe" des 4. Vermögensbildungsgesetzes die parlamentarischen Hürden ohne wesentliche Änderungen nimmt, stehen gut. Frau Breuels Überzeugungsarbeit zeigt offensichtlich Erfolg. Das war nicht immer so, wie die Ergebnisse der im Sommer 1983 verabschiedeten Niedersachsen-Vorschläge in Sachen Vermögenspolitik beweisen. Damals blieb lediglich die Erhöhung des Förderbetrags von 624 auf 936 Mark übrig. Frau Breuels eigentliches Ziel, Arbeitnehmer verstärkt am Produktivvermögen zu beteiligen, konnte dagegen nicht realisiert werden. Die Einbeziehung von GmbH-Anteilen und Investmentfonds in die Förderung, wie sie in den jetzigen Vorschlägen gefordert ist, entspricht diesem Ziel. Eine unbekannte Größe aber bleibt die Frage, ob der angesprochene Personenkreis das Angebot annimmt.

BLEIFREIES BENZIN / Auf einer Blitzreise überzeugt Zimmermann die EG-Partner

Ab 1989 sollen in französische Autos Katalysatoren eingebaut werden

WILHELM FURLER, London

Die Bundesregierung hat einen bemerkenswerten Erfolg erzielt, eines der großen EG-Partnerländer von der Notwendigkeit des Dreiwege-Katalysators zu überzeugen. Wie Innenminister Zimmermann vor Journalisten in London mitteilte, hat Paris seine Zustimmung zur verbindlichen Einführung von Zweiliter-Autos mit Dreiwege-Katalysatoren zum 1. Januar 1989 gegeben.

Dem Bonner Beschluß zufolge, dessen parlamentarische Gesetzgebung im März kommenden Jahres erfolgt sein wird, führt die Bundesrepublik umweltfreundliche Autos über zwei Liter verbindlich bereits 1. Januar 1988 ein.

Nach den Worten Zimmermanns hat die neue französische Umweltministerin Hugette Bouchardeau zugesagt, bereits im kommenden Jahr „mehrere hundert Tankstellen" für bleifreies Benzin an den Touristenrouten in ganz Frankreich einrichten zu lassen. Bislang hatte sich Paris geweigert, bleifreie Tankstellen vor 1989 entstehen zu lassen.

Zweck der zweitägigen Blitzreise des Innenministers nach Paris, London und Rom sei gewesen, die EG-Partner von der Ernsthaftigkeit der jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung vom 19. September über die Einführung umweltfreundlicher Autos zu überzeugen.

Auch in London hat der Minister gestern insofern einen Erfolg verbuchen können, als die für das Autoabgas-Problem zuständigen Minister und Staatssekretäre Jenkin, Waldegrave und Frau Chalker die Einführung bleifreien Benzins in Großbritannien ausdrücklich begrüßt haben. London werde dabei allerdings die Entwicklung dem Markt überlassen.

Bezüglich der Einführung von Abgas-Katalysatoren machte London keine Zugeständnisse. Im Gegenteil: Die Briten sind immer noch der Überzeugung, daß der Katalysator die falsche und vor allem die zu kurzfristige Antwort auf das langfristige Luftverschmutzungsproblem ist. Sie setzen vielmehr auf die rasche Entwicklung der sogenannten Magermisch-Konzeption, von der sie glauben, daß greifbare Erfolge bereits vom nächsten Jahr an erzielt werden können.

Im übrigen haben sich die britischen Gesprächspartner, so Zimmermann, „einen sanften Hinweis auf ein mangelndes Tempo-Limit in Deutschland" nicht verkneifen können. Seine Antwort darauf sei gewesen: „Das Durchschnittstempo auf deutschen Autobahnen beträgt nachweislich nur 112 Km/h, was exakt dem Tempo-Limit auf britischen Autobahnen entspricht".

Dem Bundesinnenminister zufolge wurden die Londoner Gesprächspartner insbesondere auf ihre „falschen Vorstellungen über die Wirkungsweise des Dreiwege-Katalysators" hingewiesen. Er sei so erprobt wie kaum ein anderes Aggregat je zuvor, und zwar nicht nur in den USA, sondern auch unter europäischen Bedingungen, wozu vor allem Hochgeschwindigkeits-Tests gehörten.

Allen drei Regierungen – Zimmermann flog gestern von London direkt nach Rom – hat der Innenminister klar gemacht, daß die Bundesrepublik „im äußersten Falle" eine Ausnahmegenehmigung, sprich Alleingang, zur Einführung des umweltfreundlichen Autos in Anspruch nehmen wird. Auf Anfrage erklärte er, daß London allerdings nicht davon gesprochen habe, gegen den Bonner Beschluß unter Ausschöpfung aller EG-Möglichkeiten vorzugehen.

Als weiteren umweltpolitischen Erfolg bezeichnete der Innenminister das „ausdrückliche Einverständnis" Frankreichs, die EG-Richtlinie zur Halbierung des Schwefelanteils im leichten Heizöl und Diesel zu halbieren. Ein weiteres Gesprächsthema mit London betraf die Nordseeschutz-Konferenz, wobei den Briten angetragen wurde, den Vorsitz der entsprechenden Nachfolge-Konferenz zu übernehmen.

Auch in der Frage des Nordsee-Schutzes zeigt Großbritannien eine laxere Einstellung als die Bundesrepublik. So wird in London lediglich darauf verwiesen, daß die britischen Bestimmungen über die Einlässe in die Nordsee bereits seit zehn Jahren sehr streng seien.

EG-SÜDERWEITERUNG

Frühestens 1992 wird der Zollabbau beendet sein

WILHELM HADLER, Luxemburg

Frühestens Anfang 1992 werden im gewerblichen Bereich die letzten Zollschranken zwischen der EG und den beiden iberischen Ländern fallen. Dies sieht das Schema für den gegenseitigen Zollabbau vor, das die Gemeinschaft gestern in die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal eingebracht hat.

Nach den Vorstellungen der EG sollen die noch bestehenden Industriezölle in sieben Tranchen – beginnend im März 1986 – abgeschafft werden. Dabei sind in den ersten beiden Jahren Zollsenkungen um je 20 Prozent, 1988 und 1989 um 15 und in den drei folgenden Jahren um jeweils zehn Prozent vorgesehen.

Die spanischen Hochzölle sollen in stärkerem Umfang reduziert werden als Zölle von bis zu 20 Prozent. Die EG geht davon aus, daß die „Spitzen" in vier Stufen beseitigt werden. Für Autos fordert die EG zollbegünstigte Kontingente, wie sie für die meisten Typen bereits bestehen. Sie wünscht, daß die Importe zu Sonderbedingungen jährlich entsprechend der wirtschaftlichen Lage der spanischen Kfz-Industrie aufgestockt werden.

Die Hochzölle – bei Kraftwagen beträgt der spanische Außenschutz bis zu 36 Prozent – sind vor allem der britischen Industrie ein Ärgernis. Madrid hat Zugeständnisse in diesem Bereich bisher stets von Einfuhrerleichterungen für seine landwirtschaftlichen Exporte abhängig gemacht. Eine gemeinsame Position der EG wurde vor allem durch britisch-französische Gegensätze erschwert. Da die französische Automobilindustrie über eigene Produktionsanlagen in Spanien verfügt, tritt sie nur für einen langsamen Abbau des Zollschutzes ein.

Einig wurde sich der Ministerrat auch über einen vor allem von der Bundesregierung gewünschten Text, mit dem Vorkehrungen dagegen getroffen werden sollen, daß die Kosten für die Einkommensstützung der Olivenbauern nach der Erweiterung der EG allzuweit ausufern. Vereinbart wurde die Einführung einer „Garantieschwelle", sobald Überschüsse eintreten oder ernsthaft drohen. Dabei gab Bonn zu Protokoll, daß es vom 1.1.1987 ausgeht, überließ die Initiative für entsprechende Vorschläge jedoch der EG-Kommission.

Viele offene Probleme brachte erneut die Diskussion über die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Weinmarkts stehenden Fragen und der Fischereipolitik zutage. Beim Wein verlangt besonders Frankreich vor dem spanischen Beitritt produktionsbegrenzende Maßnahmen.

Italien wehrt sich gegen die Festlegung einer Garantieschwelle. Die Agrarminister berieten deshalb über die Einführung eines nach der Produktionsmenge gestaffelten Systems von obligatorischen Destillationen. Dabei soll den Winzern zum Teil nur bis zu 40 Prozent des Orientierungspreises für Tafelwein ausgezahlt werden.

Kritische Schulden-Situation

Von EVANGELOS ANTONAROS, Belgrad

Den Jugoslawen steht ein harter Winter mit Entbehrungen, Preissprüngen und langen Schlangen vor den schlecht versorgten Lebensmittelgeschäften bevor. Allen Versprechungen und großspurigen Reformplänen zum Trotz haben Titos Nachfolger nämlich die Wirtschaftskrise, die zu einem Dauerzustand geworden zu sein scheint, nicht bewältigen, nicht einmal abmildern können.

Jugoslawien ist ein eigenwilliger, in seinen Strukturen sehr ungewöhnlicher kommunistischer Staat. Zwar herrscht ein Ein-Parteien-System, das keine Opposition duldet und doch seinen Bürgern Freiheiten einräumt, wovon die Tschechen, die Polen oder die Rumänen nicht einmal träumen dürfen. Im Wirtschaftsbereich ist zwar der Staat theoretisch allgegenwärtig. Doch in der Praxis haben die Arbeitnehmer und die Einzelbetriebe im Rahmen der sogenannten „Selbstverwaltung" Privilegien erkämpft, die sie praktisch unantastbar machen. Diese inneren Widersprüche machen die Krisenbewältigung äußerst schwierig.

In den letzten zwei Jahren hat es immer wieder Bemühungen um eine rigorose Sanierung geben. Die relativ schwache Bundesregierung in Belgrad hat richtig erkannt, daß die Jugoslawen zu gut gelebt haben, so daß der Gürtel enger geschnallt werden muß. Doch bei allen guten Vorsätzen ist es Ministerpräsidentin Milka Planinc und ihrer Regierung bisher nicht gelungen, den Jugoslawen eine Roßkur aufzuzwingen. Alle in Angriff genommenen Maßnahmen scheiterten bisher an der nationalen Engstirnigkeit und am regionalen Ehrgeiz der einzelnen Volksgruppen.

Zu Titos Lebzeiten gab es kaum Schwierigkeiten, unangenehme, ja unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen. Er besaß die Autorität, die dafür benötigt wird. Seinen Diadochen fehlen die Macht und das Durchsetzungsvermögen. Tito hatte den Jugoslawen ein Rotationssystem hinterlassen, das weitgehend zur Verschlimmerung der Krise beigetragen hat, weil es der Entfaltung von politischen Persönlichkeiten im Wege steht. Dieser Umstand wird von den Teilrepubliken ausgenutzt, die jedem Reformversuch im Wege stehen, weil sie nichts von ihrer Eigenständigkeit aufgeben wollen.

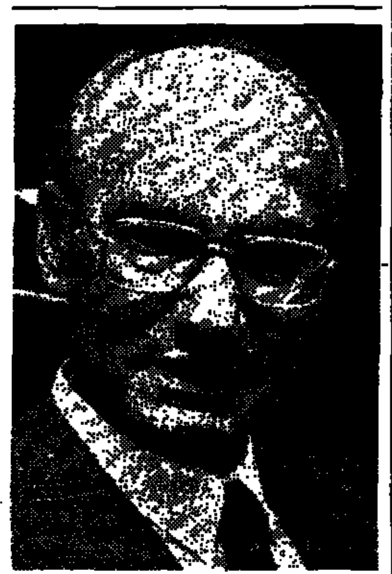
Groteske Situationen sind oft die Folge: Zahlreiche Betriebe im reichen jugoslawischen Norden ziehen es vor, ihre Güter gegen harte Devisen ins Ausland zu exportieren, statt den unterversorgten Süden zu beliefern. Außerdem kommt es oft vor, daß die Republiken aus reinen Prestige-Gründen konkurrierende Betriebe aufrechterhalten und finanzieren, obwohl sie hochdefizitär sind.

Frau Planinc hat zwar seit ihrer Amtseinführung einige mutige Maßnahmen, etwa die Stärkung der zentralen Notenbank, durchgesetzt. Aber hätten nicht der Internationale Währungsfonds (IWF) und viele westliche Regierungen, die einen Kollaps Jugoslawiens nicht zuletzt auch aus politischen Gründen verhindern wollen, Belgrad mit Milliardenkrediten geholfen, so wäre der Vielvölkerstaat heute nicht überlebensfähig.

Begonnen hat die Winterzeit mit einer Erhöhung der Benzinpreise um 16 Prozent, weitere Preissteigerungen in fast allen Bereichen werden folgen, weil der IWF gegen die früher praktizierte Politik der Preisbindungen ist. Bis Ende September hatte die Teuerungsrate auf Jahresbasis 63 Prozent betragen. Pessimisten sprechen von 80 Prozent bis Ende 1984. Die Industrieproduktion geht eher zurück, weil immer mehr Arbeitnehmer ihre Arbeit niederlegen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch.

Problem Nummer eins wird für die nächsten Jahre allerdings die Auslandsverschuldung bleiben: Zur Zeit steht Belgrad mit etwa 20 Milliarden Dollar bei westlichen Banken und Regierungen in der Kreide. Ohne neue Kredite wären die Jugoslawen nicht imstande, in diesem Jahr Schulden und aufgelaufene Zinsen in Höhe von 5,1 Milliarden Dollar zu zahlen. Nach Angaben des serbischen Spitzenpolitikers Milos Minic wird die Schuldensituation ihren kritischen Höhepunkt in den Jahren 1987 bis 1990 erreichen. Es wird also knapp mit der Zeit. Die Jugoslawen müssen ihre inneren Rivalitäten überwinden und einen nationalen Konsens erreichen. Es wird zwar schwer sein, die Vorstellungen von Serben, Kroaten, Mazedoniern, Bosniakern und Slowenen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Eine andere Lösung als ein rigoroses, von allen Teilrepubliken getragenes Sanierungsprogramm gibt es allerdings nicht.

AUF EIN WORT



„Das Herz des technischen Fortschritts ist die Digitalisierung. Wann werden wir in Deutschland endlich begriffen haben, wie groß unser Rückstand – in Jahren – dabei eigentlich ist?"

Heinz Nixdorf, Vorstandsvorsitzender der Nixdorf Computer AG, Paderborn
FOTO: JUPP DARCHINGER

Unternehmen sind wieder skeptischer

dpa/VWD, Mülheim/Ruhr

Die meisten Industriezweige in der Bundesrepublik schätzen ihre Umsatz- und Ertragsaussichten für die unmittelbare Zukunft zwar noch positiv ein, auf mittlere und lange Sicht äußern sich die Unternehmen aber deutlich skeptischer. Diese Schlußfolgerung zieht die Mülheimer Mietfinanz GmbH aus ihrer Vierteljahresumfrage bei den dreizehn wichtigsten Branchen. Durchweg rechneten die Betriebe nicht damit, die Wachstumsraten von 1984 auch 1985 aufrechterhalten zu können. Zur Zurückhaltung ihrer Geschäftserwartungen auf mittlere Sicht sähen sich die meisten Unternehmen auch durch die Risiken veranlaßt, die im Kursniveau des US-Dollar stecken.

KONJUNKTUR

Wirtschaftsministerium sieht Besserung des Konsumklimas

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Stimmung der Verbraucher dürfte sich im September erstmals seit dem Frühjahr wieder etwas gebessert haben. Anzeichen dafür hat das Bundeswirtschaftsministerium, wie es im jüngsten Konjunkturbericht schreibt, im September geortet.

Zuvor waren nach einem deutlichen Anziehen zu Beginn des Jahres vom privaten Verbrauch keine Impulse ausgegangen. Der Kaufkraftentzug infolge der arbeitskampf-bedingten Lohnausfälle konnte nur durch Rückgriff auf die Ersparnisse gemildert werden. Diese wurden später zum Teil durch Überstunden-Mehrverdienste wieder aufgefüllt. Insgesamt lagen von Januar bis August die Umsätze des Einzelhandels wertmäßig drei Prozent höher als in der gleichen Zeit 1983. Das reale Plus beträgt 0,5 Prozent.

Ein Grund dafür ist die moderate Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen. Im Durchschnitt der ersten acht Monate übertrafen die Tariflöhne und Tarifgehälter in der Gesamtwirtschaft das entsprechende Vorjahresniveau um 2,5 Prozent, in der Industrie um 2,8 Prozent. In beiden Fällen lag die Tarifsteigerung für die beschäftigten Arbeitnehmer um etwa einen Prozentpunkt unter dem Anstieg im Vorjahr.

Die Bewegung der Effektivlöhne und -gehälter war im bisherigen Jahresverlauf stark durch Sonderfaktoren geprägt. So spielten in den ersten Monaten des Jahres das vorgezogene Urlaubs- und Weihnachtsgeld eine Rolle, während im Mai und Juni die Lohnausfälle aufgrund der Streiks das Niveau drückten. Von Januar bis Juni wurde der Vorjahresstand um 3,9 Prozent überschritten.

ÖLMARKT

Opec einigt sich auf geringere Tagesproduktion

dpa/VWD, Genf

Die Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) wollen zur Verteidigung des Ölpreises ihre Tagesproduktion auf etwa 16,5 Mill. Barrel (zu 159 Liter) senken. Das erklärte der Ölminister Kuwaits, Ali Khalifa al-Sabah, in Genf nach Abschluß einer zweitägigen Krisensitzung, die auf Anregung des saudi-arabischen Fachministers Ahmed Saki Jamani zustande gekommen war.

Khalifa sagte, die Teilnehmer seien bei der von ihnen beschlossenen Senkung der Opec-Förderung um drei Mill. Barrel täglich nicht von der derzeit geltenden offiziellen Produktionsmenge von 17,5 Mill. ausgegangen, sondern von 19,5 Mill. Barrel, die in Wirklichkeit gefördert würden.

Der kuwaitische Minister betonte allerdings, die am Montag und Dienstag erreichten Vereinbarungen seien noch nicht endgültig. Erst auf der offiziellen Opec-Sondersitzung, die am kommenden Montag in Genf beginnt, würden bindende Entscheidungen gefällt. An ihr werden alle 13 Mitgliedsländer der Organisation teilnehmen. Dazu gehört auch Nigeria, das bisher als einziges Opec-Land seine Ölpreise um zwei Dollar auf 28 Dollar je Barrel senkte, nachdem Großbritannien und Norwegen – mit deren Ölqualitäten Nigeria im Wettbewerb steht – ihre Preise entsprechend gesenkt hatten.

Saudi-Arabiens Ölminister Jamani bestätigte den Beschluß einer Förderkürzung, lehnte es aber ab, Einzelheiten zu nennen. Es sei jedoch vorgesehen, daß „jeder" die Förderung kürze. Jamani ließ jedoch offen, ob sich dies auf die sechs in Genf anwesenden Länder oder alle 13 Opec-Mitglieder beziehe.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Fischerei-Neuordnung: Bonn erwägt Starthilfe

Hamburg (dpa/VWD) – Die Bundesregierung will der deutschen Hochseefischerei Starthilfe bei der Bildung einer Einheitsgesellschaft geben, wenn die Reeder diese Neuordnung für erfolgversprechend halten. In einem Rundfunk-Interview sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, Wolfgang von Geldern, wenn nach Ansicht der Reeder eine neue gemeinsame Gesellschaft in der Lage sei, auf der Basis der jetzt bekannten Quoten in der Zukunft erfolgreich zu operieren, dann wolle der Bund – „und ich höre ähnliches auch von den Ländern" – Hilfe gewähren.

Auflagen normalisiert

Bonn (dpa/VWD) – Die Zeitungen und Zeitschriften in der Bundesrepublik haben die Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Druckindustrie offenbar weitgehend überwunden. Diese Feststellung traf die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW), Bonn, aufgrund der Auflagenentwicklung im 3. Quartal. Danach konnten die Tageszeitungen gegenüber dem 1. Quartal eine geringfügige Steigerung ihrer durchschnittlich je Ausgabe verkauften Auflage von rund 34 000 auf rund 24,89 Mill. Exemplare verzeichnen.

Neue Bahnanleihe

Frankfurt (adh.) – Mit 7,25 Prozent Verzinsung kommt die neue 875-Mill.-Mark-Anleihe der Deutschen Bundesbahn, die vom 25. bis 29. Oktober zum Emissionskurs von 99,75 Prozent angeboten wird (Laufzeit zehn Jahre, Rendite 7,29 Prozent).

EG schränkt Zollabbau ein

Brüssel (Ha.) – Die EG hat ihr Angebot zu vorzeitigen Zollsenkungen im Rahmen der „Tokio-Runde" eingeschränkt. Grund dafür ist, daß sich der amerikanische Kongreß bisher nicht zu ähnlichen Zugeständnissen an die Gemeinschaft durchringen konnte. Im Vorgriff auf die am 1.1.1986 fällige Tranche will die Gemeinschaft jetzt am Jahresende nur noch einen Zollabbau für eine Reihe von Erzeugnissen aus den Entwicklungsländern vornehmen. Als neuen Termin für umfassende Zollsenkungen offerierte sie Washington nunmehr den 1. Juli 1985.

7,71 Prozent Rendite

Frankfurt (DW.) – Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat durch ein deutsches Bankenkonsortium unter der Führung der Commerzbank AG eine Privatplazierung von 150 Mill. Mark begeben. Die Anleihe mit einer Laufzeit von acht Jahren ist mit einem Kupon von 7⅝ Prozent ausgestattet und wurde zum Kurs von 99½ Prozent emittiert (Emissionsrendite 7,71 Prozent).

Türkei kauft Airbusse

Ankara (dpa/VWD) – Die Türkei wird in den nächsten zwei Jahren sieben Airbusse des Typs A310-200 kaufen. Dies gab die türkische Regierung bekannt. Vier der Flugzeuge werde die Luftfahrtgesellschaft Turkish Airlines 1985 erwerben, drei weitere 1986, erklärte Regierungssprecher und Staatsminister Mesut Yilmaz.

Streik bei der „Times"

London (AP) – Wegen eines Streiks ihres technischen Personals ist die renommierte Londoner Zeitung „The Times" gestern nicht erschienen. Die Verlagsleitung teilte mit, ein Teil des Personals habe im Zusammenhang mit der Anschaffung einer zusätzlichen Rotationsmaschine überzogene Lohnforderungen gestellt. Das seit Mittwoch vergangener Woche von seinen 550 Technikern bestreikte unabhängige Londoner Fernsehunternehmen Thames Television sendet seit Montag abend ein Notprogramm, das von 20 Mitgliedern der Firmenverwaltung zusammengestellt wird.

VERMÖGENSBILDUNG

Niedersachsen bringt weiteren Gesetzentwurf in Bundesrat ein

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Niedersächsische Landesregierung hat jetzt einen weiteren Gesetzentwurf zur Vermögensbildung beschlossen. Der Vorschlag, der am 16. November in den Bundesrat eingebracht wird, hat nach den Worten von Ministerpräsident Ernst Albrecht und Wirtschaftsminister Birgit Breuel den weiteren Ausbau der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zum Ziel. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll das Gesetz bereits Anfang 1986 wirksam werden. Die politische Unterstützung für diese Initiative, so Albrecht, sei weitgehend gesichert.

Nach dem niedersächsischen Entwurf soll künftig auch der Erwerb von GmbH-Geschäftsanteilen gefördert werden. Dafür hatte sich Niedersachsen bereits vor zwei Jahren stark gemacht, war aber an Bedenken des Bundesfinanzministers gescheitert. Im Gegensatz dazu soll der Erwerb von festverzinslichen Schuldverschreibungen, Anleihen und Wandelschuldverschreibungen nicht mehr begünstigt werden.

Umstrukturierungen sieht der Entwurf bei der Förderung des Konten-, Bau- und Investmentsparens vor. So soll der Fördersatz der Arbeitnehmersparzulage für das Bausparen statt bisher 23 nur noch 16 Prozent betragen und bei Familien mit mehr als zwei Kindern auf 26 Prozent steigen. Die Erweiterung des Förderrahmens auf 936 DM gleicht dabei den niedrigen Fördersatz wieder aus.

Das Kontensparen soll nach einer fünfjährigen Übergangsfrist ganz gestrichen werden. Statt dessen werden Beteiligungen an Investmentfonds neu in den Förderungskatalog aufgenommen.

WETTBEWERB / Koblenzer Kammer legt Untersuchung über Nachahmungen vor

„Piraterie gehört zur Tagesordnung"

HANNA GIESKES, Bonn

Mit gestohlenen Ideen Geld verdienen – diese ärgerliche Praxis scheint sich immer weiter auszubreiten. Kaum habe ein Produkt am Markt Erfolg, so die Industrie- und Handelskammer in Koblenz, „da tauchen auch schon die billigen Kopien auf". Großunternehmen wüßten sich in solchen Fällen zwar zu wehren, aber kleinen und mittleren Herstellern seien die Kosten eines Prozesses oft zu hoch, „und die resignieren dann".

Gerade sie sind jedoch die häufigsten Opfer von Nachahmern. Die Koblenzer Kammer, die gemeinsam mit der Handelskammer in Heidenheim in beiden Bezirken eine Umfrage zum Thema „Plagiate" vorgenommen hat, mußte feststellen, „daß Fälle von Piraterie für mittelständische Unternehmen zur Tagesordnung gehören". Rund 54 Prozent der Befragten hätten mit Nachahmungen zu kämpfen, heißt es, „doch auf eine Rechtsverfolgung wird meist verzichtet".

Aus gutem Grund, denn 72 Prozent der Plagiate kommen aus dem Ausland, wo eine Verfolgung in jedem Fall langwierig, meist jedoch auch wirkungslos ist. „Meister" in der Imitation sind die Italiener, die in 16 Prozent der den Kammern gemeldeten Fälle die „Sünder" waren. Dahinter liegen die Taiwan-Chinesen mit zwölf Prozent, „aber auch die Ostblockstaaten haben wenig Hemmungen", während Hongkong mit sechs Prozent „wider Erwarten" einen hinteren Platz einnimmt. Außerdem: „Jeder vierte Plagiator kommt aus der Bundesrepublik Deutschland".

Dagegen scheint kein Kraut gewachsen, weder im Wettbewerbs- noch im Markenrecht. So habe ein Hersteller von Spritzpistolen mit allen denkbaren juristischen Mitteln vergeblich gegen seinen taiwanesischen Plagiator gekämpft – „bis diesen am chinesischen Neujahrsfest die Reue packte und er die Produktion der Nachahmungen aufgab".

Die Hersteller in den beiden Kammerbezirken fordern eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts, um der unanständigen Praxis besser begegnen zu können. Dazu gehört nach ihrer Ansicht eine Auskunftspflicht des Anbieters über seine Lieferanten. Darüber hinaus plädieren sie für mehr und bessere internationale Vereinbarungen zum Schutz gegen Imitationen und für eine schnellere Rechtsverfolgung.

Die Kammern haben sich diesen Forderungen angeschlossen – auch im Interesse der Verbraucher, die sich mit der Imitation zum Niedrigpreis meist schlechte Qualitäten einhandeln: Schund, der lebensgefährlich sein kann, wenn er etwa als Ersatzteil in komplizierte technische Geräte eingebaut wird.

OSTWEST-HANDEL

Verlagerung auf andere Bereiche

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Ostwesthandel entwickelt sich weniger günstig als der gesamte Welthandel, während er noch vor einigen Jahren überdurchschnittlich expandierte. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden, erklärten führende Vertreter östlicher wie westlicher Banken auf einer informellen Tagung des „Internationalen Rates für neue Initiativen der Ostwest-Kooperation" (CSCE) in Paris. Sie plädierten dabei vor allem für bessere Finanzierungsmethoden.

Die vom französischen Credit Lyonnais veranstaltete Tagung, auf der die Bundesrepublik durch den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) Otto Wolff von Amerongen vertreten war und die vom Vizepräsidenten der sowjetischen Staatsbank Alexandrowitsch Pekschew geleitet wurde, brachte keine konkreten Ergebnisse. Jedoch wurde vereinbart, daß im nächsten Jahr auf Expertenebene die Dinge vorangetrieben werden. Das Internationale Währungssystem solle den neuen Verhältnissen im Ostwesthandel besser angepaßt werden.

Für besonders wichtig halten die Sowjets die Finanzierung der technologischen Zusammenarbeit mit dem Westen. Insbesondere bei der Kohleverflüssigung seien enorme Investitionen erforderlich die von einem Land allein nicht finanziert werden könnten. Pekschew sieht in der so verwerteten Kohle nach Erschöpfung der Mineralöl- und Erdgasvorkommen die wichtigste exportable Energiequelle der Sowjetunion.

FINNLAND / Die acht Werften des Landes blieben von der internationalen Schiffbau-Krise weitgehend verschont

Sowjetische Aufträge sichern die Beschäftigung

REINER GATERMANN, Helsinki

„Hätten wir im Frühjahr nicht aus dem kommenden Fünfjahresplan einige Schiffneubauten vorziehen können, wäre die Branche im Sommer in die Krise geraten", so beschreibt Tapio Forsgren, Geschäftsführer des Verbandes der finnischen Schiffbauindustrie, die Situation der acht Werften des Landes. Inzwischen ist mit der Sowjetunion das von 1986 bis 1990 geltende Fünfjahresabkommen unterzeichnet, von dem die Branche erheblich profitiert. Sie kann in dieser Periode mit Aufträgen im Wert von umgerechnet zehn Milliarden Mark rechnen. Damit belegt die Sowjetunion weiterhin ungefähr die Hälfte der finnischen Schiffbaukapazität; die Verteilung der Aufträge auf die einzelnen Werften muß noch verhandelt werden. Während eine Werft, Valmet Helsinki, bis Frühjahr 1987 eingedeckt ist, benötigt Wärtsilä Turku bereits für das erste Quartal nächsten Jahres Anschlußaufträge.

Finnlands Schiffbau geriet nie wie seine Mitbewerber in den meisten anderen Industrieländern in die weltweite Tankerkrise, weil diese Riesenschiffe nie in größerem Umfang zu seinem Programm gehörten. Seit Anfang der siebziger Jahre brauchte keine finnische Werft geschlossen zu werden und ihre Belegschaft ist mit knapp 18 000 Personen konstant. Der Erfolg ist ihr allerdings nicht in den Schoß gefallen, obgleich die Lieferungen in die Sowjetunion eine stabile Basis bilden, um die allerdings auch hart verhandelt werden muß. „Die Sowjetunion ist sehr preisbewußt, natürlich spüren wir die Konkurrenz aus anderen Ländern. Bedauerlich ist nur, daß diese häufig nur mit Staatssubventionen überleben können, während wir mit unseren eigenen Mitteln auskommen müssen", meint Forsgren. Dennoch: 1983 gingen von 46 abgelieferten Schiffen 41 in die Sowjetunion.

Zur Jahresmitte 1984 standen in den Orderbüchern der acht finnischen Werften 60 Neubauaufträge mit einer Gesamttonnage von 558 551 Bruttoregistertonnen, hinzu kamen vier Ölbohrplattformen. Fünf Schiffe werden bei Hollming gebaut, 14 auf den drei Werften von Rauma-Repola, die vierte ist auf Plattformen spezialisiert, 16 auf den Anlagen von Valmet und 25 bei Wärtsilä in Helsinki und Turku. Am finnischen Gesamtexport ist der Schiffbau mit fünf bis acht Prozent beteiligt, allerdings stellt er auf Grund seines hohen Anteils einheimischer Leistungen – die Sowjetunion fordert wenigstens 80 Prozent Eigenarbeit – einen wichtigen volkswirtschaftlichen Posten dar.

Behauptete Finnland bisher seine Position als Schiffbauer mit Hilfe seiner Spezialisierung hauptsächlich auf Kreuzfahrtschiffe und Eisbrecher, so geht die Entwicklung heute weiter in Richtung „spezieller Spezialschiffe". Es werden beträchtliche Mittel in Forschung und Entwicklung, aber auch ins Marketing investiert. Wärtsilä baute zum Beispiel das größte Eislaboratorium der Welt. Unmittelbar vor ihrem Abschluß stehen die Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Bau von mindestens einem atomgetriebenen Eisbrecher und im November wird in England das jüngste bei Wärtsilä gebaute Prunkstück der Kreuzfahrt, die „Royal Princess", von Lady Diana und in Anwesenheit von Finnlands Präsident Mauno Koivisto getauft. Gleichzeitig betreibt der finnische Konzern seine Internationalisierung, indem er seine Aktien auch an der Londoner Börse einführt. Bei Rauma-Repola wird eine neue Forschungsabteilung aufgebaut und Holming setzt kräftig auf die Entwicklung von Forschungsschiffen. Valmet etabliert in den USA eine Verkaufsniederlassung.

Im neuen Fünfjahresplan mit der Sowjetunion sind Schifflieferungen im Wert von 2,6 bis drei Milliarden Rubel (9,5 bis elf Milliarden Mark) vorgesehen, in der jetzt auslaufenden Periode waren es 2,5 Milliarden. Es gibt also nur einen geringen Anstieg, real wird es sogar ein leichter Rückgang sein. Hinzu kommt, daß sich für die Werften die Finanzierungslasten erhöht haben. Bezahlten die Sowjets bis vor einigen Jahren in Etappen während der Bauzeit, so wird jetzt der Gesamtbetrag erst am Tag der Übergabe angewiesen. Mit der Nationalbank sucht man hier nach einer neuen Form der Zwischenfinanzierung.

ISRAEL / Dritte Phase des Sanierungsprogramms

Reallöhne werden gesenkt

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Der Wirtschaftsausschuß der israelischen Regierung hat gestern ein von einem Expertenkomitee ausgearbeitetes Sparprogramm angenommen, das die dritte Phase des Sanierungsprogramms bilden wird. Der Plan soll am 1. November in Kraft treten.

Die wesentlichen Punkte sind: Kürzung des Haushalts um weitere 650 Mill. Dollar (zusätzlich zu der bereits beschlossenen Kürzung um eine Milliarde) und eine weitere Kaufkraftabschöpfung in Höhe von 350 Mill. Dollar durch Abgaben und neue Steuern.

Die Kürzungen werden die Entlassung von 20 000 Arbeitnehmern – das wären fünf Prozent aller Beschäftigten – aus dem öffentlichen Dienst nach sich ziehen. Zu den Betroffenen gehörten 6 500 Angehörige der regulären Streitkräfte, 6 000 Lehrer und 4 000 Beamte.

Im Verlauf der nächsten sechs Monate soll die Indexierung der Löhne und Gehälter gelockert werden. Die monatliche Teuerungszulage soll statt wie bisher 90 Prozent, nur 66 Prozent der Verteuerung vergüten. Dies ist einer der wichtigsten Teile des Plans, weil die Teuerungszulage eine der Hauptursachen der galoppierenden Inflation ist.

Da die Verringerung der Indexierung die Reallöhne senken wird, werden auch die Arbeitgeber zu einem Beitrag verpflichtet: Im Rahmen einer strengen Preiskontrolle werden Preissteigerungen nur um die Summe von zwei Dritteln der Teuerungszulage genehmigt werden.

Noch nicht entschieden ist die Frage, ob die Exportsubventionen, die derzeit 450 Mill. Dollar im Jahr betragen, abgebaut werden sollen. Grundsätzlich bejahen die Verfasser des Plans diese Frage, sie zögern aber, weil dies eine sofortige Abwertung des Schekels um 15 Prozent nach sich ziehen und die Inflation noch mehr anheizen würde.

Die Histadrut (Allgemeiner Gewerkschaftsverband) widersetzt sich diesem Plan. Schwierige Verhandlungen stehen bevor, doch Premierminister Peres ist entschlossen, dieses Programm durchzusetzen.

(SAD)

GEWERBESTEUER / Kommunen haben Vorbehalte gegen eine Abschaffung

Verbände fordern Ersatz durch neue Steuer

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine Abschaffung der Gewerbesteuer ist für die Städte und Gemeinden nur dann diskussionsfähig, wenn sie durch eine mit Hebesatz-Recht ausgestattete neue originäre Gemeindesteuer, die an die örtliche Wirtschaftstätigkeit anknüpft, ersetzt werden soll.

Auf diese Aussage einigten sich am Dienstag in Bonn die in der „Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände" zusammengeschlossenen Organisationen Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund. In einer Pressekonferenz im Anschluß an die Tagung des Gesamtvorstandes meinte Präsident Theo Magin, durch den „erheblichen Substanzverlust" der Gewerbesteuer und durch die völlige Abschaffung der Lohnsummensteuer sei eine qualitative Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation eingetreten, die nur durch eine neuerliche umfassende Gemeindefinanzreform behoben werden könne.

Städte, Gemeinden und Kreise bedauerten, so hieß es weiter, daß weder die Bundesregierung noch die Konferenz der Finanzminister ihre Vorschläge auf Einleitung von Untersuchungen, wie die neue Steuer aussehen müsse, bisher aufgegriffen habe.

Als Modell liege bisher lediglich die vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium vorgeschlagene gemeindliche „Wertschöpfungsteuer" vor. Eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer sei, so äußerten Sprecher der Verbände in Bonn, kein Ersatz für die Gewerbesteuer.

Vor einer Entscheidung des Bundestages über zwei sich nach Vorstellung der kommunalen Spitzenverbände widersprechende Gesetzentwürfe zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung hat sich die Bundesvereinigung in Bonn für den einschlägigen Gesetzentwurf des Bundesrates ausgesprochen. Die Bundesregierung gehe davon aus, die finanziellen Probleme des Krankenhausbereichs dadurch lösen zu können, daß sie die Krankenhäuser zu wirtschaftlichem Verhalten anhält und daß sie den Einfluß auf die Krankenkassen stärkt.

Dagegen behalte der Entwurf des Bundesrates die klare Planungshoheit der Länder nicht nur bei, sondern gewährleiste sparsam wirtschaftenden Krankenhäusern die Deckung ihrer Kosten. Im Streitfall bleibe es bei der Festsetzung der Pflegesätze durch die Länder.

GM: Einbuße durch Streiks in Kanada

AP, Detroit

Der Streik in den kanadischen Werken des amerikanischen Automobilkonzerns General Motors (GM) hat zu ersten Produktionseinbußen in den amerikanischen GM-Werken geführt, die aus Kanada mit Fahrzeugteilen beliefert werden. Nach Angaben eines Unternehmenssprechers mußten am Montag vier der 29 Montagewerke in den USA mangels der in Kanada gefertigten Wagenteile schließen. 17 470 Arbeiter seien vorläufig nach Hause geschickt worden. Die Unternehmensleitung versuche, die Produktion in allen 150 amerikanischen GM-Werken so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Die 36 000 Beschäftigten der kanadischen GM-Werke hatten am Mittwoch die Arbeit niedergelegt, um höhere Löhne und die Erneuerung der während der letzten Autokrise aufgegebenen Garantie eines jährlichen Mindestlohnanstiegs durchzusetzen.

NEUE MEDIEN / Großer Nachholbedarf im Marketing

Noch in den Kinderschuhen

Stw. Bonn

Die Frage, ob das Marketing für die Neuen Medien und das Marketing unter Einsatz der Kommunikationstechnologien versagt hat, ist nach Ansicht von Professor Heribert Meffert von der Universität Münster „eher zu bejahen als zu verneinen". Als entsprechende Indizien wertet der Wissenschaftler die hinter der Planung der Bundespost herhinkende Verbreitung des Bildschirmtextes (Btx) und das bisher geringe Echo auf die Kabelpilotprojekte. Auch die Nutzung der Neuen Medien als Werbeträger stecke noch in den Kinderschuhen. Meffert sieht hier jedoch Lichtblicke: „Die Agenturen haben in relativ kurzer Zeit ein bemerkenswert hohes Maß an Professionalität entwickelt."

Die „Auswirkungen neuer Kommunikationstechnologien auf das Marketing" waren das Thema eines Symposiums zum 15jährigen Bestehen des von Meffert geleiteten Instituts für Marketing in Münster. Über 800 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis befaßten sich mit den Folgen der technischen Umwälzungen auf die vertriebsfördernden Anstrengungen bei Investitionsgütern, Markenartikeln und im Handel.

Einig waren sich die Experten darin, daß die Neuen Medien – eine entsprechende Verbreitung vorausgesetzt – bessere Möglichkeiten bieten, einzelne Zielgruppen anzusprechen. Über Bildschirmtext beispielsweise kann, wie Meffert herausstrich, eine große Zahl von Adressaten „personengenau" angesprochen werden; nur der Direktwerbung per Post vergleichbar, bei dort allerdings höheren Kosten und Streuverlusten. Auch die Erfolgswahrscheinlichkeit beurteilt Meffert bei Btx günstiger als bei der herkömmlichen Direktwerbung. Schließlich werde den Kunden die Reaktion besonders leicht gemacht, indem sie per Knopfdruck bestellen oder weitere Angebote anfordern könnten.

Im Gegensatz dazu kommt das Satelliten-Fernsehen nach Mefferts Ansicht vor allem für weitgehend homogene Zielgruppen, zum Beispiel die der jugendlichen Konsumenten, in Frage. Internationale Werbung via Satellit lasse sich im Grunde nur mit musikunterlegten Spots für Produkte mit hohem Bekanntheits- und Wiedererkennungsgrad betreiben, was eine Standardisierung der Werbeinhalte erwarten lasse.

Solche Überlegungen fußen auf der Voraussetzung, daß die neuen Dienste von den Konsumenten auch angenommen werden. Den Investitionen in die Kommunikations-Infrastruktur seien keine Bedarfsanalysen vorausgegangen, stellt Meffert fest. Langfristig würden allein Kosten und Nutzen darüber entscheiden, ob Verbraucher und Unternehmer die Angebote nutzten.

Bei Btx ist es offensichtlich noch nicht soweit, denn die derzeitigen Anbieter versprächen sich von ihrer Beteiligung keine Umsatzzuwächse oder Kosteneinsparungen. Vielmehr hätten bisher Image- und Konkurrenzaspekte den Ausschlag gegeben. Die Verbreitung des Bildschirmtextes habe sich daher „unter atypischen, betriebswirtschaftlich nicht dauerhaft aufrechterhaltbaren Vorzeichen" vollzogen. Jene Anbieter, die aus ihrem Btx-Engagement keinen quantifizierbaren Nutzen zögen, werden deshalb noch ausscheiden, ist Meffert überzeugt.

Weitere Risiken sieht der Münsteraner Wissenschaftler in der Tatsache, daß die Unternehmen noch nicht von stabilen Prämissen ausgehen könnten. Dies berge die Gefahr in sich, daß in Technologien investiert werde, die sich auf lange Sicht nicht durchsetzten. Meffert denkt dabei beispielsweise an die Kontroverse zwischen den Befürwortern des Satelliten-Fernsehens und denen einer flächendeckenden Verkabelung.

HOLSTEN / Erste Braustätte im Ostblock produziert in Lizenz – Mehr als eine Milliarde Hektoliter Ausstoß im Ausland

Miserabler Sommer dämpfte Getränkegeschäft

BRIGITTE STURM, Hamburg

Ende dieses Jahres wird in einer ungarischen Brauerei Holsten-Bier in Lizenz produziert werden. Es ist die erste Braustätte im Ostblock, die eine (neue) Holsten-Bier-Marke braut. Die Kapazität beträgt rund 100 000 Hektoliter. Damit wird das Biergeschäft der Holsten-Gruppe im Ausland über eine Milliarde Hektoliter erreichen und seinen Anteil am Gesamtausstoß der Gruppe, der inzwischen 25 Prozent beträgt, weiter festigen.

Im Auslandsgeschäft sprudelte das Bier auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) munterer als im Inland. Und die Zunahme um 1,3 Prozent auf 3,6 Mill. Hektoliter ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Klaus Asche im wesentlichen auf die unverändert positive Entwicklung im Auslandsgeschäft zurückzuführen.

Nicht so erfreulich verlief der Bierabsatz im Inland. Hier konnte Holsten die Vorjahresmenge nur knapp erreichen. Dennoch wertete Asche dieses Ergebnis positiv – muß doch in der Branche aufgrund des verheerenden Sommerwetters mit einem Rückgang im Bierabsatz um rund zwei Prozent gerechnet werden.

Stärker noch als beim Bier wirkte sich der „miserable" Sommer bei den alkoholfreien Getränken aus. Hier mußte die Holsten-Gruppe einen Rückgang von 6,9 Prozent hinnehmen, der in etwa dem Branchendurchschnitt entsprechen dürfte. Insgesamt hat die Holsten-Gruppe im abgelaufenen Jahr den Getränkeabsatz mit 4,31 Mill. Hektoliter auf Vorjahreshöhe halten können. Das gilt auch für den konsolidierten Umsatz mit 514 Mill. DM.

„Nicht unzufrieden" äußerte sich der Holsten-Chef zur Ertragslage. Wenn auch das vorjährige Spitzenergebnis nicht wiederholt werden konnte, so dürfte doch wieder mit einer angemessenen Dividende (Vorjahr 6 DM Dividende und 1 DM Bonus) – sicherlich aber nicht mit einem „Gut-Wetter-Bonus" – zu rechnen sein.

Für das neue Geschäftsjahr wird sich die Branche nach Ansicht von Asche zweifellos weiterhin auf einen stagnierenden Absatz im Inland und eine schwierige Ertragslage einstellen müssen. Für die Holsten-Gruppe glaubt er jedoch schon aufgrund der in den 70er Jahren getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen, für die Zukunft gut gerüstet zu sein. Pessimismus hält Asche für nicht angebracht.

Trotz des schwierigen Brauwirtschaftsjahres wurden die Investitionen bei Holsten planmäßig fortgesetzt. Dazu gehört vor allem das 20-Mill-DM-Projekt in der Brauerei Felsschlößchen. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr in Sachanlagen rund 35 Mill. DM investiert.

Kritisch äußerte sich Asche zu den staatlichen Interventionen. Die Auswirkungen der Getränkesteuer auf das Gastgewerbe in Hamburg und Braunschweig seien eindeutig negativ gewesen. Für Holsten bedeute das in Hamburg allein eine zusätzliche Belastung mit einem Betrag in sechsstelliger Höhe.

KAUFHOF / Die Konzernstruktur wurde bereinigt

Hoffnung auf Weihnachten

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die sich abzeichnende Konjunkturerholung lasse auf eine freundlichere Konsumeinstellung der Kundschaft für den Rest des Jahres und „vor allem für das Weihnachtsgeschäft" hoffen. Mit diesem Ausblick würzt der zweitgrößte deutsche Warenhauskonzern, die Kölner Kaufhof AG, ihren Zwischenbericht über das insgesamt wenig erfreuliche Geschäft der ersten drei Quartale 1984. Die 5,95 Mrd. DM Konzernumsatz blieben in dieser Zeit um 0,9 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurück, wobei die Warenhäuser des Konzerns mit 3,82 Mrd. DM insgesamt 2,3 Prozent und auf unveränderter Verkaufsfläche 1,6 Prozent Umsatzminus hatten. Negativ habe da vor allem das miserable Sommerwetter und der große Druck/-Metallstreik gewirkt.

Günstiger lief es bei den Konzerntöchtern, voran beim Versandhaus Wenz mit einem Umsatzplus von 8,2 Prozent auf 355 Mill. DM. Bei der Kaufhalle bedeuteten die 2,5 Prozent Umsatzminus auf 1,18 Mrd. DM ein flächenbereinigtes Plus von 1,5 Prozent. Bei der Kaufhalle wurden zum 1. Juli die Ausgliederung der Gastronomie vollzogen. Die Aktivitäten wurden von der konzerneigenen Gastronomiegesellschaft übernommen, die auf 163 Mill. DM (plus 15,9 und flächenbereinigt plus 4,1 Prozent) kam. Die ITS-Reisetochter wuchs um 1,6 Prozent auf 378 Mill. DM und verkaufte in elf Monaten der Saison 1983/84 (ab 1. 11.) rund 0,51 Mill. Reisen (plus 2,7 Prozent).

In der Berichtszeit bereinigte der Konzern seine Struktur. Der verlustreiche Ausflug in den Aufbau einer Schnellimbißkette wurde durch Verkauf des 60-Prozent-Anteils bei „Sam's Quick" (13,6 Mill. DM Umsatz in der Berichtszeit) an den belgischen Partner beendet; die Zentra Autohandelsgesellschaft wurde stillgelegt. Neues kam hinzu mit dem ersten, schon vollständig vermieteten Bochumer Einkaufszentrum (9500 qm Verkaufsfläche) der Zentra-Grundtochter, den ersten „Mach Fash"-Textilläden und mit Gründung der „Saturn-Hansa Handelsgesellschaft", die im Bereich Schallplatten/Video-/Fernsehen 1985 ihre ersten zwei Filialen eröffnen soll.

BÜRO- UND INFORMATIONSTECHNIK / Produktionswert hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt

Dem internationalen Wettbewerb gewachsen

Von K. E. GOEHRMANN

Der Markt für Informations- und Kommunikationstechniken ist *einer der größten und innovativsten* Wachstumsbereiche der deutschen Wirtschaft. Deutlich wird dies am Produktionswert der Büro- und Informationstechnik (BIT), der sich seit 1975 mehr als verdoppelt hat. Er erreichte 1983 einen Wert von über 12 Mrd. DM. Einschließlich Software und Serviceleistungen liegt er bei etwa 25 Mrd. DM. Zweistellige Zuwachsraten sind Beleg für die Wachstumsstärke dieser Branche.

Der Weltmarkt für Produkte der Büro- und Informationstechnik hat nach Expertenschätzungen 1983 ein Volumen von umgerechnet 220 Mrd. DM erreicht. Diese Zahl umfaßt ausschließlich die Hardware. Bei einem Produktionswert von 12 Mrd. DM hält die deutsche BIT-Industrie einen Weltmarktanteil von knapp 6 Prozent, bezogen auf Europa von ca. 20 Prozent.

Die vielfach vertretene Behauptung, die deutsche BIT-Industrie sei in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zurückgefallen, ist zu undifferenziert, in der Globalaussage falsch und für das Ansehen dieser innovativen Branche im Ausland wie auch der deutschen Wirtschaft insgesamt im höchsten Maße schädlich. Sie untergräbt die immer schwieriger werdenden, aber dennoch erfolgreichen Bemühungen der Industrie, sich bei einem verschärften Wettbewerb auf nationalen und internationalen Märkten zu behaupten.

Die insgesamt positive Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen BIT-Industrie darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß angesichts der gewaltigen Anstrengungen, wie sie vor allem in den USA und Japan unternommen werden, für unsere zukünftige Marktposition Gefahren drohen, wenn es nicht gelingt, die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland so zu ändern, daß sie denen der internationalen Mitbewerber angeglichen sind.

Neben den allgemeinen Standortnachteilen, die u. a. in dem vergleichsweise sehr hohen Lohnniveau, den hohen Steuerlasten sowie einer zu geringen Eigenkapitaldecke vieler deutscher Unternehmen liegen, treten wettbewerbserschwerende branchenspezifische Faktoren hinzu. Diese sind z. B. Tarifauseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche, masive und zentrale Angriffe auf die moderne Informationtechnik (Jobkiller, Überwachungsstaat, Dequalifizierung und Dehumanisierung).

Staat und Wirtschaft haben auf die technischen, wirtschaftlichen und wettbewerblichen Herausforderungen reagiert. So hat unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen BIT-Industrie und der Verbände die Bundesregierung eine Neuorientierung der Forschungsförderung vorgenommen. Im Bildungsbereich sind neue Signale gesetzt worden zur Förderung der informationtechnischen Grundbildung für alle. Die informationstechnische Industrie ist bereit, im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft, ihren Beitrag zu leisten. Die von VDMA und ZVEI gemeinsam ins Leben gerufene Förderungemeinschaft „Computer und Bildung" ist nur ein Beispiel für das Engagement der Privatwirtschaft.

Zur Stärkung der Wettbewerbsposition der deutschen BIT-Industrie sowie der Wirtschaft insgesamt, müssen die produktivitätssteigernden Effekte der neuen Informationstechnologien genutzt werden. Herausgefordert sind insbesondere die mittelständischen Unternehmen der deutschen Wirtschaft, die in ihrer Flexibilität, Dynamik und Innovationskraft die besten Voraussetzungen mitbringen, mit breitgefächertem Know-how die neuen Technologien in alle Produktbereiche zu tragen. Das trifft ebenso für die neuen Informationstechnologien zu wie für Basistechnologien aus anderen Bereichen. Die rasche Umsetzung neuer Technologien ist immer noch Kennzeichen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und wird dazu beitragen, daß der Begriff „Made in Germany" auch in Zukunft einen hervorragenden Ruf auf den internationalen Märkten haben wird.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover.

ALLIANZ

Änderung der Konzernstruktur

dpa/VWD, München

Die Allianz Versicherungs-AG, München, will ihre Konzernstruktur ändern. Wie ein Firmensprecher auf Anfrage bestätigte, werden derzeit entsprechende Überlegungen angestellt. Allerdings könne „über das Wie und Wann" noch nichts mitgeteilt werden. Auch der Vorstand des größten deutschen Versicherungskonzerns war noch zu keinem Kommentar bereit. Die Kurse der Allianz-Aktie waren an der Börse in letzter Zeit stark angestiegen.

Berichten zufolge ist bei der Umstrukturierung offenbar eine klare Trennung der Sparten im Gespräch. Eine Realteilung sei jedoch nicht vorgesehen. Eine völlige Trennung von Versicherungsgeschäft und Vermögensanlagen erscheine schon aus rechtlichen Gründen kaum möglich. Der Schwerpunkt des Konzerns werde auch künftig eindeutig im Versicherungsbereich liegen. Bei ihren Beteiligungen bekenne sich die Allianz zum Grundsatz der Streuung, um sich nicht auf wenige Branchen zu konzentrieren.

TORFWIRTSCHAFT / Mit Moorschutz arrangiert

Abbauanträge nehmen zu

DOMINIK SCHMIDT, Nienburg

Einen deutlichen Anstieg der Anträge zum Abbau von Torf verzeichnet das dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung angegliederte Bodentechnologische Institut in Bremen. Professor Herbert Kuntze, Leiter des Instituts, sieht die Ursache dafür in der Praxis der genehmigenden Umweltschutzbehörden, derzeit noch laufende Abbaugenehmigungen zu befristen. Seit dem Inkrafttreten des Bodenabbaugesetzes im Jahre 1972 seien inzwischen rund 10 000 Hektar, die für den Abbau freigegeben waren, gestrichen worden; das entspricht der Hälfte der zur Weitergenehmigung anstehenden Flächen. Nach den Worten Kuntzes sind 1983 etwa 60 neue Abbauanträge gestellt worden. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 dagegen seien bereits gut 80 solcher Anträge eingegangen. Die Ablehnungsquote liege bei 10 Prozent.

Mit dem 1982 wirksam gewordenen Niedersächsischen Moorschutzprogramm – auf Niedersachsen *entfallen* rund 90 Prozent der deutschen Torfproduktion – hat sich die Torfwirtschaft weitgehend arrangiert. Negative Auswirkungen, so der Geschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Torfindustrie, Hartmut Falkenberg, ergeben sich weniger für die Gewinnungsindustrie, sondern eher für die Grundstückseigentümer der meist landwirtschaftlich genutzten Hochmoore. Jeweils ein Drittel der abbaufähigen Torfgebiete befinden sich im Besitz der öffentlichen Hand, der Torfindustrie und privater Personen.

Im Rahmen des Moorschutzprogramms kommt der Regeneration der Moore erhebliche Bedeutung zu. Auf diesem Gebiet sind bereits erste Erfolge zu verzeichnen, wie ein seit 1975 laufender Moorregenerationsversuch im Lichtenmoor bei Nienburg zeigt. Dabei geht es um die Wiedervernässung teilabgetorfter Flächen als Voraussetzung für die Anpflanzung moortypischer Pflanzen. Für Kuntze ist dieses Beispiel ein Beweis dafür, *daß Naturschutz, wenn er gestaltenden* Charakter besitzt, durchaus vereinbar ist mit dem weiteren Abbau von Torf.

Nach Angaben der Torfwirtschaft werden in der Bundesrepublik jährlich rund 6 Mill. m³ Weißtorf und 5 Mill. m³ Schwarztorf gewonnen. Das entspricht einem Umsatz von etwa 350 Mill. DM. Auf diesem Niveau werde sich auch der Umsatz im laufenden Jahr halten. Die Branche wird von 150 Klein- und mittelständischen Betrieben repräsentiert. Die Werke, in denen 4000 Menschen beschäftigt werden, sind auf Niedersachsen und auf Bayern konzentriert.

Die genutzte Abbaufläche von 35 000 Hektar entspricht nur einem Bruchteil der gesamten Hochmoore in der Bundesrepublik (355 000 Hektar). Industriell verwertet werden dürfen nur Torffelder mit einer Mächtigkeit von mindestens 30 Zentimetern. Die durch Grundwasser entstandenen Niedermoore (515 000 Hektar) sind für die Torfgewinnung nicht relevant.

Aktuelle Existenzprobleme gibt es für die Betriebe der deutschen Torfwirtschaft nicht. Die Erschöpflichkeit der Reserven indes zeichnet sich bei gleichbleibendem Abbautempo in einigen Jahrzehnten ab. Nach offiziel*len Angaben verfügt die* Bundesrepublik über abbaufähige Vorräte von 0,8 Mrd. m³ und 1,3 Mrd. m³ Schwarztorf.

Vor diesem Hintergrund bemüht sich die Torfwirtschaft, die verfügbaren Torfreserven durch Beimischung von Teil- und Vollsubstituten zu strecken. Dabei gebe es aber Grenzen, weil Ersatzstoffe, zum Beispiel Baumrindenhumus, den Torfbedarf weder qualitativ noch mengenmäßig ersetzen können. Dies gelte für die Gemüse- und Zierpflanzenerzeugung, für die Gesunderhaltung der Böden, für die Herstellung von Aktivkohlefiltern und für den Einsatz in Heilbädern.

NAMEN

Christian Roth, wurde zum Vorstandsvorsitzenden der Bilfinger + Berger Bau-AG, Mannheim, ernannt. **Harry Bobsin** scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus.

Leutfried Karenberg, Mitglied der Geschäftsführung der DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln, feiert am 25. Oktober den 60. Geburtstag.

Dr. **Manfred Rünneberger** wurde zum 1. Oktober 1984 und Prof. Dr. **Alfred Stroppel** wird zum 1. Januar 1985 neben Dr. **Heinz Ahrens** zu weiteren Geschäftsführern der Xaver Fendt & Co. Maschinen- und Schlepperfabrik, Marktoberdorf, bestellt.

Reinhold Dähne und **Karl-Helmut Ronde** bilden nach dem Wechsel von **Karl Mahlert** in den Aufsichtsrat, und dem Ausscheiden von **Hubertus Laddach**, den Vorstand der Gestra AG, Bremen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Für neue Berufe

Berlin (tb.) – Eine „Gesellschaft für neue Berufe" (GNB), die im April 1985 ihre Arbeit mit Kursen auf den Gebieten Kommunikationstechnik sowie Marketing und Vertrieb aufnehmen soll, ist in Berlin gegründet worden. Gesellschafter sind Siemens, Nixdorf sowie die Berliner Gesellschaft für Prozeßsteuerungs- und Informationssysteme (PSI). Der Berliner Senat unterstützt die GNB in den ersten fünf Jahren mit 7 Mill. DM. Die Gesellschaft wendet sich an Hochschulabsolventen für Nachrichtentechnik, Informatik sowie Volks- und Betriebswirtschaft.

Umsatzplus bei Welle

Paderborn (hdt.) – Bei einem erwarteten *Plus* von *9 Prozent* wird der Gesamtumsatz der Welle Möbel-Gruppe, Paderborn, 1984 erstmalig die 700-Mill.-DM-Grenze überschreiten. Rund 30 Prozent der Produktion geht in den Export. Neben einer Niederlassung in Japan werden Ver*kaufsstützpunkte in Australien und* Singapur aufgebaut. Die Gruppe beschäftigt weltweit rund 3800 Mitarbeiter und investiert im laufenden Jahr 20 Mill. DM. Für die nächste Zukunft wird mit einer Preiserhöhung von drei bis vier Prozent gerechnet, die im Polstermöbelbereich noch höher ausfallen dürfte.

Oppenheim in New York

Düsseldorf (Py.) – Die Person Sal. Oppenheim Inc. nimmt in New York ihre Geschäftstätigkeit als Berater nordamerikanischer institutioneller Kunden für den deutschen, holländischen und schweizerischen Wertpapiermarkt auf. An der neugegründeten Gesellschaft sind die Bankhäuser Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln und Pierson, Heldring & Pierson N. V., Amerslam, sowie die Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich, beteiligt.

Speditionen kooperieren

Düsseldorf (dpa/VWD) – Mit dem Ziel, sich gegen die größere Konkurrenz besser behaupten zu können, haben sich zwölf mittelständische deutsche Speditionsunternehmen in einer engen Kooperation zusammengefunden. Sie *gründeten in Düssel*dorf die Gesellschaft mittelständischer Dienstleistungsbetriebe für Transport und Service mbH (Gemid), die der verladenden Wirtschaft komplette Dienstleistungspakete anbieten will. Die Gemid arbeitet mit 24 Betriebsstellen und 780 Mitarbeitern in der Bundesrepublik. Der Zusammenschluß verfügt über 150 Konzessionen, 340 Motorwagen und Zugmaschinen, über 700 Anhängern, Aufliegern, Wechselbehältern sowie EDV.

Honda noch nicht aus dem Verlust

dpa/VWD, Offenbach

Trotz eines deutlichen Verlustabbaus ist die Honda Deutschland GmbH, Offenbach, noch nicht aus den roten Zahlen. Nach der Pflichtveröffentlichung konnte der Jahresfehlbetrag 1983 bei einem mit 748,4 (755,0) Mill. DM leicht rückläufigen Gesamtumsatz auf 15,8 (49,6) Mill. DM reduziert werden. Einschließlich der Verlustvorträge aus den Vorjahren wird ein Bilanzverlust von 88,0 (72,3) Mill. DM ausgewiesen.

Ein Honda-Sprecher führt die Verlustentwicklung vor allem auf die in den letzten Jahren eingetretene Wechselkursverschiebung zurück. Die Yen-Stärke habe durch Verteuerung der Einkäufe in Japan die Ertragslage der deutschen Honda-Tochter ebenso belastet wie der scharfe Wettbewerb am deutschen Markt.

Bei Motorrädern wurde Honda – wie die übrige japanische Konkurrenz – vom Absatzeinbruch voll getroffen. Trotz des Rückgangs der Neuzulassungen der Klasse ab 125 ccm in den ersten neun Monaten auf 31 500 (47 700) Einheiten konnte Honda mit einem Marktanteil von 33 Prozent seine Spitzenposition noch behaupten. Dagegen stiegen die Neuzulassungen bei Honda-Pkw um 24 Prozent auf 31 142.

CHINA-HANDEL / SMS-Chef Weiss sieht stetig starke Zuwachsraten kommen – Walzwerksauftrag ist „perfekt"

Ein munteres Wachstumsland auch beim Stahl

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mitunter bringt die Statistik den Erkenntnisblitz für jedermann. Anno 1982 war's der Fall, als die industriell schwach entwickelte Volksrepublik China mit ihren 37 Mill. t Rohstahlausstoß *erstmals die im alten Europa* führende deutsche Stahlindustrie vom vierten auf den fünften Platz in der Weltrangliste aller großen Stahlländer verdrängte. Das war kein Zufall. In 1983 wuchs der in Deutschland praktisch stagnierende Bedarf in China weiter auf 48 Mill. t Rohstahl und wurde bereits zu 40 Mill. t aus der Landesproduktion gedeckt. Diese soll sich bis zum Jahr 2000 ungefähr verdoppeln.

Für Heinrich Weiss, den Vorstandsvorsitzenden der SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf/Hilchenbach, der auch den Vorsitz im China-Arbeitskreis beim Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft hat, ist solches Schlaglicht auf den Strukturwandel der Welt-Stahlindustrie zugunsten junger Produktionsländer der Dritten Welt für's eigene Haus von höchst erfreulicher Aktualität. Im Reisetross des Bundeskanzlers, *dem er bei die*ser Gelegenheit ein „von unseren Kanzlern seit Jahrzehnten nicht erlebtes" Verständnis für deutsche (und für unsere Volkswirtschaft lebenswichtige) Exportinteressen attestierte, kam der Chef des wohl weltweit größten Unternehmens im Walzwerkbau aus China mit einem Bombenerfolg zurück.

Für die zweite (und größere) Aufbaustufe des Baoshan-Hüttenwerkes bei Schanghai wird SMS nach bislang mündlicher (nach seiner festen Überzeugung aber nicht mehr umkehrbarer) Zusage der Chinesen auch die große Warmbreitbandstraße für 1,34 Mrd. DM als Führer eines fast nur deutschen Konsortiums liefern. Baoshan II, bis 1990 voll betriebsbereit, wird dann mit seinen 4,2 Mill. Jato Flachprodukten die Gesamtkapazität dieser Hütte auf reichlich 7 Mill. Jato Walzstahl bringen.

Ein Erfolg, der nach Kampf mit der japanischen Konkurrenz zwar erst mit dickem Preisabschlag in quasi letzter Minute zustande kam und für SMS (mit gut 500 Mill. DM Eigenanteil an diesem Investitionsbrocken) kein Gewinnauftrag bei Vollkostendeckung ist. Aber der „Deckungsbeitrag" zu den Gemeinkosten aus Konstruktion und Produktion ist denn doch so groß, daß das ferne China bei den Siegerländer SMS-Werkstätten Positives bewirkt. Der wegen weltweit dürftigsten Anfalls neuer großer Stahlwerksaufträge bereits angelaufene Personalabbau um ein Fünftel wurde bei der Hälfte (und nun noch 3000 SMS-Beschäftigten) gestoppt und braucht zumindest zwei Jahre lang keine Wiederbelebung.

Der China-Handel, betont Weiss aus solchem Anlaß, derzeit in der Summe von deutschem Export und Import nach stetigem Wachstum bei 5 Mrd. DM pro Jahr angelangt, werde künftig sicherlich mit einer Jahresrate von 10 bis 20 Prozent wachsen. Zwar wüßten da Konzerne (voran Mannesmann als langjährig größter deutscher China-Exporteur) längst ihre Chancen auch im Hinblick auf die in der Deng-Ära akute „Öffnung zu mehr Marktwirtschaft" zu nutzen. Aber ein Defizit sieht Weiss auch. Auch mit dem jungen VW-Projekt gebe es erst drei Joint-ventures deutscher Unternehmen – ein Mehrfaches davon aber bei der japanischen und amerikanischen Konkurrenz.

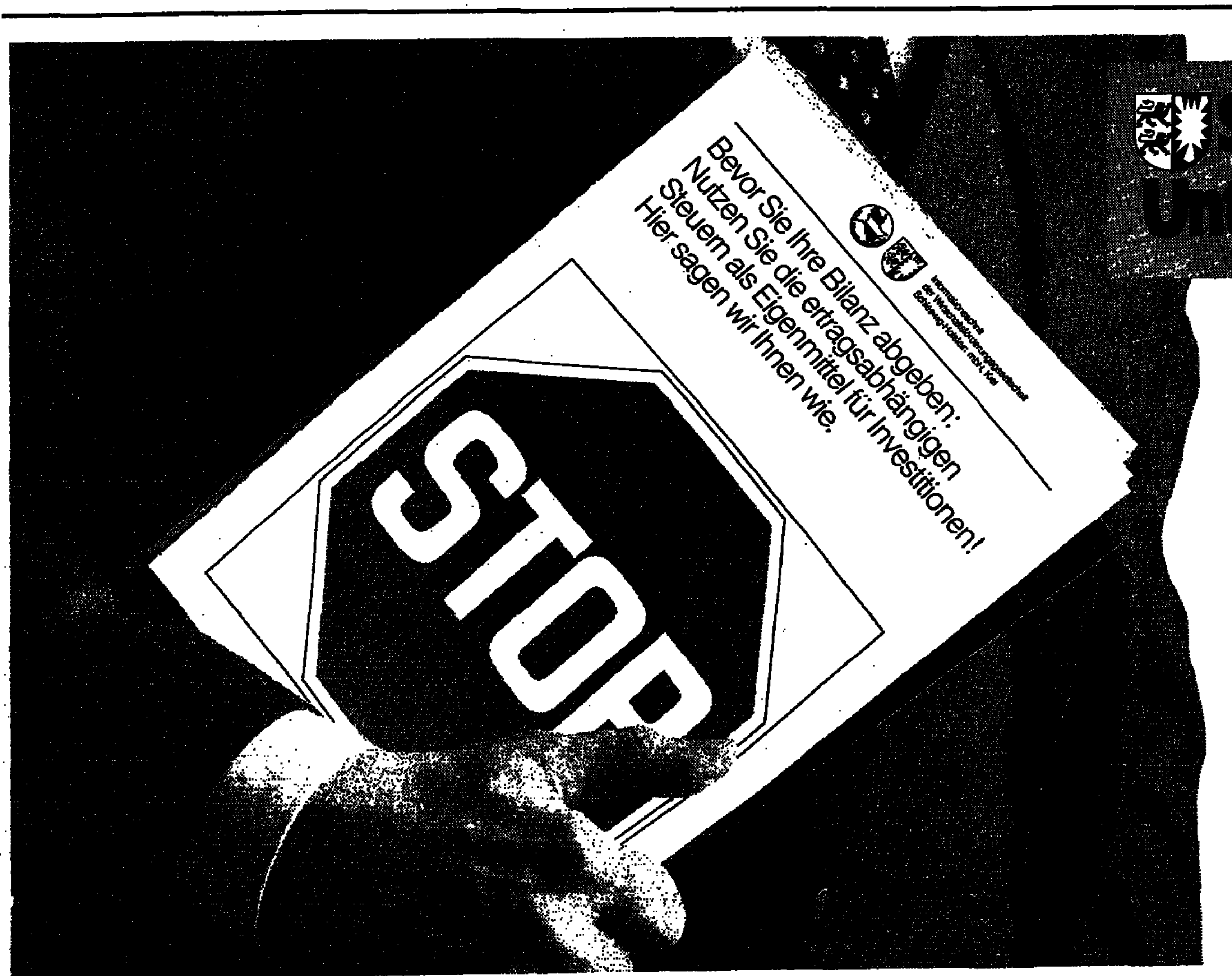
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Darmstadt: Schwinn Verarbeitungsgesellschaft für Chemische Baustoffe mbH, Mühltal 3; **Donauwörth:** Nachl. d. Rudolf Grundstein, Neuburg/Donau; **Duisburg:** Nachl. d. Maria Kleinberg, Mülheim; **Hamburg:** Reifen-Kahnes GmbH; **Köln:** Petra Margarete Block; **Oldenburg:** MZA Metall-Montage GmbH; **Tübingen:** Traco GmbH, Gomaringen; **Wuppertal:** Nachl. d. Rolf Klemp.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Theodor Weber, Nürtingen 10.

Konkurs beantragt: Offenburg: A. Joggerst Bauunternehm. GmbH & Co.

Vergleich eröffnet: Schweinfurt: Kaufhaus Wilhelm Kretzschmar GmbH & Co. KG.



Gewinnmitnahmen bei den Aktien

Kursrückschlag bei Allianz Versicherung

DW. – Nachdem die deutschen Aktienkurse zwei Börsentage lang auf ihrem neuen Gipfel verharrt hatten, kam es am Dienstag in zahlreichen Spitzenpapieren zu Gewinnmitnahmen. Da aber zu weichenden Notierungen wieder Kaufbereitschaft aufkam, hielten sich die Abschläge überall in überschaubaren Grenzen. Stärker unter Druck lagen lediglich die Kurse der Allianz Versicherung, die in den zurückliegenden Wochen wegen der in der Diskussion befindlichen Neuordnung der Gruppe spekulativ gekauft worden waren.

Kursverluste aus Gewinnmitnahmen gab es überall dort, wo die Notierungen in letzter Zeit überdurchschnittlich heraufgesetzt worden waren. Das bekamen besonders Papiere wie Siemens, Deutsche Bank, Daimler und auch VW zu spüren. Positionslösungen gab es zwar auch in den Titeln der Großchemie, doch verursachten sie hier lediglich Kurseinbußen bis zu 2,50 DM. Das Niveau wird durch Renditeerwartungen abgestützt. Die spekulativen Meinungskäufe bei Klöckner, wegen der Fusion mit Krupp, wurden ebenfalls durch Gewinnmitnahmen abgelöst. Die Notiz der BCT-Aktien wurde ausgesetzt, weil kaum noch Aussicht bestehen soll, das Geld der Aktionäre zu retten.

Düsseldorf: Rheag verloren 12 DM, Kochs Adler 8 DM und Aseag, Leffers und Pegulan St. je 5 DM. Erhöht haben AEG Kabel Rheydt um 10 DM, Audi NSU um 14 DM und Deutsche Atlanten um 5 DM. Hein. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 8 DM, Allianz Leben 20 DM und Allianz Vers. 17 DM.

Frankfurt: Dywidag gaben um 5,30 DM und Eichbaum Brauerei um 5 DM nach. Frankfurter Hypo stockten um 16 DM und Reichelbräu um 10 DM auf. Seitz Enzinger verminderten um 3,80 DM und Lahmeyer um 8 DM. Sinner verbesserten sich um 10 DM und Veith Pirelli um 5 DM.

Hamburg: NWK-Vz. mußten um 2 DM zurückgenommen werden. HEW konnten sich bei 85 DM behaupten. Phoenix Gummi wurden mit 121 DM gehandelt. Bremer Vulkan gingen unverändert zu 65 DM um. Markt und Kühlhallen mußten mit 336 DM bezahlt werden. Vereins- und Westbank gaben um 1 DM auf 295 DM nach.

München: Agrob St. AG erhöhten um 4 DM und Audi NSU um 5 DM. Leonische Draht verbesserten sich um 5 DM und Süd Chemie um 1 DM. Nachgegeben haben Bay. Lloyd um 3 DM auf 270 DM und Deckel AG um 2 DM auf 148 DM. Flachglas und Gehe AG verloren je 0,50 DM. Spinnerei Kolbermoor gaben um 25 DM nach.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 5 DM höher taxiert. Herlitz Vz. und Kempinski lagen um je 1,50 DM freundlicher. Rheinmetall büßten 8 DM und DeTeWe 5 DM ein. Berthold gaben um 2,50 DM, Berliner Kindl um 2,30 DM, Berliner Bank um 2 DM und Schering um 1 DM nach.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 158,6 (159,8)
WELT-Umsatzindex: 2610 (3450)

Amsterdam

	23. 10.	22. 10.
ACF Holding	190	189
Aegon	132,5	134
Akzo	102,1	101
Alg. Bk. Nederl.	353	352,5
Amev	188	188,5
Amro Bank	67,8	68,6
Berkel's Patent	42,6	43
Bijenkorf	31,4	31
Lucas Bols	103,5	103,5
Bredero	155	155
Bührmann	68,3	68,5
Credit Lyonnais Bk. N	62,5	62
Desseaux	74	75,4
Fokker	67,1	67
Gist Brocades	170	170
Océ-v. d. Grinten	271,5	270,5
Hoogovens	43	42,5
Heineken Bierbr.	143,9	142,3
KLM	43,6	44,1
Kon. Hoogoven	66	66,9
Nationale Ned.	242,5	242,5
Ned. Lloyd Groep	155	154
van Ommeren	29,8	29,8
Pakhoed	60	60,5
Philips	55,9	56,4
Rijn-Schelde	1,49	1,6
Robeco	68,8	69,3
Rolinco	65,2	66
Royal Dutch	168	168,3
Unilever	312,5	315,4
Ver. Masch.	132	132,5
Volker Stevin	27,5	27,1
Westland Utr. Hyp.	105	107
Index: ANP/CBS	142,50	142,60

Tokio

	23. 10.	22. 10.
Alps	2390	2420
Bank of Tokyo	–	485
Banyu Pharma	1020	911
Bridgestone Tire	575	561
Canon	1660	1670
Daikin Kogyo	480	465
Daiwa Sec.	538	535
Daiwa House	515	513
Eisai	1398	1398
Fuji Bank	1030	1020
Fuji Photo	1680	1710
Hitachi	980	918
Honda	1320	1380
Ikegai Iron	460	473
Kansai El. P.	1160	1190
Kao Soap	825	827
Kirin Brewery	535	534
Komatsu	441	444
Kubota Iron	320	328
Matsushita El. Ind.	1680	1750
Matsushita El. Wks.	637	635
Mitsubishi El.	422	430
Mitsubishi H. I.	251	255
Nikko Sec.	519	510
Nippon El.	1320	1340
Nippon St.	151	153
Nomura Sec.	732	750
Pioneer	2480	2420
Ricoh	1060	1090
Sankyo	988	990
Sanyo Electric	521	522
Sharp	1150	1160
Sony	4018	4140
Sumitomo Bank	1150	1160
Sumitomo Marine	490	495
Takeda Chem.	838	850
Teijin	408	406
Tokio Marine	650	655
Tokyo El. Power	1240	1260
Toray	419	420
Toyota Motor	1350	1390
Index	851,95	856,49

Zürich

	23. 10.	22. 10.
Alusuisse	738	741
dgl. NA	255	259
Bank Leu	3675	3675
Brown Boveri	1520	1520
Ciba Geigy Inh.	2470	2470
Ciba Geigy Part.	1950	1945
Elektr. Watt	2530	2530
Fischer Inh.	645	650
Globus Part.	585	585
H. La Roche 1/10	9500	9500
Holderbank	731	734
Jacobs Suchard Inh.	6175	6125
Italo-Suisse	166	166
Jelmoli	1830	1850
Landis Gyr	1520	1500
Mövenpick Inh.	3575	3550
Motor Columbus	821	825
Nestlé Inh.	5290	5290
Oerlikon-Bührle	1285	1280
Sandoz NA	2500	2500
Sandoz Inh.	7150	7150
Sandoz Part.	1108	1110
Saurer	202	202
Schw. Bankges.	3485	3405
Schw. Bankverein	346	348
Schw. Kredit	2235	2245
Schw. Rückv. Inh.	7575	7575
Schw. Volksb. Inh.	1485	1490
Sika -B-	2700	2750
Sulzer Partizip	298	294
Swissair	1028	1035
dgl. NA	840	845
Winterthur Inh.	3520	3510
Winterthur Part.	2990	3000
Zür. Vers. Inh.	17500	17575
Ind.: Schw. Kred.	311,60	311,80

Madrid

	23. 10.	22. 10.
Banco de Bilbao	345	346
Banco Central	355	357
Banco Esp. Cred.	360	360
Banco Hisp. Am.	238	232
Banco Popular	394	388
Banco de Santander	326	328
Banco de Vizcaya	440	434
Cros	–	–
Dragados	164	158,5
El Aguila	210	–
Esp. del Zink	207	–
Esp. Petroleos	150,5	144
Fenix	420	–
Fecsa	64,5	63
Hidroelectr. Esp.	74,5	73,25
Iberduero	84	83
S. E. A. T.	–	–
Sevillana de El.	68,75	77,25
Telefonica	96	96
Union Electrica	67,75	66
Union Explosivos RT	37,75	36,5
Urbis	63	60
Vallehermoso	54	55
Index	145,09	144,32

Paris

	23. 10.	22. 10
Air Liquide	558	556
Alsthom Atlant.	183	181,9
Beghin-Say	310	305
BSN-Gerv.-Danone	2565	2554
Carrefour	1698	1710
Club Méditerranée	1049	1052
Franc Petrol B	228	–
Elf-Aquitaine	251	253,5
Gal. Lafayette	295	290
Hachette	1725	1725
Imetal	85,9	87
Lafarge	375	378
Locafrance	317	312
Machines Bull	33,6	32,95
Michelin	860	869
Moët-Hennessy	1799	1820
Moulinex	95,4	95,1
L'Oréal	2483	2495
Penarroya	64,5	64,5
Pernod-Ricard	756	750
Perrier (Source)	507	508
Peugeot-Citroën	201	199,5
Printemps	145,2	145,1
Radio Techn.	221	220,6
Redoute à Roubaix	1200	1200
Schneider	–	–
Sommer Allibert	474	480
Thomson C. S. F	380	387
Usinor	2,44	2,38
Index: INSEE	– 0	117,8

Wien

	23. 10.	22. 10.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	211
Gösser-Brauerei	327	327
Länderbank Vz.	214	214
Österr. Brau AG	318	320
Perlmooser	353	351
Reininghaus	413	412
Schwechater Br.	169	169
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	148	148
Universale Hoch Tief	211	215
Veitscher Magnesit	252	245
Index	56,74	56,72

Kopenhagen

	23. 10.	22. 10.
Den Danske Bank	266	261
Jyske Bank	474	449
Kopenh. Handelsbk.	271	266
Novo Industri	269	271
Privatbanken	245	240
Ostasiat. Komp.	176	180
Dan. Sukkerfabr.	570	565
For. Bryggerier St.	755	740
Kgl. Porc. Fabr.	305	300

Brüssel

	23. 10.	22. 10.
Arbed	1815	1795
Brux. Lambert	2345	2345
Cockerill Ougrée	294	305
Ebes	2890	2870
Gevaert	3820	3775
Kredietbank	7510	–
Petrofina	7410	7390
Soc. Gén. d. Belg.	1885	1880
Sofina	7780	7640
Solvay	4465	4465
UCB	5410	5420
Index	145,20	–

Hongkong

	23. 10.	22. 10.
China Light + P.	15,30	15,30
Hongkong Land	3,25	3,22
Hongk. + Sh. Bk.	6,75	6,80
Hongk. Teleph.	45,50	45,50
Hutch. Whampoa	14,50	14,40
Jard. Matheson	7,65	7,90
Swire Pac. + A +	19,48	19,40
Wheelock + A +	3,67	3,72

Singapur

	23. 10.	22. 10.
Cycle + Car.	Geschlossen	3,00
Cold Storage		3,00
Dev. Bk. of Sing.		4,55
Fraser + Neave		5,35
Kl. Kepong		2,54
Mal. Banking		8,35
Nat. Iron		3,96
OCBC		9,50
Sime Darby		2,00
Singapur Land		3,54
Un. Overs. Bank		4,70

Sydney

	23. 10.	22. 10.
ACI	1,88	1,85
Ampol. Explor.	2,68	2,65
Westpacific Banking	3,82	3,87
Bridge Oil	2,36	2,40
Brok. Hill. Prop.	10,10	10,10
Coles	4,15	4,17
CRA	4,76	4,80
CSR (Theiss)	3,00	3,01
Metals Expl.	0,57	0,50
MIM-Holdings	2,54	2,56
Myer Emporium	1,78	1,85
North Broken Hill	2,52	2,56
Oakbridge	0,78	0,78
Peko Wallsend	5,14	5,18
Poseidon	3,00	3,15
Thomas Nat. Tr.	1,89	1,90
Waltons Bond	0,30	0,31
Western Mining	2,95	3,00
Woodside Petr.	1,16	1,18
Index	741,20	745,40

Optionshandel

Frankfurt: 23. 10. 84: 1422 Optionen = 70 450 (83 150) Aktien, davon 224 Verkaufsoptionen = 12 850 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-80/21,8, 1-85/17,2, 1-100/13,1, 1-110/5,5, 1-120/3,1, ... [illegible] ... (1. Zahl Verfallmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10⅛	5⅝–5¾	5½–5⅝
3 Monate	10⅛–10½	5¾–6	5¼–5⅝
6 Monate	10⅜–10⅝	5¾–6	5¼–5⅝
12 Monate	10½–10⅞	5¾–6	5¼–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1848,80
10 US-Dollar (Indian)**)	865,00	1032,50
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	237,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1058,00	1246,02
Maple Leaf	1058,00	1246,02
Platin Noble Man	1023,00	1206,12
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	239,00	299,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	189,00	239,40
20 franz. Franken „Napoléon"	188,00	238,26
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1178,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	108,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	451,00	554,04
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

23. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	3,0578	3,0658	3,0301	3,01	3,10
London1)	3,681	3,695	3,647	3,61	3,76
Dublin1)	3,086	3,100	3,042	3,76	3,91
Montreal3)	2,3214	2,3294	2,2807	2,26	2,38
Amsterd.	88,525	88,745	88,075	87,25	89,75
Zürich	121,350	121,550	121,50	120,00	122,75
Brüssel	4,933	4,953	4,882	4,80	5,00
Paris	32,515	32,675	32,165	31,71	33,50
Kopenh.	27,600	27,720	27,34	26,30	28,25
Oslo	34,400	34,520	33,96	33,50	35,25
Stockh.**)	35,020	35,180	34,61	34,25	36,00
Mailand2) **)	1,608	1,618	1,572	1,57	1,67
Wien	14,211	14,251	14,178	14,15	14,35
Madrid**)	1,772	1,782	1,74	1,72	1,84
Lissabon**)	1,870	1,890	1,769	1,56	2,35
Tokio	1,2440	1,2470	–	1,20	1,28
Helsinki	47,880	48,030	46,93	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4110	2,4880	–	1,60	2,40
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5530	2,5720	–	2,50	2,60
Johannesbg.*)	1,6945	1,7125	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die sich gestern andeutende Zinserhöhung für US-Dollar fand nicht statt, als die FED kein Interesse zeigte bei Tagesgeldsätzen von unter 10 Prozent restriktiv einzugreifen. Daraufhin schloß der Dollar-Kurs am 23. 10. bei 3,07 in Amerika und unterschritt diese Basis nochmals in Europa. Der in der Höhe nicht erwartete Rückgang der Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter von 4,3 Prozent für September, setzte am frühen Nachmittag den Punkt für eine Abgabwelle, die den Kurs zeitweise auf 3,07 zurückfallen ließ. Die Bundesbank glich zur amtlichen Notiz von 3,0618 eine Spitzennachfrage von 4,4 Millionen US-Dollar aus. Bei den übrigen Währungen überwogen der Dollar-Notiz folgend Kursverluste. US-Dollar in: Amsterdam 3,444; Brüssel 61,83; Paris 9,3755; Mailand 1898,80; Wien 2150,40; Zürich 2,5210; Ir. Pfund/DM 3,093; Pfund/Doll. 1,2045; Pfund/DM 3,688.

Ostmarkkurs am 23. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,30; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Nachdem bereits zur Eröffnung geringe Deports für Dollar vorhanden waren, setzte sich diese Tendenz am Nachmittag des 23. Oktobers nach den Aufträgen für langlebige Wirtschaftsgüter verstärkt fort.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,24/1,14	3,39/3,29	6,50/6,35
Pfund/Dollar	0,06/0,03	0,06/0,03	0,09/0,14
Pfund/DM	2,20/0,80	4,70/3,30	8,10/6,70
FF/DM	22/8	48/32	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 10.: Tagesgeld 5,55–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 23. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,66) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,40, 2 Jahre 6,24. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,50, Rendite 6,88.



Um Branchenrenner zu werden,
muß man Branchenkenner sein.

Mit umfangreichen Branchenpaketen beweisen die TA 1600 Bürocomputer ihre Leistungsfähigkeit täglich aufs neue.

Flexibel, ausbaufähig und mit hoher Rechnerkapazität bewähren sich diese mehrplatz- und dialogfähigen Computer der TA 1600-Serie in zahllosen mittelständischen Unternehmen, in Verwaltungen und bei Behörden.



Die deutsche Leistung –
dahinter steht eine qualifizierte Beratung.

Warenpreise – Termine

Bruchteilig schwächer schlossen am Montag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Gegenüber dem Freitag unverändert ging Silber aus dem Markt. Knapp behauptet notierte Kaffee. Durchweg fester wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	22. 10.	19. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	356,25	352,00
März	360,50	358,00
Mai	357,50	354,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	22. 10.	19. 10.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	240,22	241,22
Amber Durum	252,07	253,52
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	138,50	138,50
Dez.	141,50	141,60
März	147,50	148,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,00	122,10
Dez.	123,10	123,00
März	126,20	125,90
Hafer Chicago (c/bush)	22. 10.	19. 10.
Dez.	180,00	181,00
März	180,00	180,75
Mai	177,00	177,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	276,00	278,50
März	283,25	285,25
Mai	288,75	291,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 10.	19. 10.
Okt.	139,50	140,00
Dez.	131,10	132,20
März	133,80	134,00

Genußmittel

	22. 10.	19. 10.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	135,51	135,60
März	134,20	134,20
Mai	133,10	133,75
Kakao		
New York ($/t)	22. 10.	19. 10.
Terminkontr. Dez.	2275	2130
März	2182	2160
Mai	2210	2185
Umsatz	1570	2410
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,02	5,44
März	5,55	5,92
Mai	5,85	6,22
Juli	6,13	6,49
Sept.	6,42	6,82
Umsatz	18 065	9 255
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,82	4,81
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	22. 10.	19. 10.
Kontrakt Nov.	2556–2560	2550–2554
Jan.	2364–2367	2367–2368
März	2276–2279	2275–2276
Umsatz	1763	2236
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1950–1952	1950–1951
März	1910–1912	1914–1916
Mai	1918–1919	1919–1920
Umsatz	3190	1417
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	136,80–137,00	142,00–142,60
März	152,80–153,00	158,00–158,20
Mai	159,00–159,80	164,40–164,60
Umsatz	3542	2083
Pfeffer	22. 10.	19. 10.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	457,50	457,50
weißer Sarawak	722,50	722,50
weißer Montok	730,00	730,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	22. 10.	19. 10.
Nov.	164,85	165,25
Jan.	168,20	168,80
März	168,55	168,90
Mai	168,50	168,50
Juli	168,30	168,45
Umsatz	500	750

Öle, Fette, Tierprodukte

	22. 10.	19. 10.
Erdnußöl		
New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	37,60	36,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,00	29,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	29,55	29,80
Dez.	25,65	26,85
Jan.	25,80	26,05
März	25,20	25,35
Mai	25,00	25,20
Juli	24,75	25,10
Aug.	24,60	24,60
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	31,00	32,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,50	20,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	46,70	45,80
Febr.	48,70	47,90
April	46,25	46,25
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	63,65	62,45
März	63,50	62,40
Mai	65,40	63,50
Häute		
Chicago (c/lb)	22. 10.	19. 10.
Ochsen einh. schwere		
River Northern	60,00	61,00
Kühe einh. schwere		
River Northern	55,00	56,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	623,00	631,00
Jan.	634,00	643,00
März	649,00	655,00
Mai	663,00	668,00
Juli	653,50	675,00
Aug.	657,00	675,00
Sept.	671,00	683,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Okt.	154,80	153,80
Dez.	157,00	158,30
Jan.	160,00	161,50
März	166,00	167,90
Mai	171,20	173,50
Juli	175,50	177,00
Aug.	175,50	177,10
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	22. 10.	19. 10.
Okt.	352,00	351,00
Dez.	358,50	355,50
März	369,90	369,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	22. 10.	19. 10.
Westküste fob Werk	59,00	61,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	23. 10.	22. 10.
jegl. Herk. cif	840,00	840,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	595,00	605,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	620,00	625,00
Sojaöl		
Roterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	252,00	253,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1330,00	1130,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	290,00	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	22. 10.	19. 10.
Baumwolle		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	69,22	67,20
März	70,75	68,70
Mai	72,05	70,05
Juli	72,65	71,00
Okt.	71,00	70,00
Dez.	71,05	70,00
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	43,00	43,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	22. 10.	19. 10.
Okt.	515	515
Dez.	508–515	505–515
Jan.	509–513	509–513
Umsatz	8	43
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	22. 10.	19. 10.
Okt.	unerh.	unerh.
Dez.	unerh.	unerh.
März	unerh.	unerh.
Mai	unerh.	unerh.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	22. 10.	19. 10.
Okt.	569,0–570,0	570,0–572,0
Dez.	571,0–572,0	571,0–575,0
März	582,0–585,0	587,0–592,0
Umsatz	44	28
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	22. 10.	19. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	22. 10.	19. 10.
Okt.	13 200	13 200
Nov.	13 116	13 116
Kautschuk		
London (p/kg)	22. 10.	19. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,60–64,00	58,00–60,00
Nov.	57,00–60,00	58,00–60,00
Dez.	57,00–63,00	59,00–61,00
Jan.	58,00–63,50	61,00–63,00

Tendenz: geschäftslos

	22. 10.	19. 10.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Nov.	200,50–201,00	200,00–201,00
Dez.	201,50–202,50	201,00–202,00
Nr. 2 RSS Nov.	189,50–190,50	189,50–190,50
Nr. 3 RSS Nov.	186,00–187,00	186,00–187,00
Nr. 4 RSS Nov.	179,00–180,00	179,00–180,00
Tendenz: sehr ruhig		
Jute London (£/lgt)	22. 10.	19. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	23. 10.	22. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,66–127,85	125,58–125,76
drittfolg. Monat	130,25–130,43	127,79–127,97
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,59–237,96	236,03–236,40
drittfolg. Monat	235,74–235,93	233,63–233,82
Produz.-Preis	275,92	277,92
Reinzinn 99,9%	geschl.	4115–4156

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23. 10.	22. 10.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	391,67–393,52	392,59–394,43
Blei in Kabeln	135,25–136,25	133,25–134,25
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Randbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	23. 10.	22. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	381	381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427–428	425–430
MS 63	408–411	408–413

Zinn-Preis Penang

	22. 10.	19. 10.
Straits-Zinn		
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23. 10.	22. 10.
Leg. 225	360–363	360–363
Leg. 226	362–365	362–365
Leg. 231	393–395	393–395
Leg. 233	403–405	403–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	23. 10.	22. 10.
Platin (DM je g)	35,00	35,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 000	34 000
Rücknahmepr.	33 250	33 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 170	34 180
Rücknahmepr.	33 320	33 310
verarbeitet	35 840	35 830
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 545	33 495
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	733,00	731,20
Rücknahmepr.	711,50	709,70
verarbeitet	785,20	783,30

Internationale Edelmetalle

	23. 10.	22. 10.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	339,40	338,00
15.00	340,00	338,40
Zürich mittags	339,50–340,00	337,80–338,30
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	102 750	102 450
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	601,80	601,35
3 Monate	617,10	616,50
6 Monate	631,85	630,70
12 Monate	663,95	652,50
Platin (£-Feinunze)		
London	22. 10.	19. 10.
fr. Markt	271,90	272,70
Palladium (£-Feinunze)		
London		
f. Händlerpr.	116,55	116,60

	22. 10.	19. 10.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	338,40	339,50
Silber H & H Ankauf	725,50	725,50
Platin fr. Händlerpr.	324,00–328,50	324,50–328,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	139,00–140,00	139,00–140,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	721,80	721,20
Dez.	724,10	724,10
Dez.	729,00	728,00
Jan.	736,30	736,30
März	748,00	748,00
Mai	762,10	762,10
Juli	775,30	775,30
Umsatz	13 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	22. 10.	19. 10.
Okt	55,35	55,55
Nov.	55,50	55,70
Dez.	56,05	56,30
Jan.	56,70	56,90
März	57,90	58,00
Mai	59,05	59,20
Juli	60,20	60,30
Umsatz	5 000	7 500

Londoner Metallbörse

	23. 10.	22. 10.
Aluminium (£/t)		
Kasse	856,00–857,00	862,00–863,00
3 Monate	881,00–881,50	887,00–887,50
Blei (£/t) Kasse	345,50–346,00	338,50–339,00
3 Monate	352,50–353,00	346,00–346,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1047,5–1048,0	1052,0–1052,5
3 Monate	1072,5–1073,5	1076,0–1076,5
abends Kasse	–	1051,0–1051,5
3 Monate	–	1076,5–1077,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1047,0–1048,0	1051,5–1052,0
3 Monate	1068,0–1069,0	1072,0–1074,0
Zink (£/t) Kasse	643,00–644,00	641,00–642,00
3 Monate	636,00–638,50	637,00–637,50
Zinn (£/t) Kasse	9635–9640	9630–9635
3 Monate	9625–9626	9610–9615
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–85

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer, Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Procheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

STELLENANGEBOTE

ESPRIT is looking for a few good sales representatives



Ab 1.1.85 können Sie loslegen, wenn Sie eine junge Frau sind, wenn Verkaufen für Sie kein Fremdwort, sondern eher Leidenschaft ist, wenn Sie modern, aufgeschlossen, modebewußt, spontan und ein bißchen ungewöhnlich leben, wenn Sie eigenverantwortlich und initiativ arbeiten wollen und über Verkaufserfahrung verfügen.

Dann bieten wir Ihnen nicht nur einen guten Job, sondern eine Herausforderung. Wir sind ein Unternehmen, das in Herstellung und Vertrieb modischer Oberbekleidung in Europa und den USA zu den führenden gehört.

Als unsere Angestellte wäre Ihr Einsatzort/Arbeitsplatz Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, München oder Hamburg.

Wäre das etwas für Sie?

Dann schicken Sie uns umgehend Ihre Kurzbewerbung mit Foto.



Att.: Jürgen Friedrich
Halskestr. 42-46
4030 Ratingen-Tiefenbroich

HANNOVER PAPIER

Wir sind ein bedeutendes Unternehmen der Papier erzeugenden Industrie in landschaftlich reizvoller Umgebung im norddeutschen Raum. Die Firmengruppe mit hohem Investitionsengagement beschäftigt ca. 1500 Mitarbeiter.

Für unsere Technische Abteilung mit den Bereichen technische Planung, Werkstätten sowie Dampf- und Kraftversorgung suchen wir einen qualifizierten

Oberingenieur

mit abgeschlossenem Hochschulstudium. Der Bewerber sollte über solides Grundlagenwissen verfügen und mehrjährige einschlägige Berufserfahrung nachweisen können.

Die Aufgabenstellung erfordert die Fähigkeit zur Führung und Motivierung eines erfahrenen Belegschaftsstammes von ca. 200 Mitarbeitern. Wir erwarten engagierten Arbeitseinsatz, Durchsetzungsvermögen, kostenbewußtes Denken und Flexibilität sowie Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit neuen Technologien.

Die Position als Hauptabteilungsleiter ist mit Prokura verbunden und der Bedeutung entsprechend dotiert.

Wenn Sie an dieser vielseitigen und anspruchsvollen Tätigkeit interessiert sind, bitten wir um Ihre schriftliche Bewerbung, die wir selbstverständlich vertraulich behandeln. Senden Sie Ihre aussagefähigen Unterlagen bitte an den Vorstand der

Hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau Aktiengesellschaft
Mühlenmasch 1, Postfach 1380, 3220 Alfeld (Leine), Telefon (0 51 81) 7 72 04

Advertising/Public Relations

German executive with experience in Europe and USA seeks new challenge. Diversified international background in advertising, public relations, financial planning, analysis, sales promotions, royalty and licensing agreements.
Chiffre P 10 609 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing., Medizintechnik

27 J., weibl., ungek., sucht neuen Wirkungskreis. Besondere Kenntnisse: medizinische Meßtechnik und Programmiererfahrung in Fortran u. Pascal.
Angeb. erb. u. C 10 509 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welches Unternehmen sucht Einkäufer oder Interessenvertreter in Israel?

Nach 3jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer einer deutschen Importfirma israelischer Waren kehre ich am 1. 12. 1984 nach Israel zurück und suche eine entwicklungsfähige Tätigkeit.
Ich bin Kaufmann mit guten Referenzen, sehr guten Verbindungen in Israel und guten Kenntnissen des dortigen Marktes, perfekt in Wort und Schrift in Deutsch, Hebräisch und Englisch.
Zuschriften erbeten an:
Pahlik Werbung, Postfach 97 01 47, 6000 Frankfurt 97

Dipl.-Ing./Kaufm.

45 J., Engl./Franz., langj. Ausl.-Erf., sucht neue verantwortungsv. Aufgabe im R. Hamburg. Z. Z. Anlagenbau/Vertrieb, Export, Projekt-Koordination.
Zuschr. u. PA 48 461 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Suche ausbauf. Aufgabenstellung als Mittler zw. Vertrieb + Produktion i. techn./kfm./organ. Ber. ab Jan. 85. Zur Person: 37 J., tätig i. Verk. (Innen- u. Außend. i. Hamburg), krempelt auch mal die Ärmel hoch, geradlinig, einsatzber., viels., verantwortungsv., Meisterbriefe Metallhandwerk, Betriebswirt VWA.
Chiffre W 10725 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Frührentner

sucht stundenw. Nebenbeschäftigung, FS- u. KOM-Schein vorh., evtl. als Fahrer, Hausmeister, Pferdepfleger usw., mit möbl. Wohnmöglichk.
Angeb. erb. u. L 10 606 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Physiker

28 J., gutes Examen in Experimental-Festkörperphysik, Berufsanfänger, sucht inter. Arbeitsgebiet im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. K 10 605 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Baustellenkaufmann

für Industrieanlagen im Ausland, Fremdspr. Engl., Span. u. Franz., nach Lateinamerika od. Afrika. Baustelle od. Vertretung.
Zuschr. u. N 10 608 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann

26, Abitur, ledig, nicht ortsgebunden, Spanisch- u. Englischk., überseereiseerfahren (Lateinamerika), sucht Position mögl. m. Reisetätigkeit bzw. Auslandseinsatz (ab ca. 1/85).
Ang. u. M 10 607 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kfm. (weiblich)

38 J., sucht Anstellung bei Stb oder WP. Fächerkombination: Steuern, Unternehmensrecht, Wirtschaftsenglisch. Praktische Erfahrung vorhanden.
Zuschr. u. E 10 601 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

STELLENGESUCHE

Erfahrenes Schwarzdecken-Team

1 Abschnittbauleiter
2 Einbaumeister
1 Maschinenmeister für Fertiger u. Walzen

in ungekündigter Stellung im Ausland tätig, voll tropentauglich, suchen neuen Wirkungskreis.

Zuschr. u. G 10 471 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmännischer Leiter

erfolgsorientierter, belastbarer Organisations-Praktiker, ungekündigt, verantwortlich für Rechnungswesen, Finanzplanung, EDV-Organisation, Einkauf, Lager u. Versand, su. neue Herausforderung in mittelständischem Unternehmen.
Angeb. erb. u. S 10 611 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Maschinenbau (TU)

Uni Wien, Schwerpunkte: Verfahrenstechnik, Kfz.-Technik u. Mathematik, Berufserfahrung als Konstrukteur, Betriebs-, Projekt-, Vertriebsleiter in der chem. Industrie, Investitionsgüter-, Waffenindustrie im In- u. Ausland, sehr gut Französisch u. Englisch, gut Italienisch u. Spanisch sowie ausreichend Russisch, sucht entsprechende Tätigkeit – auch im französischsprachigen Ausland.
Angebote u. H 10 604 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Techn. Informatik

10jährige Berufserf., Planung von DV-Systemen für techn. Anwendung. Auswahl, Strukturierung und Koordinierung der Hard- und Software. Projektdurchführung bis zur Inbetriebnahme und Kundenschulung. Projektleitung, suche im Raum Hamburg adäquate Aufgabe in techn. Leitung.
Angeb. erb. u. F 10 602 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing.

46 J., verh., mit 20jähr. Berufserf. im Exportgesch. (Industrieanl. u. Maschinen), Sprachkenntn.: Englisch, Französisch, Spanisch., **bietet:**
- freie Mitarbeit oder Partnerschaft
- Problemlösungen, marktspezifisch oder projektbezogen
- Optimierung oder Aufbau von Auslandsorganisationen
- Auswahl und Kontrolle von Vertretern und Repräsentanten
- Marktstudien u. Marktbeobachtung

Angeb. u. R 10720 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandel

Verkaufssachbearbeiterin, 38, ungekündigt, Erfahrung techn. Produkte + Chemikalien, Schwerpunkt Nah-/Fernost, USA, sucht adäquate Stellung im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. K 10 715 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Filialleiter

(Lebensmittel) 42 J., SM, FS III, deutsch, su. in Monaco (Monte Carlo) entsprech. Aufgabengebiet.
Zuschr. erb. unt. H 10 758 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gepr. Sekretärin (IHK)

35 Jahre, verh., Berufserfahrung, nicht ortsgebunden, wünscht sich zu verändern.
Angeb. erb. u. R 10 610 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Sekretärin/Sachbearbeiterin

55 J., langj. In- und Auslandserf., perf. Engl., sucht selbst. Tätigkeit 2 bis 3 Tage in der Woche – evtl. unentgeltlich – vorzugsw. in Stiftung, Forschung oder Firmenneugründung.
Ang. u. A 10 751 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

25jähriger junger, dynamischer und flexibler

Geschäftsführer

eines Immobilienunternehmens, in ungekündigter Stellung, sucht zum baldigen Eintritt eine verantwortungsvolle Stellung, in der man voll beansprucht wird.

Ihre Antwort bitte an
Herrn Wille
Hunoldstr. 46, 3250 Hameln 1
Tel. priv. 0 51 51 / 1 37 35

Repräsentativer junger Holländer (27), Exreiseleiter/kfm. Erfahrung, 5 Sprachen fließend, sucht interessantes Aufgabengebiet, möglichst auch in Kalifornien, wo ich schon 2 Jahre lebte.
Tel. Mo. + Mi. 02 28 / 62 55 44 u. Zuschr. u. N 10 586 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Studioleiter

Küchen, langj. Erf. in leit. Positionen im Möbelhandel, spez. Einbauküchen. Z. Z. in ungek. Stellung, sucht neue Führungsaufgabe zum 1. 1. 85, evtl. früher, 44 J., unternehmerisch denkend, planungssicher, fundierte Erf. im Ein- u. Verkauf, Verkaufsförderung. Anbebote erbeten unter P 10719 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Organisator

Schwerpunkte: Fakturierung, Debitoren, Lohn u. Gehalt, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. S 10721 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ing., allgem. Maschinenbau

45 J., mit umfangr. Fach- und Managementerf. im Leichtbau, Innenausbau, Medienmöbelbau, derzeit tätig als Bereichsleiter in mittelst. Untern. in Süddeutschl.
sucht
aus pers. Gründen adäquate Führungsaufg. in Norddeutschl. im Bereich Technik/Techn. Vertrieb, bei der volles Engagement auf kooperat. Basis gefragt ist. Kontaktaufnahme erb. u. T 10722 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versicherungsfachwirtin

mit Erf. im Schadenbereich, allgem. Haftpflicht u. Sach, selbständ. Arbeiten gewohnt, in ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Essen – Bochum – Dortmund.
Angeb. erb. u. N 10718 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrauensstellung als

Faktotum

f. Haus, Garten, Jagd, Auto, Pferde, Boote, Sprachen, Reisen, Bewachung etc. gesucht.
Angeb. erb. u. D 10 600 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

26 J., mit vierjähriger EDV-Erfahrung, IBM, Nixdorf u. Dietz, Programmiersprachen Kobol u. Basic, sucht Stelle als Operator.
Zuschriften erb. unt. G 10 713 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportsachbearbeiterin

42 J., m. langjähriger Berufserfahrung, selbständiges Arbeiten, Sekretariat, EDV, SM, Telex, dtsch, franz., engl., FS III, sucht in Monaco (Monte Carlo) interess. Aufgabengebiet.
Ang.. u. Y 10 727 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Masch.-Bau

38 J., umfass. Erfahrung im Qualitätswesen, Werkzeug- u. Formenbau, Investitionsgüterbereich (Ost- u. Westeuropa), su. neue Position.
Angeb. erb. u. G 10 603 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Engagierter Außendienstmitarbeiter

39 J., mehrjährige Erfahrung in der Gewässer- u. Straßenunterhaltung (Maschinenbau), sucht zum 1. 4. 85 eine ausbauf. Anstellung in einem leistungsfähigen Unternehmen gleicher Branche für das Gebiet Norddeutschland.
Ang. u. Z 10 728 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann (Dipl.-Kfm.)

28 J., mit Auslandserfahrung, verhandlungssicher, gute internationale Kontakte, z. Z. selbständig tätig, sucht Festanstellung in zukunftsorientierter Branche. Nicht unter DM 120 000,- p. a.
Angeb. erb. u. H 10 714 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Konstrukteur

Fördertechnik, Sonderkonstruktionen, ideenreich, sofort frei.
Telefon 0 61 46 / 38 76

Für den weiteren Aufbau unserer bundesweiten **Vertriebsorganisation** suchen wir für einzelne **Bundesländer** den

Verkaufsleiter

Sie wissen, daß die erfolgreichsten Karrieren freiberuflich im Direktverkauf gemacht werden!

Unsere **Produkte** schließen konkurrenzlos eine **Marktlücke!**

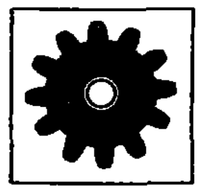
Ihre Aufgaben sind die Mitwirkung am expansiven Aufbau und die Leitung der ca. 100 Mitarbeiter Ihres Verkaufsgebiets mit verkäuferischer Kompetenz.

Sie haben mehrjährige Erfahrungen im Vertrieb und insbesondere die Fähigkeit, eine Außendienstorganisation dieser Größenordnung mit Kreativität und hoher Motivation zu führen.

Die Position bietet Ihnen Zukunft und erfolgsorientiert ein **Spitzeneinkommen.**

Wir möchten gern mit Ihnen ein Gespräch führen und bitten um Ihre **Kurzbewerbung** mit Lebenslauf und Lichtbild an die von uns beauftragte Unternehmensberatung. Sperrvermerke werden diskret berücksichtigt.

Unternehmensberatung Olaf Thomson, Malmedyer Str. 1 a
3000 Hannover-Döhren, Abteilung Personal



Berufs-Chancen im Maschinen- und Anlagenbau

... unter diesem Titel erschien in der WELT am

20. Oktober

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie daran interessiert – sei es, daß Sie sich beruflich verändern wollen oder sich einfach mal über die Angebote des Maschinen- und Anlagenbaus informieren möchten?
Dann schicken Sie uns den Coupon. Sie erhalten in wenigen Tagen die Ausgabe zugeschickt – selbstverständlich kostenlos.

An: DIE WELT, Stellen-Service, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte schicken Sie mir kostenlos die WELT vom 20.10.84 mit zahlreichen Berufs-Chancen im Maschinen- und Anlagenbau

Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Beruf: ____________

01-136

WIR SUCHEN:

SELBSTÄNDIGE AGENTEN FÜR DEN BÜROMÖBELMARKT

Möbelverkäufern, die bereits selbständig sind oder werden wollen, bieten wir eine großartige Gelegenheit um **KINNARPS** Büromöbel gegen sehr gute Konditionen zu verkaufen.

Wer ist KINNARPS?

KINNARPS gehört zu den größten Holzmöbel-Produzenten der Welt und hat Tochterunternehmen in Norwegen, Niederlande, England, USA und Australien. Das Werk ist in Falköping/Schweden beheimatet. **KINNARPS NEDERLAND B. V.** ist verantwortlich für die Verteilung der Möbel in der Bundesrepublik.

Was sind KINNARPS Projektmöbel?

KINNARPS Projektmöbel haben einen skandinavischen Charakter, kombiniert mit internationalem Design. Die Kollektion ist sehr breit und umfaßt die ganze Einrichtung vom Direktionszimmer bis zur Kantine. Die Preise sind günstig. Die Möbel werden montiert geliefert und haben eine Lieferzeit von 4 Wochen.

Auskünfte: Wir sind vertreten auf der ORGA-TECHNIK in Köln, Halle 13, Erdgeschoß, C 30, vom 25.–31. Oktober 1984. Bitte besuchen Sie unseren Stand und fragen Sie nach den Herren Jan Kuijper oder Lars Lorentzi, oder schreiben Sie an: **KINNARPS NEDERLAND B. V.**, Postfach 434, NL–7200 Ak Zutphen (Holland), Tel. 00 31 / 57 50 – 2 44 22, Telex 49 784.

Segelausbildung in Jollen und Yachten



Natürlich beim DHH.

Fordern Sie unseren Prospekt an
Deutscher Hochseesportverband „Hansa" e. V. Postfach 30 12 24, 2000 Hamburg 36

Grundregeln beim Gestalten von Stellenanzeigen

Ergänzend zur textlichen Aussage soll die optische Gestaltung den Stellenanzeigen das Interesse und die Sympathie der angesprochenen Zielgruppen sichern.

Dies sind die wichtigsten Gestaltungsmittel:

Format

Die Größe der Stellenanzeige sollte der Bedeutung der ausgeschriebenen Position entsprechen.
Am einfachsten: Sie orientieren sich anhand des WELT-Stellenanzeigenteils über die Formate vergleichbarer Stellenausschreibungen.

Typografie

Die Grundtexte für den laufenden Text sowie die Auszeichnungsschrift für die Schlagzeile sollten zur inserierenden Firma wie auch zur ausgeschriebenen Position „passen".

Abbildungen

Fotos, Zeichnungen, grafische Schaubilder können über die Firma, ihre Produkte, ihre Standortvorzüge sowie auch über den Chef, die Mitarbeiter, die Position in der Hierarchie oft mehr sagen, als lange Texte.

Blickfänge

Besondere Umrandungen, Firmen-Signets, Symbol-Zeichen dienen nicht nur dazu, der einzelnen Anzeige eine optimale Beachtung zu sichern, sondern sind oft wichtiger Bestandteil eines bei allen Stellenanzeigen des Unternehmens wiederkehrenden Firmenstils.

Weißer Raum

Eines der wichtigsten Gestaltungsmittel. Er verschafft der Anzeige Luft, signalisiert Großzügigkeit, Aufgeräumtheit, Souveränität. Im Gegensatz dazu wirken größere schwarze Flächen eher aufdringlich und bedrückend.

Layout

Die einzelnen Gestaltungselemente müssen so zueinander angeordnet werden, daß sich ein harmonisches Gesamtbild ergibt.

Wer sicher sein will, daß seine Stellenanzeigen gut gestaltet werden, sollte einen erfahrenen Grafiker damit beauftragen. Die WELT kann nur bei reinen Satzanzeigen die Gestaltung in verlagsüblicher Ausführung übernehmen. Alle Sonderwünsche bitten wir frühzeitig abzusprechen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

W 4164

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Renten bröckelten weiter

Obwohl in den USA die Kurse der Anleihen einen neuen Spitzenstand erreicht haben, gaben die deutschen Rentenkurse weiter nach. So wurden die Konditionen der neuen Bahnanleihe mit einer Rendite von 7,29 Prozent reserviert aufgenommen. Öffentliche Anleihen gaben bis zu 0,30 Prozentpunkte nach. Der Rückschlag wird von den Rentenhändlern als technische Reaktion angesehen. Nach wie vor gibt es einen gewissen Angebotsüberhang, hervorgerufen durch Gewinnmitnahmen. DM-Auslandsanleihen lagen knapp behauptet, Pfandbriefe waren unverändert.

	23. 10.	22. 10.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,25G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99
8 dgl. Pf 51	100,25G	100,25G
Hn5 Br/Hann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	93,75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	99G	100G
6 dgl. KS 29	85G	85,75G
7 dgl. KS 30	100,7G	100,9G

	23. 10.	22. 10.
Hn8 dgl. Pf 10	100,8G	100,8bG
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	88,3G	88,7G
6 dgl. Pf 95	80T	80T
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	128G	128G
5½ dgl. X	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G

	23. 10.	22. 10.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6¼ dgl. RS 80	99,5G	99,5G
7 dgl. 94	100,5G	100,5G
7 dgl. 99	100,25	100,25
8 dgl. 101	103G	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 128	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,8G
5½ dgl. TS 77	99,6G	99,5G
5½ dgl. 78	98,8	98,75
7 dgl. 79	100,5	100,3

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Dr. jur. Paul Wegemer

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht

* 12. Juli 1909 † 20. Oktober 1984

Wir trauern um ihn

Hilde Wegemer
Gerd und Elisabeth Wegemer
Eckehard und Gisela Kallies
Lutz und Maren
Heiner und Hannelore Wegemer
Peter, Anne und Henning

Mindermannweg 53, 2000 Hamburg 52

Die Trauerfeier findet im Familien- und engsten Freundeskreis statt. Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um Spenden an den Hamburger Fürsorgeverein von 1948 e. V. – Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50) Kto.-Nr. 1241/120 839.

Unersetzlich für alle, die ihn kannten und liebten

Dipl.-Kfm. Dr. Ulrich E. G. Meyer

Wirtschaftsprüfer · Steuerberater
15. August 1929 Landsberg/Warthe
15. Oktober 1984 Hamburg-Hummelsbüttel

Im Namen aller Angehörigen
Heidi Meyer geb. Podloucky
Jan Ulrich
Dagrun
Olga Meyer
Hartmut Meyer-Ohrt und Frau Ute
Björn

Am Karpfenteich 9, 2000 Hamburg 63

Trauerfeier am Montag, 29. Oktober 1984, um 15.45 Uhr Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium, Halle C.

Statt zugedachter Blumen- oder Kranzspenden bitten wir die Kirchengemeinde Christophorus in Hummelsbüttel, Poppenbütteler Stieg 25, 2000 Hamburg 63, zu bedenken. Konto-Nummer 1306/12 03 85 bei der Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50).

Meine liebe Frau, meine geliebte Mutter und unsere getreue Schwester

Ursula Nottebohm

geb. Freiin Rüdt v. Collenberg

ist am 18. Oktober 1984 im Alter von 63 Jahren von uns gegangen.

In tiefer Trauer
Gert Nottebohm
Sibylle Nottebohm
Meinhard Frhr. Rüdt v. Collenberg
mit Familie
Brigitte Roales-Nieto
mit Familie
im Namen aller Angehörigen

8034 Germering-Unterpfaffenhofen
Albert-Schweitzer-Straße 1

Die Beisetzung hat am 23. Oktober auf dem Waldfriedhof Unterpfaffenhofen stattgefunden.

Am 10. Oktober 1984 verstarb nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren unsere Pensionärin, Frau

Gisela Groher

Wir betrauern den Tod einer angesehenen und liebreizenden früheren Redaktionsassistentin unserer Zeitung DIE WELT. Frau Groher hat nun ihre Erlösung gefunden.

Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

AXEL SPRINGER VERLAG

Die Beisetzung fand im engsten Freundeskreise statt.

Wir trauern um das Mitglied des Aufsichtsrates und den Vorsitzenden des Betriebsrates unseres Werkes Dornap, Herrn

Fritz Steiniger

der plötzlich und unerwartet am 21. Oktober 1984 im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Er war seit 1949 in unserem Unternehmen tätig, seit 1970 war er Vorsitzender des Betriebsrates unseres Werkes Dornap. Seit 1971 gehörte er dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an. Er war Mitglied vieler betrieblicher und überbetrieblicher Gremien.

Herr Steiniger hat sich in seiner langjährigen Tätigkeit um die Belegschaft, um das Werk Dornap und um unser Unternehmen verdient gemacht.

Wir danken ihm für sein unermüdliches Wirken. Wir gedenken seiner in Trauer und werden ihn in ehrenvoller Erinnerung behalten.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Mitarbeiter
der
**Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke
Aktiengesellschaft
Wuppertal Dornap**

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 25. Oktober 1984, 14.00 Uhr, in der Kapelle Werker Wald, Heiligenhaus.

Dr. Hans Heller

* 20. 1. 1894 † 19. 10. 1984

Sein Leben war Arbeit und Pflichtbewußtsein. Sein nimmermüder Geist war uns bis zuletzt Vorbild und Ansporn.

Inge Olga Heller geb. Mügge
zugleich im Namen der Familien

Brentanostraße 6, 2000 Hamburg 52

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 26. Oktober 1984, um 14 Uhr in der Kapelle des Nienstedtener Friedhofes an der Rupertistraße

---

Themen der WELT am Samstag, 27. Oktober 1984

Ein Kommunismus stirbt

Die Reformen in China bedeuten eine Revolution, erklärt der erste Mann im Staate, der achtzigjährige Deng Xiaoping, seinen Gästen. Herbert Kremp hielt sich in China auf und schildert das veränderte Leben in Shanghai, der größten Stadt des Landes.

(GEISTIGE WELT)

„Die Deutschen sind so freundlich"

Die Brüdergemeinde der Hutterer zählt beiderseits der amerikanisch-kanadischen Grenze rund 22 000 Mitglieder; sie bilden die letzte deutsche Sprachinsel des Kontinents. Als zwei Hutterer, die auf Bruderhöfen in streng abgeschirmter Gemeinschaft leben, jetzt zum erstenmal das Land ihrer Vorväter besuchten, fiel ihnen auf: „Die Deutschen sind so freundlich."

(GEISTIGE WELT)

Seltene Eisenbahnen

In den Kriegsjahren waren die Schweizer Modelleisenbahn-Fans plötzlich auf sich gestellt. Sie konnten sich nicht mehr auf Märklin und ähnliche Firmen stützen. Sie mußten sich ihre Züge selber bauen. Das taten sie dann auch – in kleinen Stückzahlen. Inzwischen sind diese Bahnen selten und teuer.

(KUNSTMARKT)

Störfaktor auf bunten Bildern

Was auf dem Gebiet der Kriminalistik und im militärischen Bereich unschätzbare Dienste leistet, macht jetzt auch auf dem Medizinsektor eine erstaunliche Aufwärtsentwicklung durch: Die Thermographie nutzt die individuellen Temperaturzonen der menschlichen Haut zur Diagnostik. Farblich abgestufte, bildliche Darstellungen der Wärmeabstrahlung erfassen Funktionsstörungen, die den eigentlichen Organerkrankungen oft um Jahre vorausgehen.

(WISSENSCHAFT)

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

FINANZANZEIGEN

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

Erstsemester

von	nach
1 Bochum	Düsseldorf
2 Bochum	Erlangen
3 Bochum	Freiburg
4 Bochum	Köln
5 Bochum	Marburg
6 Bochum	Regensburg
7 Bochum	Ulm
8 Bochum	Würzburg
9 FU Berlin	Freiburg
10 FU Berlin	Tübingen
11 Düsseldorf	Münster
12 Essen	Regensburg
13 Essen	Ulm
14 Essen	Würzburg
15 Freiburg	Göttingen
16 Gießen	Erlangen
17 Gießen	Freiburg
18 Gießen	Heidelberg
19 Gießen	Tübingen
20 Hannover	Köln
21 Saarbrücken	Heidelberg
22 Saarbrücken	Köln

Informatik

Erstsemester

von	nach
1 TU Berlin	Hamburg
2 TU Berlin	Uni Kiel
3 TU Berlin	Stuttgart
4 Dortmund	Darmstadt
5 Dortmund	Frankfurt
6 Dortmund	Stuttgart
7 Erlangen	Braunschweig
8 Erlangen	Dortmund
9 Erlangen	Hamburg
10 Erlangen	Uni Kiel
11 Erlangen	Paderborn
12 Karlsruhe	Stuttgart
13 Kaiserslautern	Aachen

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Das neue Gesicht unserer Gesellschaftsspiele

Monster im Käsekasten

Die Produzenten von Gesellschaftsspielen sind wirklich zu bedauern: Erst wurden sie bei der Einteilung der Welt in lesende und in fernsehende Bevölkerung glatt übersehen. Dann erfand ein Kalifornier das erste Telespiel namens „Pong", auf daß sich die Familie nicht mehr zum gemeinschaftlichen Zocken versammele, sondern um einen weißen Punkt über den Bildschirm wandern zu sehen. Und als dann selbst Spiele wie Backgammon, elektronisch gespielt wurden, was zwar teurer war, aber dafür auch unpraktischer, schien das gute alte Brettspiel nur noch für Sammler von zukünftigen Antiquitäten interessant zu sein.

Die Produzenten der Spiele nahmen sich daraufhin die Spielsteine vor – auch Poppel genannt, ein Begriff, dessen Erwähnung in Spieler

eff-eff – West, 21.45 Uhr

kreisen ein anerkennendes Lächeln und überall sonst ein spöttisches Grinsen nach sich zieht – und versahen sie mit den Gesichtern von Mr. Spock, der Biene Maja und ähnlichem. Der Erfolg war allerdings nur temporär, teils, weil die Fernsehserien ausliefen, vor allem aber, weil die Telespiele längst über Superman verfügten. Daraufhin wurde versucht, den Spieß umzudrehen und die Videospiele auf das Brett zu übertragen – „Pacman" wurde auf diese Weise kopiert.

Schließlich ward die Lösung gefunden: Die Spiele selbst waren vortrefflich, nur der Kunde war „PR-mäßig noch nicht voll erfaßt". Und so wird jährlich – je nach Jury – „Das Spiel des Jahres" prämiert, det „Goldene Pöppel" verliehen, der „Sechser-Pasch mit Eichenlaub und Brillanten" vergeben. Ausgezeichnet werden dabei Spiele, die wenigstens ansatzweise eine neue Idee aufzuweisen haben, sind doch die meisten Neuerscheinungen – von Neuentwicklungen kann man kaum reden – Variationen bekannter Klassiker. Nach der Werbung sind sie natürlich „ganz anders als andere Spiele" – z. B. teurer oder „etwas für den intelligenten Spieler": das Lesen der Anleitung erfordert mehr Zeit, als man je vor dem Brett verbringen wird.

Der Nachteil dieser Marketing-Strategie besteht vor allem darin, daß der Erfolg nur kurzfristig ist – nächstes Jahr ist schließlich ein neues Spiel „anders als andere". Und an die Klassiker Schach und Monopoly können sie kaum heranreichen. Wie sollten sie auch, sind doch – wie jeder Psychologe bestätigen kann – „Prügeln" und „Raffen" Grundbefindlichkeiten jedes „In-der-Zivilisation-Seins". Einen sehr geschickten Versuch, den Erfolg zu verlängern, gab es vor Jahren: zuerst erschien „Master Mind", gefolgt von „Super Master Mind", gefolgt von „Mega Master Mind", ergänzt durch „Vorschul Master Mind", gefolgt von ... aber da war die Welle auch schon vorbei.

Verfeinert wurde diese Methode bei den Fantasy-Rollen-Spielen, die – in Amerika entwickelt – inzwischen auch Deutschland erreicht haben. Ausgehend von beliebten Fantasy-Romanen wie „Der Herr der Ringe" bastelt sich jeder Teilnehmer seinen Spiel-Charakter zusammen, wobei Stärke, Geschicklichkeit, Intelligenz durch Würfeln bestimmt werden. Je nach gewählter Rasse der Spielfigur – zur Auswahl stehen unter anderem Kämpfer, Zauberer und Elfe – kann der Spieler die Ausrüstung wählen, woraufhin er in ein fiktives Land geschickt wird, das nur dem Spielleiter bekannt ist. Die Spieler – zumeist treten sie in Gruppen auf – erklären dem Spielleiter, welchen Weg sie einschlagen und dieser beschreibt ihnen dann, welche Monster sie treffen, welche Schätze sie finden, auf welcher Bananenschale sie ausrutschen.

Da sie anfangs noch nicht eimal die Landkarte des Landes kennen dürfen, fällt natürlich auch das Spielbrett weg, doch wird es durch eine um so umfangreichere Spielregel ausgeglichen – und durch eine Reihe merkwürdig geformte Würfel von vier bis zwanzig Seiten. Nun erwirbt man allerdings nicht nur die Grundausstattung. Nach einer Weile kommt das Set für Fortgeschrittene hinzu, das große „Buch der Monster" sowie ganze Bibliotheken von Szenarios.

Doch diese Fantasy-Rollen-Spiele bedeuten immer noch nicht das Ende der Brettspiele: vielen sind die umfangreichen Spielregeln und Tabellen zu kompliziert und auch ein kompetenter Spielleiter ist nicht immer zur Stelle. Und so gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Brettspielen, bei denen man eben nicht Mitteleuropa, sondern Mittelerde erobern soll. Und damit ist man wieder beim „Käsekästchen" – fantasy-verbrämt.

DANIEL DITTMAR

KRITIK

Wortschwall über Kassandra

Eine Sendung für Insider, und zwar keine gute. „Nachdenken mit der Ostberliner Schriftstellerin Christa Wolf" verhieß Wiltrud Mannfelds ZDF-Feuilleton **Erinnerung und Gegenwart**, aber es gab darin nicht das geringste gemeinsame Nachdenken. Vielmehr entwickelte die Interviewerin Mannfeld in üppiger Suada eigene „Gedanken", die ihr bei Lektüre verschiedener Wolf-Bücher gekommen sein mögen, und die Schriftstellerin durfte dann kurz dazu Stellung nehmen. Christa Wolf zog sich in sehr sympathischer Weise aus der Affäre, indem sie behutsam richtigstellte und abschwächte. Man hatte immer das Gefühl, daß sie an sich hielt, um die naßforsche Interviewerin nicht allzu sehr bloßzustellen. Bilder waren dazu nicht nötig; es handelte sich um reinstes Rundfunkfeature.

Worum ging es? Nun, Frau Mannfeld hatte es vor allem mit der „Frauenfrage", sie ist offenbar der Meinung, daß die Geschichte Europas sehr viel glücklicher verlaufen wäre, wenn die alten Griechen von Anfang an die Frauen hätten machen lassen. Das also sollte Christa Wolf bestätigen, aber sie bestätigte es nur zögernd und nur teilweise. Über einen solch knappen Leisten wollte sie ihr Kassandra-Buch offenbar doch nicht geschlagen sehen.

Auch vermied sie weitgehend den marxistischen Trivialjargon, in dem die Interviewerin dafür umso ausgiebiger badete. Es hagelte Platitüden wie: „Als um 1800 in Deutschland die bürgerliche Epoche einsetzte..." Frau Mannfeld sollte vielleicht erst einmal Kosselek lesen, um eine Vorstellung darüber zu bekommen, wie fragwürdig uns der Epochenbegriff heute geworden ist.

Was sollen derartige Sendungen im Hauptkanal zur guten Sendezeit eigentlich? Der Normalzuschauer weiß damit nichts anzufangen. Über die Bücher der befragten Schriftstellerin erfährt er so gut wie nichts. Sein Leseappetit wird nicht geweckt. Kein Gedanke wird präzise umrissen, kein Problem wirklich diskutiert. Im Gedächtnis bleibt allenfalls das gute Gesicht der Christa Wolf, das freilich von einem trüben Wortschwall gleich wieder zugedeckt wird.

GÜNTER ZEHM

STUDIO

WDR-Intendant Friedrich Wilhelm von Sell ist mit seiner skeptischen Einschätzung der Ministerpräsidentenbeschlüsse über die künftige Medienlandschaft auch im Rundfunkrat seines Hauses auf Widerstand gestoßen. Darauf deutet die Formulierung im Bericht der WDR-Pressestelle hin, die Stellungnahme Sells sei „kontrovers diskutiert worden". Der Intendant hatte die Vereinbarung von Bremerhaven über die Verteilung von Satellitenkanälen als „eklatante Benachteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks" und „unverhüllte Bevorzugung privater Veranstalter" bezeichnet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, so von Sell, werde bei den Satellitenplänen auf die hinteren Plätze verwiesen.

Eine Rolle spielte in der Diskussion auch der 1983, also im Jahr der Gebührenerhöhung, erwirtschaftete WDR-Überschuß von 176 Millionen D-Mark. Der Verwaltungsratsvorsitzende Theodor Schwefer (CDU): „Der WDR trägt damit auch dem faktischen Erfordernis Rechnung, daß zu Beginn einer neuen Gebührenperiode entsprechende Finanzreserven zu bilden sind, die den Ausgleich der künftigen Haushalte bis zu einer erneuten Gebührenanpassung sicherstellen sollen." Die CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf hatte den Überschuß mit der Bemerkung kommentiert, hier stelle sich wiederum die Frage, ob die Gebührenerhöhung nötig gewesen sei.

Vor dem Hintergrund der WDR-Pläne, künftig auch im Hörfunk der größten Sendeanstalt der ARD Werbung auszustrahlen, gewinnt diese Kritik an Bedeutung. Die nordrhein-westfälischen Zeitungsverleger haben bereits ihrer Sorge Ausdruck gegeben, daß Hörfunkwerbung im WDR eindeutig zu Lasten der Presse gehen werde. Das Problem wird auch eine Rolle spielen, wenn der Düsseldorfer Landtag morgen über den Regierungsentwurf für eines neues WDR-Gesetz debattiert.





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.05 WISO
10.35 Kirsten und Bernd oder der lange Weg zurück
12.10 Report
Moderation: Günther von Lojewski
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 San Francisco
Film von Horst Krüger und Istvan Bury
16.55 Denkste!?
Unser Opa hat 'ne Mackel
Nachdem seine Frau gestorben ist, bemüht sich der Vater, eine Betreuung für seine drei Kinder zu finden. Schließlich engagiert er einen elektrischen Großvater.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Heimat
Letztes Kapitel: Das Fest der Lebenden und der Toten
Herbst 1982 und Rückblenden
Maria ist gestorben. 82 Jahre, einen Monat und elf Tage hat ihr Leben gedauert. Hermann reist zur Beerdigung aus München an und selbst Paul wurde von Martha aufgestöbert und kommt nach Schabbach. Groß ist der Schmerz aller über den Tod der geliebten Maria, doch gegen Ende des Leichenschmauses stellt sich eine hemmungslose Fröhlichkeit ein...
22.00 Tagesthemen
22.30 Fußball-Europapokal
2. Runde – Hinspiele
23.30 Quincy
Die Feindin
Der prominente Lokalpolitiker Lawrence Bridges wurde tot aufgefunden. Zunächst scheint es, als sei er eine Treppe herabgestürzt und dabei zu Tode gekommen. Die junge Medizinerin Gerry McCracken entdeckt jedoch, daß Bridges vor dem Sturz schon mehrere Stunden tot war. Gemeinsam mit Dr. Quincy beginnt sie auf eigene Faust zu ermitteln...
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Morgen schon
Utopische Geschichten für Kinder und Erwachsene
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Das häßliche Entlein
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Falco, Hiroko Murata
17.50 Robin Hood
Die Kreuzritter
Einige Kreuzritter, die aus Palästina zurückkehren, verdächtigen Robin Hood, ein ihnen heiliges „Symbol" gestohlen zu haben. Sie nehmen den jungen Much als Geisel und drohen, ihn zu töten, wenn der Gegenstand nicht innerhalb eines Tages zurückgegeben wird.
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Facts und Favoriten
Vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 Kennzeichen D
u.a. Cocom – eine zweischneidige Waffe?
21.00 Die 2
Festival der Mörder
Weil er in einem Prozeß aussagen will, in dem es um die kriminelle Unterwanderung einiger Gewerkschaften geht, wird auf den ehemaligen Gewerkschaftsboß Kyle Sandor während des Filmfestivals in Cannes ein Mordanschlag verübt.
21.45 heute-journal
22.05 Münchener Straße 41
Kirchliche Hilfe für Drogenabhängige in Frankfurt
Bericht von Gerhard Müller
22.35 Und keiner weiß warum
Film von Martin Mühleis
23.30 heute



Alan Chunty (l.) Roger Moore (Mitte) und Lionel Murton in dem Kriminalfilm „Die Zwei" – Um 21.00 Uhr im ZDF FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Gesang: Joy Flemming und Band
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
22.15 Purple Haze
Amerikanischer Spielfilm (1982)
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Antiquitäten in Serie
19.30 Von der Sonne leben
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden?
21.30 Offerte
Aktueller Kulturtip
21.45 Die letzte Metro
Film von François Truffaut
23.50 Nachdenken über den Frieden
00.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe (5)
19.00 Was tun mit der Zeit?
Themen u. a.: Denkmalpflege mit wenig Geld / Schüler auf archäologischen Wanderungen
19.30 Der Sternenhimmel im November
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Polizeiagenten
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Wem Gott schenkt ein Häschen
Österreichischer Fernsehfilm

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Fortschreibung
Film über Gefolterte, Vertriebene, Verbannte
20.15 Norman Mailer
21.00 Der Schläger von Chicago
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Tony Curtis u. a.
Regie: Jerry Hopper
22.20 Theater-Talk
Mit Helmut Lohner
22.50 Die Alten und die Jungen
Dreharbeiten zu John Hustons Film „Unter dem Vulkan"
0.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 „Der nächste, bitte!"
20.15 „Sketchup"
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Die Schrecken des Krieges
6. Ferdinand VII., die Hoffnung
22.40 Z. E. N.
22.45 Anschlag auf die Natur
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Ein Pelz für die Nackte

egw – Wien ist eine schöne Stadt. Mit Staunen stellen Fremde fest, wie völlig die Spuren der Bombenzeit getilgt, wie vorzüglich Schäden repariert und mit welcher Sorgfalt, ja Liebe, auch die nur von der Zeit geschädigten Gebäude wiederhergestellt und zumeist verbessert worden sind. Wien ist aber auch eine reiche Frau, die so viel Schmuck besitzt, daß sie dem einzelnen Juwel oft nicht die Ehre antut, die es verdienen würde. Hunderte kostbarer Bauten sind hier untergegangen. Und nichts Neues, Großes ist heute vorzuweisen. Außer der nach Ideen des verstorbenen Bildhauers Fritz Wotruba errichteten Kirche in Mauer bei Wien gibt es kaum ein *neues* Gebäude von *internationaler* Gültigkeit.

Nun aber hat in Edgar Heider das „Verlorene Wien" (Verlag Böhlau, 160 S. mit zahlr. Abb., 70 Mark) einen Künder gefunden. Er erinnert an verlorengegangene Adelspaläste, die, zu einem Teil wohl auch dank des Finanzamtes und infolge persönlicher Not, abgebrochen worden sind. Er hat sich dabei nicht nehmen lassen, Wien wäre nicht Wien, statt einer trockenen Aufzählung der historischen Umstände und der architektonischen Gegebenheiten jeweils an das Haus gebundene Anekdoten einzuflechten.

So erzählt er vom Palais des Grafen Kaunitz, daß dieser enge Vertraute der prüden Kaiserin Maria Theresia kein Bedenken trug, für seine Schönheitsgalerei eine Tänzerin in paradiesischer Nacktheit porträtieren zu lassen, was der Herrscherin so sehr mißfiel, daß sie bei *einer monatelangen* Abwesenheit des Staatsmannes das Gemälde heimlich mit einem gemalten Pelz ausstatten ließ. Der entsetzte Heimgekehrte stellte strenge Nachforschungen völlig ergebnislos an, habsburgtreue Diener erwiesen sich da ebenso verschwiegen wie im Fall Mayerling.

Der Autor hat auch neben den abgetragenen Palästen an ihrer Stelle errichtete Scheußlichkeiten abgebildet; man könnte weinen. Aber Weinheber sagte es ja schon: *„War' net Wien, wann net durt, wo kein G'frett war, ein's wurd'."*

Der Kulturkreis im BDI

Bleibe Herr über die Maschine

Mensch, bleibe Herr über die Maschine". Dieser Spruch war *einst am Königsberger „Haus der* Technik" zu lesen. Bei der 33. Jahrestagung des „Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie", die in Karlsruhe stattfand, geriet er unversehens auf Platz 1. Denn man hatte eine Ausstellung „Industriebau" hergerichtet, die Tradition, Bedeutung, Aktualität und Verpflichtung der Architektur auf diesem heiklen Feld darzustellen versucht.

An Kleinmodellen und didaktisch ausgezeichnet aufbereiteten Schautafeln wird Historisches exemplifiziert. Da stößt man auf die hinter Renaissancefassaden versteckten Fabrik-Ungetüme, aber auch auf die harmonisch schönen Riesenhallen des Londoner Crystal-Palace von Joseph *Paxton (1851). Seine Nachfolger (und* manchmal Nachahmer) passieren Revue und die Nestoren der neuen Architektur, Peter Behrens, Hans Poelzig oder Frei Otto, nun selbst schon ein Senior. Wie elastisch die neuesten Industriebauten Arbeitsplätze, Installationen, Verkehrsnetze unter ihrem Dach vereinen, wie sie die Vorgaben der Technik (und des Marktes) akzeptieren, wird hier anschaulich.

Der Architekt Prof. Kammerer ersparte seinem Auditorium in dem Grundsatzreferat jedoch nicht ernste Vorhaltungen. Er warnte vor der erbärmlichen Inflation, die der Kulturbegriff neuerdings durchmacht. Hob zugleich aber hervor, daß er dennoch im neuen Zusammenleben von *Mensch und Maschine nicht* ausgetilgt werden dürfe. Es käme eben auf die richtige Balance an.

Natürlich ging es nicht nur um die Industriearchitektur. Der Mäzen Kulturkreis präsentierte sich mit der Wanderausstellung „ars viva", die diesmal den sieben Preisträgern des BDI-Wettbewerbs „Farbige Plastik" gewidmet ist. Gezeigt werden seltsame Gebilde, allesamt aus brüchigem oder sonstwie amorphem Material. Sie wirken so, als hätten es die Künstler darauf abgesehen, Materialqualitäten, die sich irgendwie gestalten lassen, von vornherein zu negieren.

Auch bei den Lesungen der (mit je *10 000* Mark prämierten) Dichterinnen, die im schönen Bruchsaler Schloß stattfanden, ließ sich der Verdacht nicht ausräumen, daß sie unentwegt in ihren psychosomatisch geschädigten Innereien herumfuhrwerkten, um den Hörern nahezulegen, daß ihr privates Leid das Leid dieser Welt sei. So blieb das Wohltönende lediglich dem musikalischen Beiprogramm vorbehalten.

HEINRICH von LÜTTWITZ



Köln: „Krötenbrunnen" von F. Roth uraufgeführt

Der große Blonde kehrt nicht zurück

Wir alle sind eine Operette", sagt die „Erschöpfte" in Friederike Roths *neuem* Stück *„Krötenbrunnen"*. Und das meint wohl: viel Tralala und wenig Hoffnung. Aber eben doch „Tralala"! In den Kölner Kammerspielen, wo dieses dritte Stück der 36jährigen schwäbischen Lyrikerin uraufgeführt wurde, sah man statt dessen nur lautstark gespieltes Pingpong, triste Langeweile, einfallslose Trübsal.

Man sollte das vielleicht häufiger tun: eine Inszenierung erst nach der Premiere besuchen. Ich sah in Köln die zweite Vorstellung (die, zugegeben, fast immer die schlechteste ist). Und das war dann schrecklicher Theateralltag. Der Zuschauerraum wohl etwa zu einem Drittel besetzt. Das Theater innerlich und äußerlich kalt. *Das* ganze Ambiente: schäbig, unansehnlich, grau. Die Schauspieler zur Pflichtübung angetreten. Kaum etwas kommt über die Rampe. Eine Zumutung.

Friederike Roth hat offenbar wenig Glück *mit dem Theater. Als 1981 in* Hamburg ihre „Klavierspiele" uraufgeführt wurden, gab's einen Skandal (Regisseur ohrfeigte Verleger), und obwohl das zweite Opus „Ritt auf die Wartburg" 1983 zum „Stück des Jahres" gewählt wurde, hatte man doch eher den Eindruck, daß dies eine „politische" Entscheidung der Gralshüterclique in der deutschen Theaterkritik war.

Friederike Roth ist eine glänzende Lyrikerin, was man auch dem „Krötenbrunnen" anmerkt. „Tollkirschenhochzeit" hieß ihr erster Gedichtband. Das könnte man auch über ihr jüngstes Bühnenwerk schreiben. Die süßen Pralinen sind ganz schön vergiftet. Die Praline kommt in Gestalt eines *jungen blonden Schönlings* daher, an dem sich alle – Männlein wie Weiblein – den Magen und anderes verderben.

Ein schwuler Produzent hat ihn am Strand aufgelesen, wo er lag, als hätte *jemand ihn* liegengelassen. *Und nun* versuchen sich alle an diesem blonden Stück Fleisch. Eine Bildhauerin, eine Schauspielerin, ein junges Mädchen und wahrscheinlich auch noch jene „Erschöpfte", die *ständig* darauf lauert, doch noch an die Krümel zu kommen, die von der Reichen Tische fallen.

Mehr geschieht eigentlich nicht. Der mögliche Reiz liegt eher in den Details, in den Figuren um den Krötenbrunnen, in den Tiefen, die so banal als Untiefen daherkommen. Eine merkwürdige Kunst-Welt, die uns Frau Roth da vor die Füße wirft. Schon das Ambiente ist ein Klischee. Ein südliches Atriumhaus, ein Garten mit Apfelsinen, Zypressen und Bambus *(!). Ein ewig plätschernder* Brunnen, in dem die Kröten quaken. Und zur süßen Hintergrundmusik dieser niedlichen Tierchen frißt man zum Frühstück Austern, säuft Sekt, vernascht mal eben das Blondchen.

Die Bewohner dieses *zeitgenössischen* Gartens Eden sind sozusagen die Prototypen eines ebenso zeitgenössischen Lebensideals. Der Produzent (Hansjoachim Krietsch) – niemand weiß so recht, was er eigentlich *produziert, wahrscheinlich Kultur* – sammelt wie ein Westentaschen-Borgia lauter illustre Schwachsinnige um sich. Die Bildhauerin (Carmen-Renate Köper) scharwenzelt ihrer entschwundenen Jugend hinterher. Die Schauspielerin (Ulrike Schloemer) verwechselt dauernd das Leben mit der Bühne. Die Erschöpfte (Verena Buss) verkauft ihr mieses Schicksal als zynische Gelassenheitsphilosophie. Dazu kommen noch ein päderastischer Maler (Walter Stickan), ein geisteskranker RAF-Terrorist (Klaus Redlin) und eine aufgedonnerte Kassandra (Evelyn Matzura).

Was für eine Welt. Veröffentlicht bis zur Unkenntlichkeit. Natur, Kunst, Schönheit – gefressen, benagt, weggeworfen auf die Mülldeponie. Der schöne Blonde (Matthias Haase), der „nach Leben riecht", ist so ein Wegwerf-Knochen aus Plastik, wie man ihn in der Zoo-Handlung fürs degenerierte Hundchen kaufen kann. Und selbst das einzige Stückchen wirkliches Leben, das junge Mädchen (Angela Buddecke), kann da nur mit dem Fuß aufstampfen. Sie wird schon auch noch merken, was sie von der Liebe hat.

So hätte man den „Krötenbrunnen" vielleicht inszenieren können: Als Kunststoff-Paradies, in dem man Kröten verschluckt, als handle es sich um das liebende Einswerden mit den großen Gesten der Ewigkeit. Aber Regisseurin Inge Flimm hat offenbar überhaupt nicht begriffen, um was es da geht. Manchmal versucht sie's mit Strindberg, dann mit Konversationston, dann wieder ein bißchen mit Ionesco. Meist aber fällt ihr leider überhaupt nichts ein. Die Oberfläche, *die ihr die Autorin anbietet, nimmt* sie ebenso für bare Münze wie die scheinbaren Tiefen.

Da ist schon das Bühnenbild von Franz Koppendorfer ein schlichter Irrtum. Der leicht angegammelte südliche Garten *suggeriert* Verfall. Das ist Unsinn. Der Untergang kommt bei Friederike Roth mit Perfektion daher. Diese Perfektion könnte man dann stören. Sie wird konsumiert. Und dann weggeworfen. Reiseprospekt im Mülleimer – das wär's gewesen. Und ebenso die Figuren. Da müßte man etwas von Pin-up-Erotik zu spüren bekommen und keinen Kostüm-Karneval (Tabea Blumenschein). Eine Form kann man nur zerbrechen, wenn man sie hat. Inge Flimm verwechselt Belang*losigkeit* mit Kälte. Daran scheitert sie.

Friederike Roth hat sicher kein großes Stück geschrieben. Ihre Sprache ist diffizil und wechselt ständig die Ebenen. Das macht wenig dra*matischen Effekt. Wo die Liebe schon* tot ist, gibt sie kein Drama mehr her. Aber ein wenig hätte man ihr schon auf die Füße helfen können. In Köln entsprach die Inszenierung dem tristen Schnaufen eines Montags. Matter, verquälter Beifall. Der große Blonde wird wohl nicht mehr oft auf die Bühne zurückkehren.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Peking-Oper: Diesmal aus der Inneren Mongolei

Der Affenkönig siegt

Peking-Oper" steht groß auf dem Plakat. Und darüber mit kleinerer Schrift „Staatliches Elite-Ensemble aus der VR China". Man muß das Programm allerdings schon sehr genau lesen, um zu erfahren, daß es sich um das „Peking-Opern-Ensemble aus dem Autonomen Gebiet der Inneren Mongolei" handelt. Anscheinend ist das eine Reisetruppe, denn weder die Hauptstadt Huhehot noch eine andere Stadt werden als Standort genannt.

Die Eröffnung der Deutschland- und Europa-Tournee fand in Ludwigshafen mit dem Fragment „Jia zan wird besiegt", „Die Flucht aus dem Nonnenkloster" und „Aufruhr im Himmel", einer der volkstümlichen Geschichten um den Affenkönig Sun Wu-kung, statt. Außerdem stehen noch „Der Raub des Götterkrauts" und „Der Affenkönig besiegt das weiße Knochengespenst" im Programm.

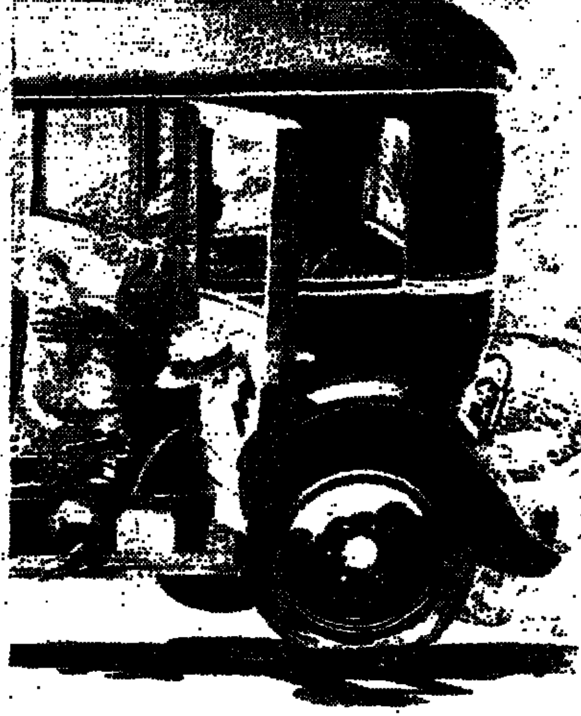
Es ist, wie immer, zuerst ein buntes exotisches Spektakel, mögen Musik *und* Gesang dem europäischen Ohr auch sehr fremd klingen. Denn die Schlachtszenen – Mann (oder Frau) gegen Mann, einer gegen viele – imponieren unabhängig vom Inhalt der Stücke. Die darstellerischen Feinheiten erschließen sich dem westlichen Besucher, der weder mit der Farbsymbolik der Schminkmasken und Kleider, noch mit dem Bedeutungskodex der Gesten und Bewegungsrituale vertraut ist, dagegen nicht. *Und leider sind* die Inhaltsangaben im Programm (die vor jeder Szene vorgelesen werden) viel zu karg. So erfährt man beim „Aufruhr im Himmel" nur, daß der Affenkönig die Truppen des Himmelskönigs besiegt. *Daß es sich bei den deutlich* unterscheidbaren Figuren im Gefolge des Himmelskönigs um die Gottheiten des Windes, des Regens, des Donners und des Blitzes, um den Sohn des Himmelskönigs oder um den blauen Drachen und den weißen Tiger handelt, wird nicht mitgeteilt, obwohl das das Verständnis des Bühnengeschehens wesentlich erleichtern würde.

In den letzten Jahren hat es an Gastspielen von Peking-Opern-Truppen nicht gemangelt. Trotzdem fällt es schwer, mit diesem zeitlichen Abstand Vergleiche zu ziehen. Aber wenn die Erinnerung nicht trügt, so reicht das Ensemble aus der Inneren Mongolei nicht an die Truppe aus Schanghai heran, die 1979 zu sehen war, oder *die Chinesische Oper* Taiwan, die 1982 gastierte. Den Kämpfen des Affenkönigs fehlte diesmal die letzte Perfektion, die die eigentliche Faszination dieser Szenen ausmacht. Auch bei den Gruppenkämpfen war die raffinierte Steigerung in den Schwierigkeiten der artistischen Effekte, die bei der Oper aus Taiwan auffiel, zu vermissen.

Statt dessen setzten die Akteure diesmal sehr viel stärker auf die Komik. Es sind nicht nur die animalischen Notate – wie das Kratzen hinterm Ohr, u. ä., das zur Rolle des Affenkönigs gehört – die breiter ausgespielt werden, sondern die Schauspieler-Sänger aus der Inneren Mongolei lieben ironische Akzente, wo die anderen Truppen ernsthafte Rituale zelebrieren. So setzen sie – wie im amerikanischen Slapstick-Film – bei den Kämpfen komische Verzögerungen ein oder schalten ein clownhaftes Gerangel um eine Lanze dazwischen, um dann die Freude des Publikums schmunzelnd auszukosten. Solche Gags kommen unmittelbar an und fordern Beifall auf offener Szene heraus, mit dem die Zuschauer auch bei den artistischen Glanznummern und am Schluß nicht geizten.

PETER DITTMAR

Das Ensemble gastiert bis zum 8. Dezember in 24 deutschen Städten sowie in Holland und in der Schweiz.

Action, erstarrt – Aus Hans Hillmans gezeichnetem Krimi „Fliegenpapier" FOTO: 2001

München: D. Hammetts Detektivstory in eine Bildergeschichte verwandelt

Wilde Lautlosigkeit des Geschehens

Die dicke Verwalterin stand drinnen einen Schritt im Zimmer und kehrte mir ihren massiven Rücken zu. Ich schob mich an ihr vorbei und sah jetzt, was sie anstarrte ...", liest man in Dashiell Hammetts „Fliegenpapier", einer der klassischen Kriminalgeschichten, die in den 20er Jahren in San Francisco spielt. Der Frankfurter Graphiker Hans Hillmann (Jahrgang 1925), der durch seine prägnanten Filmplakate bekannt wurde, hat in jahrelanger Arbeit diesen Kriminalroman als Bildgeschichte nacherzählt. Die 173 aufregenden Blätter, entstanden zwischen 1976 und 1982, werden jetzt im Münchner Stadtmuseum gezeigt.

Hier ging ein Präzisionist mit blendender Zeichenkunst ans Werk. Die Nacherzählung in Bildern verkürzt zwar den Vorgang, aber andererseits verdichtet Hillmann in seinen Serigraphien, was nur mit literarischen Mitteln angedeutet ist. So erstehen die tristen Schauplätze der Unterwelt *von San Francisco,* schäbige Hotelzimmer, nur von nackten Glühbirnen erhellt, mit dürftigem Mobiliar, Hinterhöfe mit Feuerleitern und bizarren Schornsteinen auf den Dächern. Bullig und stiernackig tauchen die Männer in diesem Milieu auf, Frauen mit Bubiköpfen und wohlgeformten Hinterteilen sind ihre Komplicen.

Man denkt sofort an Fotorealismus, wenn man diese sorgfältig braun-lavierten Zeichnungen sieht. Doch Hillmanns Vorbild ist der amerikanische Action-Film. Von ihm übernimmt er genau jene Blickwinkel und Bildausschnitte: von der quälend nahen Großaufnahme bis zur panoramahaften Totalen, oft mit blitzschnellen Überschneidungen an den Rändern. Und wie im Film beruht die Erzählung auch hier auf dem Prinzip der Schock-Montage, dem raschen Wechsel, der den Betrachter seltsam irritiert, überrumpelt und ihn in nervöser Spannung hält. Eine Stimmung, die sich jede Minute zu einer High-noon-Spannung zu steigern scheint. Doch nicht aus dem, was vorhanden ist, sondern eben dem, was abwesend ist.

Was an diesen Bildern fasziniert, ist die „wilde" Lautlosigkeit. Die dargestellten Menschen scheinen immer wie auf den Sprung. Diese zwar auf den ersten Blick so selbstverständlichen Szenen sind hoch artifiziell und ganz bewußt komponiert. In der Ausstellung sieht man Skizzen, in denen der Künstler die verschiedenen Möglichkeiten in allen Details durchgeprobt hat: So die zeitlupenhaften Studien von der Zertrümmerung einer Tür, von Kaffeetassen und zerknüllten Zeitungen.

Die meisten Skizzen entstanden auf Reisen durch Amerika, in jenen kleinen Hotelzimmern, deren Atmosphäre den Räumlichkeiten entsprach, in denen Hammetts Krimi spielt. Die Geschichte eines Detektivs, der den Tod des Mädchens Sue aufklärt. (Bis 4. Nov.; Buch, Verlag zweitausendeins, 20 Mark)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Seine Gleichung veränderte die Welt der Physik – Zum Tode von Paul Dirac

Zweifel an Einstein und Schrödinger

Er befand sich stets in guter Gesellschaft: Namen wie Ernest Rutherford, Niels Bohr, Max Born, Werner Heisenberg, Erwin Schrödin*ger, Paul Dirac und Pascual Jordan* stehen für Meilensteine auf dem schwierigen Weg, Licht in mikrophysikalische Vorgänge zu bringen und das lückenhafte, oft widersprüchliche Bild des atomaren Mikrokosmos zu festigen.

Dirac wurde am 8. August 1902 in Bristol geboren, studierte hier und in Cambridge Mathematik und Physik. Nach Zwischenstationen in Wisconsin, Michigan und Princeton war er seit 1971 Professor für Physik an der Florida State University. Als 23jähriger hatte er Heisenberg kennengelernt und begeisterte sich für ihn und seine Quantenmechanik. Als Born und Jordan die Heisenbergschen Ideen zu einer vollständigen Theorie *ausarbeiteten,* publizierte der unbekannte Student die inhaltlich gleichen Resultate in einer mathematisch allgemeineren Fassung.

1928 stellte er durch eine Abänderung der Schrödingerschen Wellen*gleichung eine relativistische* Elektronentheorie auf, die berühmte „Dirac-Gleichung", welche zur Grundlage für die Beschreibung des Zustandes aller Elementarteilchen wurde. Sie definiert erstmals den Spin, den Eigendrehimpuls eines Elektrons, und stellt damit das theoretische Rückgrat zahlreicher spektroskopischer Methoden, wie der Feinstruktur der Wasserstofflinien oder der Röntgenspektren, dar.

Sein mathematisches System führte bereits 1928 zur Vorhersage der vier Jahre später vom US-Physiker Carl David Anderson bei seinen Experimenten mit Nebelkammeraufnahmen entdeckten positiven Elek*tronen (Positronen); erste Antiteil*chen zu den negativ geladenen Elektronen in der Atomhülle. Dirac gelang damit erstmals, wenn auch nur in diesem einen speziellen Fall, Grundsätze der Quanten- und Relativitätstheorie zu vereinigen. Eine inzwischen akzeptierte Hypothese war somit postuliert: Jedem Elementarteilchen entspricht ein Antiteilchen. Zusammen mit Erwin Schrödinger erhielt Dirac 1933 den Nobelpreis für Physik.

Zu gewissen Teilbereichen seiner eigenen Arbeit ging der Physiker später auf kritische Distanz, indem er die Allgemeingültigkeit seiner Thesen in Frage stellte. Er hatte sich intensiv mit Gravitationsfeldern, sprich mit der Massenanziehung, beschäftigt und Anfang der 60er Jahre versucht, die bei der Beschreibung elektromagnetischer Felder so erfolgreiche Quantenmechanik auch auf Schwerkraftfelder anzuwenden. Seine Ergebnisse ließen ihn an der geforderten Fundamentalität der speziellen Relativitätstheorie Einsteins zweifeln.

Aufsehen erregte er 1959 auf der Lindauer Nobelpreisträgertagung. Er vertrat die Ansicht, daß es „Schwerkraftwellen" geben müsse, auch wenn ein entsprechender Nachweis noch ausstehe. Unter dem schlichten Titel „Die Grundlagen der Quantenmechanik" entwickelte er im Juli 1965 wiederum vor den Trägern der höchsten naturwissenschaftlichen Auszeichnung eine völlig neue Theorie der Quantenmechanik. Er kritisierte Schrödingers Arbeiten und bezeichnete Heisenbergs „Weltformel" als gut und geeignet, weitergeführt zu werden. Sowohl die Urknalltheorie als auch die Gegentheorie, nach der das Universum als stetiger Zustand zu verstehen sei, bekamen bei ihm ihr Fett ab.

Dirac neigte einem 1930 von Albert *Einstein und dem niederländischen* Astronomen Willem de Sitter eingeführten kosmologischen Modell zu, das die Grundkonstanten der Natur mit der Zeit in Beziehung setzt: Galaxien entfernen sich untereinander, aber mit abnehmender Geschwindigkeit; das Universum hat die Fähigkeit, Irregularitäten auszugleichen. Die Stärke der Schwerkraft, die Gravitationskonstante, sei in Wirklichkeit, so Dirac, gar keine Konstante. Ihre Intensität habe vielmehr mit zunehmendem Weltalter abgenommen, was sich auf Größe und Gestalt der Himmelskörper reziprok auswirken müßte. Auch unsere Erde habe seit dem Beginn ihrer „Erkaltung" vor etwa 3 100 Millionen Jahren einen beträchtlichen Dehnungsprozeß durchgemacht.

Diracs kosmologische Konzepte und Modelle werden nach wie vor mit einer gewissen Skepsis beurteilt. Früher oder später werden gerade astro*nomische Beobachtungen die Mög*lichkeit geben, bezüglich seiner Theorien eindeutige Entscheidungen zu treffen. Paul Adrien Maurice Dirac starb jetzt im Alter von 82 Jahren in Tallahassee, Florida.

DIETER THIERBACH

JOURNAL

Um die Rechenzeiten erheblich zu verkürzen

D. T. Bonn

Die Entwicklung eines Höchstleistungsrechners, der mathematische Simulationen mit Millionen von Unbekannten ermöglichen soll, wird jetzt von den Großforschungseinrichtungen, Computerherstellern und dem Bundesforschungsministerium diskutiert. Während bisherige Schnellstrechner nur wenige simultan geschaltete Prozessoren aufweisen, ist geplant, Hun*derte von parallel arbeitenden* Computerarchitekturen einzusetzen. Meteorologie, Aerodynamik und Plasmaphysik, Bereiche, die unvertretbar lange Rechenzeiten erfordern, sind Zielgruppen dieses Projektes. Die Rechenzeiten verringern sich von Tagen auf Stunden und von Minuten auf Sekunden. Dieser Sprung geht nach Meinung von Experten an die Grenze des theoretisch Erreichbaren.

Denkmalsstiftung in Baden-Württemberg

kuo, Stuttgart

Baden-Württemberg hat die Gründung einer „Denkmalsstiftung" beschlossen. Das Land wird dafür von 1985 bis 1996 68 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Sie sollen zusätzlich der Denkmalspflege zugute kommen, und zwar speziell für private Initiativen. Damit sollen das „Mäzenatentum" und die Bereitschaft der Bürger zur Erhaltung von Baudenkmälern gefördert werden.

Heisenberg-Programm wird verlängert

DW. Bonn

Das 1977 eingeführte und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft betreute Heisenberg-Programm zur Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses wird weitergeführt. Dies beschloß die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Da die ursprünglich vorgesehenen 750 Stipendien noch nicht vergeben *worden sind,* kann das Heisenberg-Programm zunächst bis Ende 1988 fortgesetzt werden. 1987 wird dann über seine Weiterentwicklung beraten.

„Frankfurter Hefte" stellen Erscheinen ein

dpa, Frankfurt

Die „Frankfurter Hefte" werden Ende November ihr Erscheinen einstellen. Das teilen die Herausgeber, *Walter Dirks und Eugen Kogon,* in der neuesten Ausgabe mit. Die Monatszeitschrift, die im 39. Jahr herauskommt, hatte zuletzt nur noch eine Auflage von 3000 Exemplaren.

Maurice Henry †

dpa, Mailand

Maurice Henry, einer der letzten französischen Surrealisten, ist 83jährig in Mailand gestorben. Henry war ein Schüler von André Bre*ton. Er trat mit abstrakten Gemäl*den, vor allem aber mit Karikaturen hervor, die den Surrealismus in eine doppelbödige Komik umsetzten.

Oscar Werner tot

AFP, Marburg

Der österreichische Schauspieler Oscar Werner ist in Marburg, wo er sich für eine Dichterlesung aufhielt, gestorben. Werner war 61 Jahre alt. Bereits 1941 gehörte er zum Ensemble des *Burgtheaters.* Nach dem Krieg wurde er international durch seine Filmrollen berühmt, u. a. in Truffauts „Jules und Jim". Für die Rolle des Schiffsarztes im „Narrenschiff" erhielt er einen Oscar. Nicht minder geschätzt waren seine Bühnenauftritte, z. B. als Hamlet oder als Jedermann. In den letzten Jahren wurde er immer eigenwilliger und schwieriger, weshalb er sich meist mit Soloauftritten und Rezitationen begnügte.

Ein denkender Künstler: Oscar Fritz Schuh (1904–1984) FOTO: L. STRELOW

Stets erfindungsreich – Der Theaterleiter und Regisseur Oscar Fritz Schuh

Die Bühne als ein Spielort der Seele

Oscar Fritz Schuh, dessen Tod die deutsche Theaterwelt beklagt, war vor 80 Jahren in München geboren. Er fiel schon als Student mit einer poetisch hochgezogenen Inszenierung von „Hanneles Himmelfahrt" an der Bayerischen Landesbühne auf, war schnell ans Deutsche Theater in Prag geholt, ging von dort für zehn Jahre als Opernregisseur nach Hamburg, wieder für zehn Jahre als Oberspielleiter an die Wiener Oper. Gleich nach Kriegsende wandte er sich Salzburg zu. Seine „Salzburger Dramaturgie" bildete für viele Jahre das grundlegende Konzept der Festspiele.

Anfang der 50er Jahre erst stieg er auf das Sprechtheater um. Vier ruhmreiche Jahre hat er die Freie Volksbühne in Berlin geleitet. Das war seine beste Zeit. Caspar Neher, der große Szenenerfinder, war sein Freund und engster Mitarbeiter. Oscar Fritz Schuh hat O'Neil wiederentdeckt. Er hat Pirandello fürs Deutsche Theater neu gefunden. Er hat Strindberg wieder möglich gemacht. Er hat sich für Ödon von Horvath eingesetzt, aber auch den Münchner Theatergrafen Franz von Pocci. Er war theatralisch erfindungsreich.

Er holte damals die Spitzen der Wiener Bühne an sein Berliner Theater. Er war ein Schüler des Tiefenpsychologen C. G. Jung und setzte dessen Erkenntnisse für seine Art des belangvollen Theaterspiels um. Berlin dankt ihm viele und große Inszenierungen. 1959 ging er als Generalintendant nach Köln, 1963 wurde er Gustaf Gründgens' Nachfolger in Hamburg.

Er sah das Theater immer als „geistigen Raum", als einen Spielort der Seele. Er versuchte „Innenwelt" paradigmatisch abzubilden. Salzburg hat ihm noch viele ruhmreiche Operninszenierungen zu danken. Caspar Neher war auch dort immer sein treuester und verständnisvollster Mitarbeiter. Als Neher starb, wurde es auch um Oscar Fritz Schuh stiller. Er gehörte immer noch zum besten Stab der Salzburger Festspiele. Er leitete Tourneen. Er veröffentlichte viele lesenswerte Theaterschriften. Er befaßte sich mit dem gehobenen Straßentheater. Aber es war still um ihn geworden. Er siedelte sich in Österreich an. Vorgestern ist er, der 1904 Geborene, im fruchtbaren künstlerischen *Ruhestand gestorben.*

Seine Wirkung, besonders in den 50er Jahren in Hamburg, Köln und Berlin, ist bis heute nicht vergessen. Er war, wie Lessing es verlangte, ein „denkender Künstler". So viele heute bedeutende Schauspieler danken ihm ihre Entdeckung und geistige Förderung noch immer.

Er hat unsere Bühnen im wahrsten Sinne des Wortes wesentlich gemacht, hat ihren Spielraum erweitert. Eine ganze Generation von heute wichtigen Theaterleuten ist ihm tief zu Dank verpflichtet. Das sollen wir ihm nicht vergessen.

F. L.



Dreiviertel lange Jacke, kurzer Rock. Applaus für die Dame und Karl Lagerfeld. Sein Sommer '85 wird kurz.
FOTO: MONIKA SCHENKL

Selbst der Elysée-Palast öffnet sich den Pariser Couturiers

Von CONSTANCE KNITTER

Zuerst hielten die Modemacher Einzug im Elysée-Palast und ließen sich von Staatspräsident François Mitterrand feiern für ihre Verdienste um Frankreichs Textilindustrie. Dank der Symbiose von Kunst und Industrie verzeichnete die Branche im vergangen Jahr einen Export von umgerechnet 3,6 Milliarden Mark und steht damit an zweiter Stelle in Frankreichs Wirtschaftsleben. Dann mobilisieren die Couturiers seit Tagen die Massen zu ihrer großen Schau der '85er Sommerkollektionen ihrer Prêt-à-porter- und Boutique-Mode, die bis morgen läuft.

Ort der Handlung des zweimal jährlich stattfindenden Modezirkus sind die Tuileriengärten, wo drei Riesenzelte buchstäblich von Tausenden von Mode-Groupies gestürmt werden. Für 1500 Fachjournalisten und 600 Einkäufer ist Paris noch immer das Mekka. Trotz der Konkurrenz von Mailand, New York, München oder Düsseldorf.

„Nur die Olympischen Spiele von Los Angeles haben in diesem Jahr mehr Neugierige angelockt", heißt es voller Stolz. Tatsächlich zieht das Spektakel immer mehr Mode-Freaks und seltsame Figuren an. Angesichts ihrer abenteuerlichen Kostümierungen geraten die Mannequins oft ins Hintertreffen. Vom Mittelalter bis zur Punk-Mode ist die ganze Kostümgeschichte vertreten. Da gehört es für Mädchen wie für Jungen zum guten Ton, mit glattrasiertem Schädel zu erscheinen. Man sieht ein wahres Festival exotischer Kopfbedeckungen. Als Pagen, japanische Mönche oder tibetanische Nonnen verkleidete Gestalten sind an der Tagesordnung. Doch trotz dieser erstaunlichen Verkleidungskünste verfallen selbst die verrücktesten Mode-Fans in die Uniformität: Kritiklos tragen sie, was vor einem halben Jahr auf den Laufstegen präsentiert wurde. In diesem Winter ist es noch der marineblaue oder schwarze Japan-Look. Reinste Horrorvision.

Trotz der regnerischen Herbsttage steht das Pariser Modebarometer auf „Hoch". Der neue „French Look" ist sexy, kurz und verführerisch weiblich. Claude Montana, Karl Lagerfeld oder der Berliner Dietmar Sterling, um nur drei Trendleader unter den fünfzig Designern zu nennen, geben dem Mini der sechziger Jahre eine neue Chance.

Mit der Schau von Karl Lagerfeld begann auch das Fest der Farben: Pink, Pistaziengrün, Knallblau, Kanariengelb oder leuchtendes Rot sind für den Sommer angesagt. „Wir leben nicht mehr in der Zeit einer Mode. Wir leben in der Zeit mehrerer Extreme", behauptet der Hamburger. Seine Mode ist entweder sehr lang oder sehr kurz. Alles, was dazwischen liegt, findet der ideenreiche Erfolgsmann langweilig. So sah man in Lagerfelds Kollektion schwarze „Hot Pants" aus Wildleder neben langen weiten Gaucho-Hosen. Kurze Blousons mit weiten Flügelärmeln werden über hautengen schwarzen Minis getragen. Knallrote Lackgürtel liegen auf der Hüfte. Applaus gab es bei Mantelkleider-Ensembles mit dreiviertellangen Jacken und sehr kurzen Röcken. Zur Cocktailstunde werden die Röcke dann knöchellang und schwingend durch eingesetzte Godets-Teile. Eine Atmosphäre des „Swinging London" machte sich bemerkbar, als Lagerfeld sich amüsierte und seine Mädchen mit Beatles-Perücken über den Laufsteg schickte.

Auch Claude Montana – Superstar der Ledermode – feiert den Sommer mit feurigen Farben. An den Strand schickt er seine Mädchen in weißen oder froschgrünen Shorts, trägerlosen Corsagen und langen Mänteln aus breiten Balkenstreifen. Zu weiten Seidenhosen gehören drapierte Jersey-Oberteile mit großen Dekolletés und angeschnittenen Stolen. Zwischen Jersey-Tops und hautengen Micro-Röcken ist der Bauch oft frei.

Bei Thierry Mugler gab es viele Señoritas, die in hautengen bunten Satinkleidern mit Volants an den Säumen einem Stierkampf beizuwohnen schienen. Für Mugler hat jede Frau einen Traumkörper, also soll sie ihn auch zeigen. Knapp kniebedeckt sind viele seiner frechen Schürzen- und Kittelkleider in Bonbonfarben. Denim-Jeansstoff ist auch ein Thema in der Mugler-Schau. Wie Rodeo-Girls sehen die Mädchen aus in Jeans-Shorts oder Boleros.

Anne Marie Beretta, die Architektin unter den Stylisten, spielte wie üblich ihre Trümpfe aus und zeigte die schönsten Mäntel und Redingote-Kleider von Paris. Die Schulterlinie bleibt betont und rund. Die Röcke sind bei Beretta weit und lang.

Die Kollektion des Couturiers Jean-Louis Scherrer bestach mit eleganten Hemdblusenkleidern in schönen Imprimes, reinseidenen Hosenanzügen, Pepita-Kostümen mit langen Jacken und Röcken, die die Knie bedecken, oder Jackenkleidern aus schwarzem oder weißem Ottoman, von denen jede Frau für einen eleganten Nachmittag nur träumen kann. Die Japaner geraten mit ihrem lässigen Schlabberlook, der für die Kinder der „neuen Armen" gemacht zu sein scheint, in dieser Saison ins Hintertreffen. „Die Frauen müssen sich doch verulkt vorkommen in den weiten Kitteln, den gerafften Sarong-Röcken und den übereinandergezogenen T-Shirts", meinte der bekannte Pariser Illustrator Hippolyte Romain. „Was bleibt da noch von der Weiblichkeit übrig. Das mag gut sein für Hongkong oder Singapur. In Paris wirkt die Japan-Mode wie die Rache der Abscheulichen." (SAD)



Ein Modefreak – Individualist und Uniformist zugleich, mit anderen Worten, eine widersprüchliche Natur.
FOTO: MONIKA SCHENKL

„Interessante Beobachtung" im Fall Görs

dpa, Bad Brückenau

Nach einer „interessanten Beobachtung" im Fall des mit Haftbefehl wegen zweifachen Mordes gesuchten Augsburger Regierungsrats Hartmut Görs hofft die Polizei nun auf weitere Zeugenhinweise. Nach ihren Angaben meldete sich jetzt ein Ehepaar, das am 23. September in der Nähe von Hammelburg (Landkreis Bad Kissingen) in einer Parkbucht einen Personenwagen aus Augsburg gesehen hat, auf dessen Beifahrersitz ein etwa dreijähriges Kind „herumgehüpft" sei. Kurz danach sei ein Mann aus dem Wald gekommen und zu dem Auto gelaufen. Der Parkplatz liegt etwa 25 Kilometer von der Stelle entfernt, an der am 25. September die kleine Stefanie an der Autobahn Würzburg–Kassel tot aufgefunden wurde. Nach Angaben der Polizei ist nicht auszuschließen, daß es sich um Görs und seine Tochter handelte.

„Falkenschmuggler" gefaßt

AFP, Metz

Französische Zöllner haben auf der Autobahn bei Metz vier Araber festgenommen, die in ihrer Luxuslimousine drei Wanderfalken im Wert von jeweils 20 000 bis 35 000 Mark mit sich führten. Nach Hinterlegung einer Kaution durften die Araber nach Paris weiterfahren. Woher die Falken stammen, ist noch ungeklärt. Als Lieferanten sind bisher vor allem Deutsche aufgetreten.

Ohne Pilot gelandet

dpa, Madrid

Ein Senkrechtstarter der spanischen Luftwaffe vom Typ „Harrier" ist ohne seinen Piloten sicher auf dem Marinestützpunkt Rota bei Cadiz gelandet. Der Pilot war kurz vor dem Aufsetzen mit dem Fallschirm abgesprungen, als er einen technischen Defekt bemerkte.

Geraubte Bilder gefunden

dpa, Rovereto

Zwölf wertvolle Bilder, darunter zwei von Lovis Corinth, die 1981 in München gestohlen wurden, sind unversehrt in einem Wald bei Rovereto in der italienischen Provinz Trient gefunden worden.

Keine Gefährdung

dpa, Bonn

Die zuerst in den USA aufgetretene Krankheit AIDS, bei der das Immunabwehrsystem zusammenbricht, stellt nach Ansicht des Bundesgesundheitsministeriums keine „allgemeine Gefährdung" für die Bevölkerung dar. Die Erkrankung habe nicht die Ansteckungskraft der Seuchen vergangener Jahrhunderte. Auch Personen, die Umgang mit AIDS-Erkrankten haben, seien nicht gefährdet, wenn sie die üblichen Hygieneregeln einhielten.

Mount Everest – Schicksalsberg der Hillarys

SAD, Katmandu

Der höchste Berg der Welt, dessen Erstbesteigung den Neuseeländer Sir Edmund Hillary 1953 weltberühmt machte, hat Hillary-Junior bisher nichts als Unglück gebracht. Peter Hillary (29) hat gerade seine jüngste Everest-Expedition abgebrochen, bei der zwei Mitglieder seines Teams den Tod fanden. Es war sein vierter Versuch, es seinem Vater gleichzutun. Dabei kamen bislang fünf Bergsteiger ums Leben. Damit soll es sein Bewenden haben. Hillary jun. sattelt um und führt hinfort nur noch Damenriegen auf Bergwanderungen.

Mit der Bezwingung des Mount Everest hat Sir Edmund sich einen Ehrenplatz in den Annalen gesichert. Anschließend aber hat ihm dieser Berg nur noch Unglück gebracht: 1975 kamen seine Frau und seine Tochter Belinda bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, als sie von Katmandu aus zu einem Treffen mit ihm am Mount Everest unterwegs waren. Die Himalaja-Bergtouren unter der Leitung des Sohnes waren eine einzige Pechsträhne mit tödlichen Folgen. Vor fünf Jahren brach sich der Junior Arme und Rippen, als am Mount Ama Dablam eine Lawine niederging, die einen Freund begrub. Vor drei Wochen entging Peter um Haaresbreite dem Tod, als sich am Westrücken des Everest, den er allein bezwingen wollte, eine Lawine löste. Der Sohn rettete sich mit einem gewaltigen Satz.

Sir Edmund Hillary wurde vor kurzem zum Botschafter seines Landes in Neu-Delhi berufen, von wo aus er auch die Interessen Neuseelands in Nepal wahrnimmt.

Tagesrekord in Frankfurt mit 72 537 Passagieren

Fluggesellschaften melden zweistellige Steigerungsraten

AP, Frankfurt

Deutliche Zunahmen des Verkehrsaufkommens haben die Flughäfen München und Frankfurt gestern gemeldet. Erstmals in der Geschichte des Flughafens München-Riem werden nach Angaben der Betreibergesellschaft während des Winterflugplans vom 28. Oktober bis 30. März 1985 nahezu genausoviele Flüge angeboten wie im Sommerflugplan. Damit werde das Verkehrsangebot gegenüber der Wintersaison 1983/84 um 20 Prozent zunehmen.

Auch die Frankfurter Flughafen-Aktiengesellschaft FAG erwartet eine Zunahme des Verkehrs in der Wintersaison. Sie gab gleichzeitig Steigerungen des Verkehrsaufkommens in den ersten neun Monaten 1984 bis zu knapp 15 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bekannt.

Wöchentlich sollen im Winter 1475 Linienflüge von und nach München gehen. Die Erweiterung des Flugplanangebots ergebe sich aus einem wesentlichen Ausbau der Inlandsverbindungen, aber auch daraus, daß im Sommer 1984 erstmals aufgenommene Auslandsrouten weiter beflogen würden, berichtete die Flughafen München GmbH weiter. So sei allein die Zahl der Inlandsflüge um wöchentlich 78 auf 866 Starts oder Landungen erhöht worden.

Im Charterverkehr werden von München aus während der Wintersaison 58 Auslandsflughäfen bedient. Besonders groß ist der Zuwachs von Flügen nach Spanien einschließlich der Kanarischen Innseln. Deren Zahl steigt im Winter 1984/85 um 606 auf 1460 Starts oder Landungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die „Luftbrükke" nach Großbritannien, die hauptsächlich von Skitouristen benutzt werde. Die Zahl dieser Flüge steigt gegenüber dem Winterflugplan des Vorjahres um 330 auf 2382 Starts und Landungen.

Die FAG registrierte in Frankfurt 1984 während der ersten neun Monate 14 510 836 Passagiere (plus 7,1 Prozent), 569 510 Tonnen Luftfracht (plus 14,9 Prozent), 75 078 Tonnen Luftpost (plus 9,8 Prozent) und 171 260 Flugzeugbewegungen (plus 1,8 Prozent).

Als Ursache führte sie hauptsächlich den hohen Dollarkurs an, der sowohl zu einer „Touristenschwemme aus den USA" und zum anderen zu einer nachhaltigen Belebung des Exports in die USA geführt habe. Andere Verkehrsgebiete mit erheblichen Aufkommenssteigerungen seien Nah- und Fernost sowie Afrika. Mit 1 951 536 Passagieren sei im September 1984 zugleich das höchste Monatsergebnis überhaupt verzeichnet worden. Ein neuer Tagesrekord sei am 2. September 1984 mit 72 537 Reisenden aufgestellt worden.

Von der positiven Entwicklung wurde auch der Köln-Bonner-Flughafen betroffen, der drei Jahre lang in roten Zahlen watete und nun erstmals Gewinne ausweisen dürfte. Mit dem vorsichtigen Konjunkturaufschwung richteten Linien-Gesellschaften neue Verbindungen ein. So stieg die Zahl der wöchentlichen Linien-Abflüge von 217 auf 249. Die neue Charter-Gesellschaft „Sat" richtete auf dem ehemaligen „Pleite-Airport" sogar ihre Heimatbasis ein.

LEUTE HEUTE

Schatten über Windsor

Prinzessin Diana (23) soll sich Sorgen um ihren Gemahl **Prinz Charles** (35) machen. Freunden fiel nämlich schon seit längerer Zeit auf, daß der Thronfolger stark abgemagert ist. Nicht etwa als Folge einer Schlankheitskur, um sich für Poloturniere fit zu machen, sondern weil er sich unter dem Einfluß seiner Tante **Prinzessin Sophie** (70) immer stärker zur alternativen Gesundheitslehre hingezogen fühlt. Er ist strikter Vegetarier geworden, und zweimal in der Woche nimmt er außer einem Frühstück



nichts mehr zu sich. Der wahre Grund düfte ein anderer sein: der Kummer darüber, daß er sich bei der Rüstigkeit von **Queen Elizabeth** (58) an fünf Fingern ausrechnen kann, wie lange er noch lediglich Krankenhäuser einweihen darf. Und schon zeichnet sich neuer Ärger ab. Konservative britische Abgeordnete haben sich darüber mokiert, daß der jüngste Sproß des Thronfolgerpaares ausgerechnet den französisch klingenden Namen **Henry** erhalten hat. „Harry" wäre besser gewesen, so die Kritiker, das sei ein „stolzer, schneidiger, forscher und robuster Name", der dem Stolz Englands entspreche.

Mordanklage gegen Kapitän und Crew der „Garoufallia"

Gerichtliches Nachspiel zum Tod der elf blinden Passagiere

E. ANTONAROS, Athen

Ein Amtsgericht in der griechischen Hafenstadt Piräus hat jetzt nach monatelangen Ermittlungen gegen die Besatzung eines griechischen Frachtschiffes Anklage wegen mehrfachen Mordes erhoben: Im März 1984 hatten der Kapitän und elf Schiffsangehörige des Frachters „Garoufallia" elf blinde Passagiere aus Kenia in einem von Haien verseuchten Gebiet vor der Küste Somalias kaltblütig über Bord geworfen. Die Anklageschrift: „Es muß davon ausgegangen werden, daß kein einziger von ihnen überlebt hat."

Unter Mordanklage stehen der Kapitän Antonis Plytzanopoulos (43) sowie acht weitere griechische und drei pakistanische Seeleute. Nach einem weiteren Griechen wird gefahndet. Der Prozeß-Termin steht noch nicht fest.

Die elf Kenianer im Alter von 17 bis 35 Jahren hatten sich im Hafen von Mombasa auf die „Garoufallia" eingeschmuggelt. Kurz darauf wurden sie von einem Besatzungsmitglied entdeckt. Daraufhin wurden sie in einem winzig kleinen, ungelüfteten Zimmer im Schiffsbauch eingesperrt: „Dort wurden sie zwei Tage lang fast ohne Wasser und Nahrungsmittel festgehalten. In der kleinen Zelle konnte keiner von ihnen richtig schlafen", heißt es in der Anklageschrift. Vor der abgeriegelten Tür war ein bewaffneter Wächter postiert.

Inzwischen hatte der Kapitän über das Schicksal der blinden Passagieren entschieden: „Am Nachmittag des 17. März 1984, gegen 14.30 Uhr, wurde die Kabinentür geöffnet. Kaum hatten die beiden ersten Afrikaner die Zelle verlassen, wurden sie vom Kapitän und einem weiteren Seemann angegriffen."

Plytzanopoulos hatte eine 50 Zentimeter lange Eisenstange, sein Stellvertreter Nikos Chronopolos einen gewaltigen Holzbalken in der Hand. Dazu die Anklageschrift: „Die beiden Kenianer warfen sich vor dem Kapitän in die Knie und flehten ihn mit Tränen in den Augen an, er möge ihr Leben schonen. Aber er ging brutal mit der Eisenstange gegen die beiden vor und verletzte sie schwer am Kopf. Drei weitere Besatzungsmitglieder packten die schreienden Afrikaner und warfen sie aus einer Höhe von acht Metern ins Wasser, während das Schiff mit einer Geschwindigkeit von zwölf Knoten in einer Entfernung von etwa acht Seemeilen vor der somalischen Küste fuhr."

Ähnlich verfuhren die Besatzungsmitglieder mit den restlichen blinden Passagieren. Jeder von ihnen wurde mit einer Schwimmweste ausgestattet, Wasser und Nahrungsmittel wurden ihnen nicht mitgegeben. Die Schiffsbesatzung wurde darauf eingeschworen, den Mund zu halten. Doch kaum hatte das Schiff Piräus erreicht, lief ein Seemann zur Hafenpolizei und packte aus. Der Untersuchungsrichter hat nicht die geringsten Zweifel: „Die Afrikaner waren wegen ihrer Einschließung in der kleinen Kabine und der Hitze so abgeschwächt, daß sie ohne eine Schwimminsel keine Chance hatten, lebend die Küste zu erreichen, zumal es in diesem Gebiet von gefährlichen Haien wimmelt." (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Kabelfernsehen ist Gift für Eichhörnchen". Meldung des Springer-Auslandsdienstes aus New York über die Gewohnheit der Eichhörnchen, Fernsehkabelstränge anzuknabbern, wobei sich die kleinen Nager häufig eine Bleivergiftung zuziehen.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Nach einem nur schwachen Zwischenhocheinfluß greifen zum Abend und zur Nacht erneut atlantische Tiefausläufer mit Regenfronten von Westen her auf Deutschland über.



Vorhersage für Mittwoch:
In Süddeutschland einzelne Hochnebelfelder, wechselnd wolkig und niederschlagsfrei. Im Laufe des Nachmittags im Westen Bewölkungsverdichtung und zeitweise Regen. Tagestemperaturen zwischen 10 und 14 Grad, in den Alpen ab 2000 Meter um 5 Grad. Schwacher, an der Küste mäßiger bis auflebender Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Am Donnerstag und Freitag unbeständig, zeitweise Regen, weiterhin verhältnismäßig mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	25°
Bonn	16°	Kopenh.	14°
Dresden	15°	Las Palmas	23°
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	14°	Madrid	16°
Hamburg	15°	Mailand	16°
List/Sylt	12°	Mallorca	21°
München	15°	Moskau	6°
Stuttgart	13°	Nizza	19°
Algier	20°	Oslo	7°
Amsterdam	13°	Paris	15°
Athen	23°	Prag	14°
Barcelona	20°	Rom	13°
Brüssel	13°	Stockholm	7°
Budapest	10°	Tel Aviv	24°
Bukarest	21°	Tunis	21°
Helsinki	5°	Wien	11°
Istanbul	–°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 7.03 Uhr, Untergang: 17.08 Uhr; **Mondaufgang:** 8.06 Uhr, Untergang: 17.42 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wiesheu-Prozeß: Der Tag der Anklage

PETER SCHMALZ, München

Kurz vor der Mittagspause fällt gestern in Saal 175 des Münchner Justizgebäudes ein Satz, der knapp und prägnant die Verhandlung gegen den beurlaubten CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu umschreibt. „Es gibt", sagt ein Sachverständiger, „sicher viele Varianten." Welche davon als die glaubhafteste Bestand haben und das Schöffengericht überzeugen wird, entscheidet über das Strafmaß und damit auch über die künftige Karriere des CSU-Politikers, der in genau einer Woche 40 Jahre alt wird.

Die eine Variante ist die des Staatsanwalts und nicht weniger Sachverständiger, die gestern ihre Gutachten vortrugen. Danach rammte Wiesheu auf der Nürnberger Autobahn nachts einen langsam vor ihm fahrenden Fiat 500, in dem Rentner Josef Rubinfeld und sein Beifahrer Friedrich Giland nach Polen reisen wollten. Rubinfeld wurde aus dem Wagen geschleudert und tödlich verletzt.

Nach der anderen These, die Wiesheu entlasten kann und die der Verkehrsexperte Professor Max Danner mit einem Gutachten untermauert, kann Rubinfeld nicht im Wagen gesessen haben, da er nach den beim Aufprall auftretenden Kräften nicht durch eine der schmalen Öffnungen des Wagens „aussteigen" konnte. Demnach müßte der Fiat also gestanden und Rubinfeld sich schon vor dem Unfall außerhalb des Fahrzeugs befunden haben.

Gestern sammelte der Staatsanwalt Pluspunkte für seine These. Ein Biologe des bayerischen Landeskriminalamtes äußerte seine „feste Überzeugung", der Fahrer habe im Wagen gesessen. Er schließt dies aus sogenannten Anschmelzspuren an der Innenverkleidung des Fiats: Beim Aufprall des Körpers und der dabei für Sekundenbruchteile auftretenden Hitze wurden Stoffasern in den Kunststoffteilen eingeschmolzen, die mit denen der Kleidung Rubinfelds übereinstimmen.

Auch die grauenhaften Verletzungen des Toten sind nach Ansicht eines Rechtsmediziners durch den „Ausstieg" Rubinfelds durch die schmale Dachluke des Kleinwagens nach dem Aufprall zu erklären.

Wäre der Fahrer aber schon zuvor ausgestiegen und als Fußgänger auf der Autobahn angefahren worden, hätte er andere Verletzungen erleiden müssen, meint der Professor. In 14jähriger Praxis habe er noch nie solche Verletzungen bei einem Fußgänger gesehen.

Wie aber soll der Körper des als „nicht schmächtig" bezeichneten Fahrers durch die Dachluke gekommen sein, wenn der Aufprall – wie zweifelsfrei geschehen – von hinten erfolgte, die Insassen also nach hinten und nicht nach oben geschleudert wurden? Dafür fand ein Biomechaniker eine Erklärung: Der kleine Fiat müsse vom schweren Mercedes so aufgestellt worden sein, daß die Vorderräder in der Luft hingen und die Dachluke nach hinten zeigte. Er nennt es eine „durchaus wahrscheinliche Möglichkeit".

Die ihn belastenden Aussagen nimmt Wiesheu gefaßt und konzentriert hin, blättert in den Akten, macht sich Notizen und stellt präzise Fragen. Er verhält sich, wie es seinem erlernten Beruf als Rechtsanwalt entspricht.

Noch sind die für ihn günstigeren Gutachten nicht vorgetragen, einen Pluspunkt kann der CSU-Politiker aber schon verbuchen: Der Biomechaniker nimmt an, Rubinfeld hätte die tödlichen Verletzungen nicht erlitten, wäre er angeschnallt gewesen. Nach einem Gutachten des Münchner Gerichtsmediziners Professor Wolfgang Eisenmenger ist Wiesheu zur Zeit des Unfalls durch seine starke Trunkenheit nur vermindert schuldfähig gewesen.

Auf jeder zweiten Kassette wird die Gewalt verherrlicht

Kritik des Kinderschutzbundes am Videofilm-Angebot

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Von den etwa 6000 Video-Kassetten, die Verleiher anbieten, enthält rund die Hälfte Szenen der Gewalt bis hin zur Perversion. Welch schwerwiegende Auswirkungen dies für kindliche Video-Konsumenten hat, berichtete jetzt der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Walter Bärsch: „Ich behandle bereits Kinder, die eine Art von Schock haben und vor deren Augen diese schrecklichen Bilder immer wieder auftauchen. Diese Kinder finden nachts keinen Schlaf und versagen in der Schule." Andere Kinder machten sich gegenseitig Mut – auch mit Alkohol –, um die widerlichen Filminhalte durchzustehen.

Dabei sieht Bärsch die Video-Technik, durch die ein neuer „privater" Fernsehkanal entstanden sei, durchaus ambivalent. „Sie kann bewirken, daß geistige Horizonte erweitert und vertieft werden, es kann aber auch zu einer Verengung kommen, und zwar dann, wenn die im Konsumenten vorhandenen Bedürfnisse befriedigt werden, die sehr primitiv sein können." Daß beim Betrachten von Gewaltverherrlichungen Hemmschwellen bei Erwachsenen und Kindern abgebaut werden, ist erwiesen. Bärsch sagt dazu: „Kinder werden in Familien totgeschlagen und grausam mißhandelt. 30 000 Fälle pro Jahr können wir belegen, aber die tatsächliche Zahl liegt bei 300 000."

Gegen Videospiele als solche, so der Kinderschutzbund-Präsident, sei nichts einzuwenden: „Sie haben eine positive Seite, denn sie verlangen den Kindern viel Konzentration ab. Negativ aber sei der spielerische Umgang mit Gewalt, der zu einem Bremsverlust bei Neigung zu Gewalttätigkeiten führen könne."

Und noch ein Problemfeld eröffne sich: Es gibt bereits spielsüchtige Kinder, die in die Beschaffungskriminalität abrutschen, um sich das Geld für eine Telespielstunde, die sechs Mark kostet, zu besorgen. 70 Prozent aller Spielautomaten stehen in Gaststätten und sind Kindern zugänglich. Hoffnung setzen die Pädagogen jetzt auf das neue Jugendschutzgesetz, das die Abschaffung von Spielautomaten mit Gewaltverherrlichung in Lokalen fordert.